

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 6. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraph-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis per Nummer: 3 Pf. Einzelnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Wochenspiegel 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Einzelnummern in der Post-Bestellungs-Preiskategorie für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### „Polnische Wirtschaft“.

Wenn man jetzt von polnischer Wirtschaft redet, denkt niemand mehr an die Wirtschaft der Polen, sondern an die Wirtschaft der Germanisatoren in der Provinz Posen. Seitdem das schneidige Messer der polnischen „Kaninchen“ jagt, seitdem man mit Hunderten von Millionen unter dem Vorwand des Germanisierens polnische und deutsche Junker wirtschaftlich unterstützt, seitdem herrschen unter dem Diktandum der Ostmarken Zustände, die aber kurz oder lang zu einer Katastrophe führen müssen. Die Fälle Löhnung und Willich, um deren Verdunkelung in den letzten Tagen das preussische Abgeordnetenhaus bemüht war, sind nur Anzeichen einer Fäulnis, die ärger vorgeschritten sein muß, als eine weitere Öffentlichkeit bisher ahnt.

Das herrschende Junkergelecht und seine ausführenden Minister verfolgen den Standesfällen der letzten Zeit gegenüber immer die gleiche Taktik: Trotzig ablehnen, verwirren, verschweigen, drohen — nur nichts zugeben, nur nichts herauskommen lassen. Und die Minister beteuern zum Ueberdruß in edlen Viedermeiertönen ihre völlige Unschuld und ihre herrlichen Grundsätze, ohne doch intelligent zu sein, aus ihrer Darstellung die gewaltsam durchbringende Wahrheit bis zur letzten Spur tilgen zu können. Der ganze Haß der Schuldigen und Mitschuldigen sammelt sich gegen die Störenfriede, gegen die Ankläger. Davor wollen sie ein für allemal gesichert sein, daß irgend einer aus ihren eigenen Kreisen sich in die Öffentlichkeit und zur Wahrheit wagt. Man will für alle Zukunft Beamte davon zurückschrecken, daß sie sich gegen Unrecht und Korruption zur Wehr setzen. Das System erträgt nicht die Beleuchtung von innen heraus. Der Selbsthaltungstrieb der Herrschenden zwingt zur Verneinung solcher Unbotmäßigen. So unternahm man es, Herrn Löhnung moralisch zur Strecke zu bringen, so wurde Herr Willich, der aufschreiende Lehrer von Traleschen, mit allen Mitteln verdächtigt — bis zum Wortwurf eines gemeinen Verbrechens.

Wie der preussische Finanzminister Rheinbaben den Fall Löhnung abzuhandeln versuchte, haben wir bereits verhandelt. All seine leeren Versicherungen erschüttern nicht den klaren, urkundlichen Tatbestand, daß der Steuerdirektor gehen mußte, weil er die Tochter eines Feldwebels heiraten wollte. Die Loblieder auf den Feldwebel und Subalternbeamten, die man jetzt anstimmt, um den Unwillen dieser gutgesinnten Kreise zu beschwichtigen, beweisen nur das eine, daß diese Aristokraten nicht einmal mehr den Mut besitzen, ihre Anschauungen von Ebenbürtigkeit zu vertreten. Inzwischen hat Herr Löhnung in einer Erklärung, die er an die Presse versandt hat, die Behauptungen Rheinbabens Punkt für Punkt Lügen gestraft. Der Minister hatte auch das unfaubere Mittel angewandt, daß er auf gewisse dunkle Privatverhältnisse hinwies, von denen er aus Schonung für Löhnung nicht reden wollte. Aus der Entgegnung Löhnungs erfährt man nun, daß die humane Juridikalisierung des Ministers sich einfach erklärt, weil ihn jeder ausgelacht haben würde, wenn er mit diesen Entschuldigungen gekommen wäre. Es steht nichts dahinter und deshalb begnügt er sich mit den vielfachen schmeiherischen Andeutungen. Herr Löhnung verdirbt dem Minister das Spiel, indem er offen sagt, worum es sich handelt: Der Schwager seiner Frau ist der Sohn eines vor 28 Jahren wohl wegen Unregelmäßigkeiten seines Amtes entlassenen Steueramts-Rendanten, der überdies seit 20 Jahren tot ist. Ferner daß die Schwester seiner Schwiegermutter mit einem — †† — Polen verheiratet ist und — †† — ein Uhren- und Weibwaren-Geschäft betreibt!

So hat sich der kluge Herr Rheinbaben selbst in der Schlinge gefangen. Denn wenn er diese sehr weitverbreiteten Familienverhältnisse mit feierlicher Geberde als „gewisse Momente lokaler und persönlicher Art“ bezeichnet, welche „die dienstliche Stellung des beregten Beamten in Posen beeinträchtigen und nahezu unmöglich machen würden“ — wer soll dann dem Minister glauben, daß die Heirat mit einer Feldwebelstochter nicht ein tausendfach schlimmeres Verbrechen darstellte! Die Heirat mit der Feldwebelstochter ist doch noch wenigstens ein ernsthaftes, greifbares Vergehen in dem aufgeblähten Astenstaat. Jene weiteren Familienbeziehungen sind dagegen ein völlig albernes, haarsträubendes läppisches Nichts, und trotzdem genügt diese Umstände schon — nach Herrn v. Rheinbabens billigem Geständnis —, Löhnung in Posen unmöglich zu machen. Man sieht: es gehört auch einige Intelligenz zum Ableugnen, die nicht jedem Minister gegeben ist.

Herr v. Rheinbaben hatte sich auf die „nationale Aukrede“ eingelassen. Trotzdem ihm strebende demagogische Beamte allerlei Klatsch über die unationale Gesinnung Löhnungs zugetragen haben, so war dies Belastungsmaterial nicht nur äußerst dürftig, sondern auch in Wirklichkeit glänzende Ehrenzengnisse für den Gemahrgelagerten. Denn die angeführten Äußerungen Löhnungs beweisen nichts weiter, als daß er sich pflichtgemäß geäußert hatte, gesetzwidrige Handlungen zu begehen und daß er privatim aus seiner Meinung kein Hehl machte, daß er für die brutale, hinterdrückte Galatzistenpolitik nicht begeistert sei. Es ist eben nicht jedem gegeben, binnen wenigen Jahren von der aus Berlin diktierten Polenverhöhnungspolitik zu einer klaren Polenpolitik umzulernen. Herr v. Rheinbaben aber verlor die mit drohender Miene den Grundtat, daß jeder Beamte verpflichtet sei, alle leitenden Dummheiten ehrfürchtig mitzumachen, und wenn es gewünscht wird, auf Befehl täglich 20 mal die Ueberzeugungen zu revidieren. Wir haben vorgestern auf die Komik dieser energischen Kraftentfaltung hingewiesen. Herr Rheinbaben schwingt die gepanzerte Faust — draußen aber läßt man höhrend: die Minister können uns sonst was.

Es ist in der That bejammernswürdig, welche Mißgeschick die heutigen Minister des preussischen Staates verfolgt. Am Dienstag begründete der Finanzminister die unentwegte Autorität der Regierung gegenüber den widerspenstigen Beamten und Jam-

Donnerstag — nachdem dazwischen der Landwirtschaftsminister in Traleschen stolperte — versuchte sich der preussische Volksminister in hilflosen Aufsehnungsversuchen gegen die Anklage: daß die Regierung ihre eignen, die herrschende Polenpolitik vertretenden Beamten in den Ostmarken schuldlos den national gänzlich gleichgültigen Spekulant vom Bund der Landwirte ausliefere. Der Fall Willich, den am Donnerstag der freisinnige Ernst zur Sprache brachte und den dann mit kräftigem Temperament der Nationalliberale Krause behandelte, ist die bündigste Widerlegung der schneidigen Erklärungen Rheinbabens. Löhnung wurde angeblich gemahngelt, weil er nicht die Politik der Regierung vertrat, obwohl er doch nur ein neutraler Verwaltungsbeamter war. Der Landrat v. Willich aber wurde in den Tod getrieben, weil er die Regierungspolitik gegen die Endell-Beute des 7 1/2 Mark-Polles vertrat und die Regierung lieferte ihn seinen Gegnern aus.

Die parlamentarischen Verhandlungen über den Fall Willich brachten keine neuen Momente, auch keine weitere Aufklärung. Der Minister v. Hammerstein versuchte unter dem stürmischen Weisfall der ziemlich aufgeregten Rechten die Schuldlosigkeit der Regierung zu beweisen und führte den Selbstmord auf nervöse Erkrankung zurück. Herr v. Wangenheim aber der Vorsitzende des Bundes der Landwirte forcierte den Minister, indem er im Stil Rheinbabens andeutete, daß der Landrat wegen dunkler, ehrenrühriger Dinge aus dem Leben geschieden sei. Inzwischen wie Rheinbaben, ist auch Herr v. Wangenheim schonend und distret, wenn man aber seinen Freund Endell weiter angreife — so drohte er — so würde man vielleicht schließlich die Rücksicht aufgeben. So ekelhaft treiben diese Edlen vom 7 1/2 Mark-Poll mit dem Ruf von Toten gemeinen Schacher.

Herr v. Wangenheim suchte die Ankläger zum Schweigen zu bringen, indem er mit der Veröffentlichung von Altematerial über den Fall Willich drohte. Er muß wohl wissen, daß die Zustände in den „Ostmarken“ keinerlei Entschuldigungsvermögen. Die Germanisation und die Polenhaß hat die Verhältnisse von Grund aus verderben. Der einzige Erfolg der Germanisationspolitik ist die wunderbare Kräftigung des Polentums und die durch den Fall Willich erhärtete Thatsache, daß sich der Bund der Landwirte dort eine Herrschaft errichtet hat, vor deren Brutalität Landräte, Regierungspräsidenten und Minister zurückweichen müssen, wenn sie es nicht vorziehen, gemeinsame Sache mit den 7 1/2 Mark-Poll-Herren der Ostmarken zu machen.

Wenn aber die Zustände in der Provinz Posen derart verkommen sind, so liegt das zum entscheidenden Teil auch an der mangelnden Weisheit der Massen. Das sozialistische Proletariat wirkt überall als Erzieger. Nur der auch in den Ostmarken vordringenden sozialistischen Aufklärungsarbeit wird es gelingen, aus der polnischen Wirtschaft der korrupten Germanisatoren proletarische Ordnung zu schaffen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Februar.

#### Reichstag.

Die Debatten über den Etat des Reichszanzlers sind ihrem Wesen nach immer eine Fortsetzung der Generaldebatte über den Etat. Die dort angeschnittenen Fragen werden weiter besprochen, und da das allgemeinerpolitische Material, das sich angehäuft hat, sehr umfangreich ist, liegt es in der Natur der Sache, daß der Reichszanzler auch in diesem Jahre wieder recht lange auf die Bewilligung seines Gehaltes zu warten hat.

Le Debour, der am Donnerstag als Erster an die Reihe kam, griff in seiner zweistündigen Rede zunächst auf eine Reihe von Fragen der inneren Politik zurück, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, auf das Jesuitengesetz, das neue Wahlreglement, die Diätenfrage. In scharfer Polemik gegen die Abgeordneten Gröber, Dertel und den Fürsten Bismarck, den er mit besonderem Spott behandelte, verteidigte er den Standpunkt der Partei. Eingehend verweilte er bei dem Parteiführer Antrage auf Neueinteilung der Wahlkreise, von dem er treffend nachwies, wie einfach und leicht seine Durchführung sei. Der zweite Teil seiner Rede galt der auswärtigen Politik, „der Renommierpolitik mit dem Dreizack und der gepanzerten Faust.“ Hieran schloß sich die entscheidende Beurteilung der Schüring des Nationalitätenhasses und eine Kritik der Unterdrückungspolitik gegen die Polen. Die Marienburger Rede und der Kaninchenvergleich des Reichszanzlers lieferten die Illustration.

Graf Billow machte sich die Antwort so leicht wie möglich. Er versicherte dem Hause, daß er von der Vortrefflichkeit seiner Weltanschauung selbst überzeugt sei und stellte sich in getohter Bescheidenheit das Zeugnis über die eigene Begabung aus. Den äußeren Auspruch mußte ein Citat aus dem Horaz abgeben, das ausnahmsweise nicht im Wächmann steht. Während in der vorigen Woche so ausführlich über Kaiserreden gesprochen worden war, hat Graf Billow in dieser Woche den Geschmack daran verloren. Er lehnte eine Erweiterung der Marienburger Rede ab und verzog dabei auch, sich über seinen geschmackvollen Kaninchenvergleich des näheren auszulassen.

Herr Camp polemisierte sehr geschwähig gegen die Abänderung des Wahlreglements. Die Herren empfinden eine heilige Scheu vor der Holterzelle: sie müssen noch ärgere Wahlmotive getrieben haben, als in den Wahlakten des Reichstages verzeichnet sind. Herr Camp, der immer an glänzenden Ideen leidet, schlug dann vor, den Klingelbeutel für den schlichten Mann aus der Werkstatt zu schwingen, dem er keine Diäten bewilligen will. Statt dessen soll eine milde Stiftung von einigen hunderttausend Mark den lospielligen Aufenthalt eines Tausend Arbeitervertreter in Steifleinen in Berlin ermöglichen.

Bei den reichen Mitteln unserer Junker und Industriefürsten ist die Summe, die Herr Camp vorschlägt, wirklich sehr schäbig. Für die Schöpfung dieser Schemen von antisocialdemokratischen Arbeitervertretern sollten die Herren tiefer in den Beutel greifen. Zum Schluß unterhielt sich Herr Camp mit den Ueber-Agrariern über innere Angelegenheiten des Cirtus Busch.

Gegen die Diäten sprachen von der Rechten noch die Abgeordneten v. Richthofen und Fürst Bismarck, während der Centrum-Abgeordnete Dasbach dafür eintrat. Der Däne Jessen trug eine Beschwerde über eine willkürliche Ausweisung von Dänen aus Schleswig vor und der Pole Gledowski wurde bei seiner Kritik der famosen Ostmarken-Politik mit zwei Ordnungsrufen seitens des „liberalen“ Vicepräsidenten Häfing bedacht.

Am Freitag wird die Reichszanzler-Debatte wohl zu Ende geführt werden.

#### Polizei und Wahlrecht.

Im Abgeordnetenhaus begann am Donnerstag die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern. Drei Punkte waren es, die in der sich an den Titel Ministergehalt knüpfenden Generaldebatte im Vordergrund standen: die polizeilichen Mißgriffe, der Fall Willich, über den wir an anderer Stelle berichtet, und der freisinnige Antrag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe und anderweitige Einteilung der Wahlkreise für das Abgeordnetenhaus.

Ueber die polizeilichen Mißgriffe der letzten Zeit äußerte sich der Minister Herr v. Hammerstein, noch bevor der Berichterstatter gesprochen hatte. Der Minister mußte zugeben, daß in einer Reihe von Fällen die Polizei-Organe nicht mit dem nötigen Taktgefühl vorgegangen sind; er konnte auch nicht in Abrede stellen, daß sich unter seinen Beamten ungeeignete Elemente befinden, nahm aber doch im großen und ganzen die Polizei in Schutz. Im allgemeinen sei die Polizei eine gute; einzelne Auswüchse könnten nichts dagegen beweisen. Die Hauptschuld wälzte Herr v. Hammerstein, einem Rezept seiner Amtsvorgänger folgend, auf die Presse ab, die aus Sensationsbedürfnis die Fälle aufgebauscht habe. Abhilfe glaubt er durch seine bekannten Erlasse über die Befestigung und den Transport der Gefangenen, durch neue Vorschriften für die Gefängnisse sowie durch eine bessere Vorbildung der Polizeibeamten herbeiführen zu können. In Wirklichkeit dürfte er dadurch kaum etwas erreichen. Solange die Polizisten aus den Reihen alter Soldaten genommen werden, die im Kasernen-drill aufgewachsen, jedes Gefühl der Achtung vor der persönlichen Freiheit ihrer Nebenmenschen verloren haben, wird alles beim alten bleiben. Wenn nicht die Art an die Wurzel des Übels gelegt wird, wird das Übel nicht verschwinden.

Geradezu unglaublich war die Rede des Ministers zu dem freisinnigen Antrag auf Aenderung des Wahlgesetzes. Nicht etwa, daß er diesen Antrag verwarf, ist das Erstaunliche, denn etwas anderes konnte man von ihm nicht erwarten. Erstaunlich ist vielmehr die Art und Weise, mit der er seine ablehnende Haltung begründete und die in schroffem Gegensatz steht zu den Erklärungen seines Vorgesetzten, des Grafen Billow, im Reichstag, sowie zu dem Grundsatze des Dreiklassenwahl-Gesetzes selbst. Während Graf Billow im Reichstage eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses ankündigt, singt Herr v. Hammerstein im Landtage ein Loblied auf die offene Stimmabgabe, die es einem jedem ermöglicht, frei und offen seine Meinung zu äußern, ohne Furcht vor andern Menschen. Während Graf Billow die Zeit kurz vor den Wahlen für geeignet hält, eine solche Aenderung herbeizuführen, erscheint es seinem Untergebenen als das allerverstehteste in der letzten Session einer Legislaturperiode mit einer derartigen Vorlage zu kommen. Eine anderweitige Abgrenzung einzelner Wahlkreise — insbesondere der Vororte von Berlin — hält er bei späterer Gelegenheit nicht für ausgeschlossen, aber im großen und ganzen sollen die Wahlkreise so eingeteilt bleiben, wie sie jetzt eingeteilt sind. Mit dieser Stellungnahme hat sich Freiherr v. Hammerstein selbst als Gegner des Wesens des Dreiklassen-Wahlsystems bekannt. Dies Prinzip beruht darauf, daß je mehr Steuern jemand aufbringt, desto größer seine Rechte sind. Nun ist aber z. B. die Summe der direkten Staatssteuern, die die vier Berliner Landtags-Wahlkreise mit ihren neun Abgeordneten aufbringen, größer als die gesamte Steuersumme aller 140 Kreise, die die Konserbativen vertreten, zusammen genommen. Trotzdem will der Minister nicht Wandel schaffen, da er es für ungerecht hält, einen Kreis, der in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeht, deshalb seines Abgeordneten zu berauben; im Gegenteile, ein solcher Kreis hat nach Herrn v. Hammersteins Ansicht ein um so größeres Recht auf Vertretung im Landtage. Dieser preussische Minister verteidigt also die Aufrechterhaltung des Dreiklassensystems mit dem Bekenntnis zum geraden Gegenteil: Je schwächer jemand sei, umso mehr habe er Anspruch auf parlamentarische Vertretung. Ein sehr schöner Grundsatz, der aber nur in einer revolutionären Umkehrung des Dreiklassen-Systems zur Geltung gelangen könnte, derart, daß das Wahlrecht in umso größeren Maße verliehen wird, je schwächer jemand ist. Wo her mit dem Wahlrecht für Proletarier und fort mit dem der Junker und Kommerzienräte, Herr Minister. Die ministerielle Logik beweist nicht nur, daß sich der preussische Wahlsinn überhaupt nicht mit einem vernünftigen Grunde rechtfertigen läßt,

sondern auch, daß zur Zeit Minister sich nicht scheuen, absolute Stimmlosigkeit vorzutragen.

Zur Abstimmung über den Antrag kam es noch nicht, doch ist sein Schicksal, nachdem sich bereits Centrum und Konser-vative dagegen erklärt haben, besiegelt.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

## Deutsches Reich.

### Sociale Reform.

Die wichtigsten Anträge des Centrums und der Nationalliberalen zum Schutze der Jugendlichen und der Arbeiterinnen, die nichts sind als verschlechterter Abfall alter, stets von jenen Parteien zu Fall gebracht socialdemokratischer Anträge, werden seitens der eigentlichen Großkapitalpresse unangenehm empfunden. Die „Berliner Renesse Nachrichten“ wiederholen den alten Schwaß, als geschähe der Widerstand gegen verbesserten Arbeiterschutz im Interesse der zu Schützenden; das Blatt der Schlotbarone erklärt:

„Vernünftig haben sich die besonnenen Vertreter der deutschen Industrie im Großen und im Kleingewerbe sowie bedeutende Handelsvertretungen gegen die vorgeschlagenen Neuerungen ausgesprochen.“

Die „Berl. Polit. Nachr.“ versuchen die wichtigsten Forderungen der bürgerlichen Mittelparteien dadurch zurückzuweisen, daß sie gewisse aus der Erfüllung dieser Forderungen entspringende weitere Folgen warnend vorklären; sie sagen:

„Es ist nicht außer acht zu lassen, daß die engere Eingrenzung des Maximal-Arbeitstages für erwachsene Arbeiterinnen in allen denjenigen Gewerbezweigen, in welchen diese Arbeiter-kategorie beschäftigt wird, der Kontinuität des Betriebes wegen auch eine entsprechende Einschränkung der Arbeitszeit der männlichen erwachsenen Arbeiter im Gefolge hat.“

Das was dem Organ des Großkapitals als abschreckende Aus-sicht erscheint, würde dem Socialpolitiker vielmehr als willkommener Erfolg gelten.

Allerdings würde auch dieser Erfolg die Ungünstigkeit der Anträge des Centrums und der Nationalliberalen nicht erheblich mildern.

Die socialdemokratische Fraktion hat mittlerweile beschlossen, die bürgerlichen Parteien, die sich vor den Wahlen im Schein social-reformerischen Eifers zeigen möchten, vor einige Fragen ernsthafter Socialreform zu stellen. Sie hat einige ihrer längst im Reichstage eingebrachten Initiativanträge in Gestalt von Resolutionen für den Etat des Reichsamts des Innern eingebracht. Diese Vor-schläge lauten:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 139b der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimmten Beamten und Landes-Polizeibehörden Betriebsaufsichts-Behörden nach folgenden Grundsätzen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schifffahrt.

Sie wird einer Reichs-Central-Aufsichts-behörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektions-bezirken zu organisieren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfs-personen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen beziehungs-weise zu wählen.

2. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die regelmäßige tägliche Maximal-Arbeitszeit für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienst-verhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrsweisen beschäftigten Personen vorläufig auf zehn Stunden festgesetzt und innerhalsb geistlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden ver-kürzt wird.“

Aus dem Riesengebirge schreibt uns ein Weber: Vor freude hochte das Herz jedes Webers, daß der Abg. Bebel im Reichstage das Elend der Weber im Zillertal gebührend kennzeichnete. Nun hat der freikonservative Abg. Bänisch-Schmidlein im Landtage den Hut gehakt, die Angaben Bebel's als unrichtig hinzustellen. Die Angaben dieses Abgeordneten waren aber schon deshalb unzutreffend, weil er eine ganz andere Dertlichkeit meinte als die, von der Bebel gesprochen hatte. Ich habe seit 1898 im Gailen- wie Riesengebirge als Weber bis jetzt gearbeitet und weiß, daß der Verdienst im Riesengebirge thatsächlich noch geringer ist als im Gailengebirge. Während in Langenbielau-Weichenbach noch wöchentlich ca. 9 Mark zu verdienen sind, so verdient man in Dittersbach, Zillertal, Hirschberg nur 6-7 Mark durchschnittlich; Frauen gehen oft meinent Sonntag-abends mit 3-5 Mark, die Männer, großend und schimpfend, mit 6 Mark nach Hause, von einigen Ausnahmen abgesehen. So sieht hier die gute, auskömmliche Existenz aus! —

Für die Stichwahl in Schleswig-Flensburg empfiehlt der bünd-lerische Kandidat Graf Reventlow seinen Wählern Stim-menthaltung. Der Nationalliberale, Landesverwaltungs-rat Hansen, überläßt es seinen Wählern, Stimmenthaltung zu üben oder ihre Stimme für den freisinnigen Kandidaten gegen den der Socialdemokraten abzugeben.

Selbstverständlich werden genügend bündlerische und national-liberale Wähler für den Freisinnigen als das „kleinere Uebel“ stimmen, um dessen Wahl völlig zu sichern. —

Nachträge vom bayerischen Centrumstag. Aus München wird uns geschrieben: Der Verlauf des großen bayerischen Centrumstages in München hat in den Kreisen der Beteiligten durchaus nicht volle Zufriedenheit erzeugt, wie aus einigen Zuschriften hervorgeht, die von Centrumsteuern an unser Partei-Organ, die „Münch. Post“, gerichtet wurden. In einem dieser Schreiben heißt es: „Händelstoff ist da übergenug. Hätte jener Redner in der Delegiertenversamm-lung sonst solchen beinahe allgemeinen Beifall beantragen können, als er ausführte, ihm habe wohl Dr. Schädlers Rede in Berlin sehr gut gefallen, aber viel besser gefallen habe ihm die Rede von Bebel. Das Schweigen, welches darauf am Präsidiumstische herrschte und die Antwort, welche Herr Abg. Steininger darauf glaubte geben zu müssen, hat nicht befriedigt.“ Wie man hört, hat Herr Steininger jenem Redner, der dem geistlichen Stande angehört, ge-antwortet, an der Bebel'schen Rede könne doch eigentlich nur ein Socialdemokrat Gefallen finden, während einem wirklichen Centrumsmann die Schädlerschen Ausführungen mehr behagen müßten.

Wegen der Vorgänge bei dem Centrumstage ist es übrigens auch zu einer heftigen Fehde zwischen Liberalen und ultramontanen Blättern gekommen. Die liberalen Organe behaupten nämlich, Dr. Heim habe in seiner Rede in der öffentlichen Versammlung die einschlechtesten Majestätsbeleidigungen begangen. Die Centrum-blätter betrachten diese Ausfälle nicht mit Unrecht als kleine Denunziationen, die sie übrigens mitunter auch selbst gerne begeben. Die Organe der beiden Parteien beschuldigen sich nun gegenseitig unter heftigen Schimpfwörtern, daß sie nicht an der Erhaltung, sondern an der Untergrabung des Monarchismus arbeiten. —

Stuttgart, 5. Februar. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute gelegentlich der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderung einzelner Bestimmungen des Gesetzes über das Volksschulwesen den Artikel 4 des Entwurfs, soweit er die Bezirksschul-Aufsicht betrifft, in der Fassung des Kommissionsantrages an. Danach wird die Bezirksschulaufsicht in der Regel als Hauptamt ausgeübt und es werden als Bezirksschul-aufsicher im Hauptamt Schulmänner oder Geistliche angestellt. Zu Bezirksschulausschreibern im Nebenamt kann von der Bezirksschulbehörde auch ein Geistlicher in widerruflicher Eigenschaft bestellt werden. Das Centrum stimmte gegen jede Aenderung in der Bezirksschul-aufsicht. —

## Ausland.

### Die Rückzugsbedingungen der Venezuela-Mächte.

Das „Bureau Laffan“ meldet aus Washington vom Mittwoch: In einer Besprechung, die heute nachmittags in der britischen Botschaft stattfand, stellte der deutsche Vertreter Freiherr Sped von Sternburg dem britischen Vorkämpfer Lord Herbert und dem italienischen Vorkämpfer Major Desplanches mit, daß Völkern den verbündeten Mächten eine dreimonatige Vor-zugsbehandlung gewährt werde, unter der Bedingung, daß die Blockade sofort aufgehoben werde. Dieser Vorschlag Bowens findet dem Vernehmen nach die Billigung des Freiherrn Sped v. Sternburg und des italienischen Vorkämpfers. Lord Herbert ist in seinen Entschlüssen dagegen durch den Wunsch der britischen Regierung beschränkt, die die Frage der Vorzugsbehandlung lieber vor dem Haager Schiedsgericht als in Washington entscheiden lassen möchte, da im letzteren Falle der Eindruck entstehen würde, daß die verbündeten Mächte gezwungen worden seien, die von Venezuela distanzierte Politik anzunehmen.

Kunmehr scheint es also Deutschland zu sein, das die unerquickliche Affaire möglichst bald beendet sehen möchte, während England noch zögert, den Rückzug unter so ungünstigen Bedingungen anzutreten.

New York, 4. Februar. Einem Telegramm aus Caracas zu-folge haben die blockierenden Mächte den Behörden in La Guaira bekannt gegeben, daß sie das Fort Com-bardieren würden, wenn sie venezolanische Soldaten in der Stadt sähen. Diese Bekanntmachung erscheint un-erklärlich angesichts der Thatsache, daß die Soldaten zur Ver-kämpfung der Aufständischen gelegentlich ihren Weg durch die Stadt nehmen.

Die Mächte werden es wohl bei der Drohung bewenden lassen!

New York, 5. Februar. Wie aus Caracas gemeldet wird, wird die Nachricht von dem Siege der Regierungstruppen bei Camatagua amtlich bestätigt. General Ducharme mußte die Flucht ergreifen. Von Caracas gingen in der vorletzten Nacht Truppen nach dem Osten ab. Bei Manio hat ein Kampf stattgefunden. — Die venezolanische Regierung ersuchte einheimische und fremde Kaufleute um Zeichnung einer neuen Anleihe von 250 000 Bolivars. —

## Italien.

### Der Prozeß Todeschini vor dem Kassationshof.

Der socialistische Depulirte und Redakteur des „Boll von Verona“ war von dem Gerichtshof von Verona zu 28 Monaten und 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er den Lieutenant Tribuzio beleidigt haben sollte. Der Verhandlung lag folgender von uns mehrfach besprochener Thatbestand zu Grunde: Im Frühjahr 1901 war in der Etich der Leichnam eines jungen Mädchens, in Stücke geschnitten und in einen Sack eingewickelt, gefunden worden. Der Verdacht hatte sich auf den Geliebten des Mädchens, den Lieutenant Tribuzio, gelenkt. Dieser wurde jedoch wegen Mangel an Beweisen freigesprochen; die Zeugen hatten, wahrscheinlich von dem mächtigen militärischen Klüngel beeinflusst, verweigert. Todeschini mußte aber nicht in seinem Blatt, den Lieutenant des Nordes zu bezichtigen, so daß dieser Klagen mußte. Es gelang dem nützigen Journalisten, den Nachweis zu führen, daß die Ge-liebte Tribuzios in einem Hotelzimmer trunken gemacht und sodann an dem schwangeren Mädchen durch gewaltsamen Eingriff ein Abortus herbei-geführt worden war. Der Prozeß hatte monatelang gedauert. Am Tage, als endlich der Staatsanwalt Manotti sein Plaidoyer beginnen wollte, erschien dieser nicht im Gerichts-saal; er hatte sich in seiner Wohnung eine Kugel durch den Kopf gejagt. Der eheliche, gewissenhafte Jurist war zweifellos von der Schuld Tribuzios überzeugt worden, und war nur zu schwach, das öffentlich zu bekennen und die furchtbare An-klage des Nordes gegen den Sprößling einer mächtigen Familie zu scheitern. Der Prozeß ging dann aber noch einige Wochen und schließlich wurde Todeschini doch wegen Beleidigung zu der obigen Strafe verurteilt, weil nicht nach-gewiesen sei, ob das Mädchen infolge des Abortus gestorben ist. Der Kassationshof hob das Urteil von Verona auf und verwies die Sache an den Gerichtshof von Brescia. Dort wird der Prozeß den lokalen Einflüssen ent-zogen sein und es steht zu hoffen, daß die Wahrheit doch noch triumphiert. —

## Spanien.

In Barcelona sind 8000 Färber in den Ausstand getreten. Der allgemeine Ausstand ist gegenwärtig hier abgewendet, weil die Fär-ber und Ausfuhrer sich weigern, sich demselben anzuschließen. — In Reus dauert der allgemeine Ausstand fort, und es ist keine Aus-sicht auf dessen baldige Beendigung. —

## England.

Richard Bell und die Unabhängige Arbeiterpartei. Gegen den Sekretär des Eisenbahner-Verbandes, Richard Bell, der bekanntlich als Parlamentsmitglied seinen Uebertritt zu den Radikalen erklärt hat, macht sich in zweiten Kreisen der englischen Arbeiterpartei eine große Misstimmung bemerkbar. Im „Clarion“ verlangt ein Leser Bells Ausschluss aus der Unabhängigen Arbeiterpartei. Herr Gardie bezieht sich darauf in seinem Blatte „Labour Leader“ festzustellen, daß Bell nicht Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei sei, sondern bei seiner Wahl nur von dieser unterstützt worden sei. Zugleich giebt Herr Gardie die Gründe an, welche seinen Kollegen veranlassen haben, zu den Radikalen überzutreten. Bell glaube, ohne die Unterstützung der bürgerlichen Partei nichts für die Arbeiter thun zu können, da nur so wenige Arbeitervertreter im Parlamente seien. Zum Schluß macht Herr Gardie den Vorschlag, daß die von dem Labor Representation Committee ins Parlament geschickten drei Vertreter bei Beginn der nächsten Session zusammenzutreten müßten, um den Kern zu bilden für die Vertretung der Arbeit im Parlament. Eine am 19. Februar in New-Castle stattfindende Konferenz werde sowohl zu dieser, wie zu einigen andern damit zusammenhängenden Fragen Stellung nehmen müssen. —

## Dänemark.

Die socialdemokratischen Stadtverordneten in Kopenhagen sind jetzt die stärkste Fraktion in der Gemeindevertretung geworden. Der der liberalen Fraktion bisher angehörende Ingenieur Rasm, der in den letzten Jahren einen stark social-radikalen Standpunkt zwischen der liberalen Partei und den Socialdemokraten einnahm, ist aus der liberalen Fraktion ausgetreten und will sein Rindam als Stadt-verordneter im März, wo die Ergänzungswahlen stattfinden, nieder-legen. Bis zu der Zeit verbleibt er als Wähler in der Gemeinde-vertretung. Kopenhagens Gemeindevertretung besteht jetzt aus

19 Socialdemokraten, 18 Liberalen und 9 Wälden; drei Mandate sind erledigt. Der andre Wäld gehörte auch zur liberalen Fraktion, wurde aber durch seine Entwicklung nach rechts zum Austritt aus dieser veranlaßt.

Da der Bürgermeister Vorup vor vierzehn Tagen gestorben ist, also eine Neuwahl bevorsteht, ist es nicht unwahrscheinlich, daß ein Socialdemokrat zu diesem höchsten Verwaltungsposten der dänischen Hauptstadt gewählt wird. —

## Parlamentarisches.

### Budgetkommission.

In der Sitzung am Donnerstag wurde zunächst der Erweiterungs-bau an dem Postgebäude in Kiewa gegen die Stimmen des Centrums und der Freisinnigen unbenutzt angenommen.

Darauf wird mit der Beratung der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Post-Etats begonnen. Es werden im ganzen fast 13½ Millionen Mark für Postbauten verlangt. Der Referent Ab-ged. Baasche stellt fest, daß bei einer ganzen Reihe von Postbauten verhältnismäßig große Summen erspart worden seien. So erfreulich diese Spararbeit sei, so müsse man doch vermuten, daß von vornherein zu große Summen für die Bauten verlangt wurden. Dies müsse in Zukunft vermieden werden. Korreferent Abg. Eichhoff regt an, zur Verbesserung der Finanzen die Bauten möglichst einzuschränken. Staatssekretär Kräfte: Er sei der entgegengelegten Meinung. Gerade bei dem jetzigen schlechten Ge-schäftslage sollte die Bauhätigkeit des Reichs nicht in außergewöhn-lichem Maße eingeschränkt werden, um nicht die wirtschaftlichen Ver-hältnisse noch mehr zu verschlechtern. Aus diesem Grunde habe er im Dezember vorigen Jahres durch ein Rundschreiben die Fort-führung der Postbauten auch im Winter, so weit es irgend möglich war, vorgeschrieben. Dem Abg. Baasche erwidere er, daß die Ersparnisse bei den Bauten durch das Schwanzen der Materialpreise hervor-gerufen seien und deshalb selbst bei dem sorgfältigsten Voranschlag unvermeidlich waren. Die einzelnen Forderungen wurden nach unweilendlicher Debatte unbenutzt bewilligt bis auf die zweite Rate zur Erwerbung eines Grundstücks für neue Betriebsanlagen am Schlesischen Bahnhof in Berlin. Die erste Zahlung-Rate, die für die Erwerbung des Grundstücks Fruchtstr. 8 bestimmt war, ist bereits im vorigen Jahre bewilligt worden. Auf diesem Grundstück soll ein besonderer Postpalet-Bahnhof für den Verkehr nach dem Osten errichtet werden. Da aber dieses Terrain sowie das weitere, welches die Eisenbahn-verwaltung abzugeben bereit ist, für die geplante Anlage nicht aus-reicht, soll noch von der Firma Gebr. Brande eine 11 000 Quadrat-meter große Fläche hinterlandes für 1545 000 M. und das mit einem dreigeschossigen Gebäude belegte Grundstück Mühlent-strasse 39/40 von 1088 Quadratmeter für 415 000 M. zugekauft werden. Abg. Singer weist nach, daß die von der Firma Gebr. Brande geforderten Preise außerordentlich hoch seien. Nach einer ein-gesetzten Debatte lehnt die Kommission die erste Rate für den An-lauf der Grundstücke von der Firma Gebr. Brande einstimmig ab, weil in der That die Preise als zu hoch angesehen werden müßten.

Nächste Sitzung am Freitag.

## Partei-Nachrichten.

Die Broschüre: Die Kaiser-Reden im Reichstage und die Social-demokratie ist in ihrer ersten Auflage von 30 000 Exemplaren bereits am zweiten Tage nach Erscheinen vergriffen gewesen. Vielleicht hat der scharfe Denunzationsversuch der „Konservativen Korrespondenz“ ein weitestgehendes Verbot auf diesem Erfolge. Die zweite Auf-lage ist heute zur Ausgabe gelangt, so daß Bestellungen umgehend zur Erledigung gelangen können.

Reichstags-Kandidaturen. Es kandidieren: für Hannover Heinrich Meißner, für Osnabrück Chr. Schrader und für Gärth Segig.

Bei der Gemeinderats-Wahl in Proixen im Herzogtum Braunschweig wurde in der dritten Klasse der socialdemokratische Kandidat gewählt. Die dritte Klasse dieses Gemeinderats ist nun vollständig socialdemokratisch.

Partei-Presse. Die „Vergißliche Arbeiterstimme“ in Solingen hat sich so gut entwickelt, daß sie jetzt an zwei Tagen der Woche regel-mäßig Beilagen geben wird, was bis jetzt nur ausnahmsweise möglich war.

### Gegen die Saalabtreibung.

In der letzten Zeit ist es in Südbayern wiederholt vor-gekommen, daß unfruchtbar Parteilosen von der schwarzen Garde die Säle abgetrieben wurden. Unser Partei-Organ nagelte das Wieder-aufleben dieser alten christlichen Praxis fest, was dem offiziellen Centrumorgan, dem „Bayr. Kurier“, Veranlassung giebt, seinen Freunden eine kleine Vorlesung zu halten. Er nennt die Saal-abtreiberei „eines der verwerflichsten Mittel im politischen Kampfe“ und meint, nichts wäre schändlicher, als wenn dem Centrum nach-gesagt werden könne, daß es sich „solcher Drecksfleger-manieren“ bediene. — Die wackeren Centrumsteute im Rhein-lande wird es sicher recht interessieren, dieses Urteil eines bairischen Organs ihrer Partei zu vernehmen.

### Ein Arzt als Denunziant.

Auf einem Bankett, welches die Karlsbader Stadtvertretung im September 1902 für die auf einer Studienreise befindlichen Ärzte aus dem Deutschen Reich veranstaltet hatte, küßte das Stadtber-haupt sich verpflichtet, ein Hoch auf den österreichischen und deutschen Kaiser auszubringen. Unter den ebenfalls geladenen Karlsbader Ärzten befand sich unser Parteigenosse Dr. Hugo Stark, der natür-lich bei dem Hoch wie bei der darauf folgenden Abingung der Kaiserhymnen sitzen blieb. Das „verletzte die monarchischen Ge-fühle“ eines gegenüber sitzenden deutschen Arztes darat, daß er mit unfruchtbar Genossen Streit begann und, als er damit kein Glück hatte, denselben der Polizei anzeigte. Das darauffolgende gegen Gen. Stark eingeleitete Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung wurde durch gerichtlichen Beschluß vom 3. Januar 1903 eingestellt.

Der Denunziant heißt Dr. Bernhard Weiß und ist Arzt in Hamburg, Annenstr. 1.

## Aus Industrie und Handel.

Kartell-Enquete. Nach der Vorbesprechung am 14. November hat der Staatssekretär des Innern jetzt angeordnet, daß mit den kontradictorischen Verhandlungen begonnen wird, und zwar soll zu-nächst am 26. Februar und an den folgenden Tagen im Reichsamt des Innern über die Organisation und die Kartellpolitik des Rheinisch-westfälischen Kohlenfondats verhandelt werden. Eingeladen dazu sind außer den Vertretern des Kohlenfondats noch 42 Herren, meist Großkohlenhändler, Direktoren niederrheinischer Bezüge oder Günten-besitzer, daneben einige wenige Handelskammer-Sekretäre, Berg-räte usw. Als Grundlage für die Verhandlungen dient ein Frage-bogen, der folgende Punkte enthält:

1. Bezeichnung des Kartells (Syndikats, Konvention), Sitz, Zahl der Mitglieder und der Betriebe.
2. Anzahl der in syndikierten Betrieben beschäftigten Arbeiter; Art der Arbeiter (männliche, weibliche, jugendliche).
3. Auf welche Erzeugnisse erstrecken sich die Bestimmungen des Kartellvertrags?
4. Wie groß ist die jährliche Menge und der jährliche Wert der syndikierten Erzeugnisse seit Beisehen des Syndikats oder während der drei letzten Jahre?
5. Aus welchen Gründen, in welchem Jahre und für welche Zeit-dauer ist das Kartell errichtet worden?
6. Zweck des Kartells.

7. Organisation des Kartells.

8. Mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolge ist die Hebung und Regelung des Absatzes nach dem Inlande und nach dem Auslande versucht worden? Wie groß war der Absatz der Menge und dem Werte nach? a) nach dem Inlande? b) nach dem Auslande seit Bestehen des Kartells oder während der letzten drei Jahre?

9. Welche Preise konnte das Kartell auf dem in- und dem ausländischen Markt für seine Erzeugnisse erzielen? Welche Ermäßigungen waren für die Festsetzung der Inlands- und Auslandspreise maßgebend?

10. Hat das Kartell einen Einfluß auf die von ihm abhängigen Industrien und Handelskreise ausgeübt, insbesondere durch die Festsetzung von Verkaufsbedingungen? Welche Stellung nimmt das Kartell gegenüber den Einkaufsvereinigungen ein?

11. Mit welchem Erfolg hat das Kartell eine Einwirkung auf die Preisgestaltung der zur Herstellung der syndizierten Erzeugnisse benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate angestrebt?

12. Hat das Kartell einen Einfluß ausgeübt a) auf die Konzentration der Betriebe durch Ausschaltung minder leistungsfähiger Betriebe? b) auf die Konzentration der Betriebe durch Zusammenfassung der verschiedenen Stadien des Produktionsprozesses dienenden Betriebe in einer Hand?

13. Hat das Kartell auf die Arbeiter- und Lohnverhältnisse der syndizierten Betriebe Einfluß geübt?

14. Hat das Kartell einen Einfluß ausgeübt auf die Qualität und die Herstellungskosten der syndizierten Erzeugnisse?

Die Förderung soll jedoch nicht auf vorstehende Punkte beschränkt bleiben; es steht vielmehr den Teilnehmern frei, dem vorliegenden Unterfragen einzurücken und nach Verständigung mit diesem zur Debatte zu stellen. Alle Verhandlungen werden mündlich geführt; nur Tabellen, Zahlen, statistische Zusammenstellungen usw. dürfen vorgelesen und schriftlich zur Aufnahme in das Protokoll vorgelegt werden. Ueber die Verhandlungen werden Stenogramme aufgenommen und darauf den Rednern mit dem Erfragen zugefickt, den Verhandlungsbericht binnen drei Tagen zurückzusenden und diejenigen Stellen zu bezeichnen, deren Veröffentlichung wegen ihres vertraulichen Inhalts nicht ratsam erscheint. Unter Weglassung dieser Ausführungen wird das stenographische Protokoll dann im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Die Verhandlungen selbst sind nicht öffentlich und die Teilnehmer werden amtlich ersucht, ihrerseits keine Auszüge oder Berichte in die Presse gelangen zu lassen.

Preussische Boden-Kredit-Kassensbank. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung für das Jahr 1902, wie in den letzten Jahren, eine Dividende von 7 Proz. vorzuschlagen. Der Gewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt (ohne Vortrag) 2 619 386 M. Hieron werden zunächst zur Verstärkung der Disagio- und Zinsreserve 147 000 M. abgesetzt. Der dann nach Kürzung der Dividende und Zantienem verbleibende Reingewinn von 79 150 M. soll dem Gewinnvortrag hinzugefügt werden, der dadurch auf 362 780 M. steigt. Der ordentliche Reservefonds stellt sich danach auf 6 000 000 M., der Extra-Reservefonds auf 800 000 M., die Disagio- und Zinsreserve auf 947 000 M. Außerdem beträgt der Amortisations- und Abschlagsfonds 450 000 M. und der Pensions- und Sparfonds 671 467 M.

Zur Umwandlung der Kruppischen Werke in eine Aktien-Gesellschaft erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß das Aktienkapital für die Umwandlung der Firma Krupp auf 150 Millionen Mark festgesetzt ist. Dem Aufsichtsrat gehören an: Der frühere Eisenbahnamminister v. Thielen, Geh. Kommerzienrat Gustav Hartmann, Geh. Justizrat v. Simson und Ludwig Delbrück i. F. Delbrück, Leo u. Co.

Ueife Brüder. Die „Kölnische Ztg.“ bringt eine Mitteilung, die zeigt, in welchem Maße die Preispolitik der Kartelle auch in den nichtkartellierten Branchen der Eisenindustrie nachahmung findet. Bekanntlich beschuldigen die Halbzeugverbraucher den Halbzeug-Verband des Zuwiderhandelns gegen das „nationale Interesse, weil der Verband seine Produkte nach dem Ausland um 20—30 Prozent billiger verkauft, als auf dem einheimischen Markt.“ Wie nun das Berliner Blatt zu berichten weiß, bestehen teilweise ganz ähnliche Verhältnisse auch zwischen Halbzeugverbraucher und deren Abnehmern. So verkaufen z. B. die Fabrikanten von gezogenem Draht diesen nach England frei Fabrik weit billiger als an deutsche Firmen. Letztere müssen infolge dessen, um die mühsam errungene Stellung nicht zu verlieren, ihre Fabrikate zu Selbstkosten und darunter verkaufen. Nehlich liegt die Sache in anderen Ländern, in denen gegen den englischen und französischen Wettbewerb anzukämpfen ist. Diefelbe Lage, welche die Drahthersteller gegen den Halbzeug-Verband erleben, wird somit gegen sie von ihren Abnehmern erhoben.

Sociales.

Ansicht Begründung der Krankenversicherungs-Novelle teilt die „Frankfurter Zeitung“ einiges über die materiellen Vorschläge mit. Ueber das, was die Novelle nicht bringt, heißt es nur, daß hinsichtlich einiger Punkte noch „keine Klärung“ eingetreten sei. Ueber die finanzielle Ermöglichung der vorgeschlagenen Mehrleistungen heißt es in der Begründung:

Bei der den Krankenkassen zugeordneten Mehrleistung muß selbstverständlich auf die Möglichkeit einer Erhöhung ihrer Einnahmen Bedacht genommen werden, zumal das Krankenversicherungs-Gesetz an das Verhältnis der gesetzlichen Unterstützung zum Höchstbetrage der Versicherungsbeiträge bestimmte Anordnungen knüpft. Andererseits ist eine wesentliche Erhöhung der Beiträge sowohl an sich wegen der Mehrbelastung der Arbeitgeber und der Versicherten, als auch im Hinblick auf einen weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung unerwünscht. Indessen hat eine nähere Prüfung ergeben, daß die vorgesehene Mehrleistungen der Kassen zwar eine Abänderung derjenigen Vorschriften des Krankenversicherungs-Gesetzes bedingen, welche die Beitrags-Höchstsätze ergeben, daß aber die tatsächlich etwa erforderliche Erhöhung der Beiträge sich in möglichen Grenzen hält, und deshalb eine grundsätzliche Abänderung der bestehenden Organisationen nicht gerechtfertigt. Für die Höhe der Gesamtkosten und der in Aussicht genommenen Ausdehnung der Krankenunterstützungsdauer fällt zunächst ins Gewicht, daß viele Krankenkassen in ihren Satzungen bereits eine mehr als 13 Wochen umfassende Unterstützungsdauer vorsehen. Die Ausdehnung der Krankenunterstützungsdauer auf die 14. bis einschließlich 26. Woche würde bei 59 Prozent aller Krankenkassenmitglieder eine Erhöhung der Krankheitskosten herbeiführen, während 41 Prozent aller Mitglieder diese Kosten und zum Teil noch weitergehende Beiträge bisher schon aufgebracht haben. Es kommt weiterhin in Betracht, um wie viele Tage sich die durchschnittliche Dauer eines Krankheitsfalles bei Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf die 14. bis 26. Woche erhöht. In dieser Feststellung bieten die vom Statistischen Amte der Stadt Frankfurt a. M. für die Jahre 1894 und 1895 aufgemachten Erfahrungen der allgemeinen Ortskrankenkassen daselbst über die Zahl der erkrankten Mitglieder nach der Dauer der Erkrankungen Unterlagen. Danach erfordert die Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf die 14. bis einschließlich 26. Krankheitswoche für 16 410 Krankheitsfälle insgesamt die Kosten für 50 464 Krankheitsstage mehr, als bei einer Unterstützungsdauer von 13 Wochen. Die durchschnittliche Zahl der Krankentage eines Erkrankungsfallcs stellt sich bei einer Unterstützungsdauer von 0 bis 13 Wochen auf 27,88 Tage und bei einer Unterstützungsdauer von 0 bis 26 Wochen auf 30,96 Tage. Wenn man die Ergebnisse der Krankenkassen nach der Reichsstatistik heranzieht, so ergibt sich gegenüber den Krankheitskosten bei einer Unterstützungsdauer von 13 Wochen als jährliche Kostensteigerung aus Anlaß der Unterstützungsdauer für jedes Mitglied im Durchschnitt 2,59 M. Die Krankheitskosten des Jahres 1897 zum Beispiel würden sich bei Annahme einer Unterstützungsdauer von 26 Wochen im ganzen um 11 858 034 M. oder 9,8 Prozent erhöhen. Nach der Vorlage zur Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes, wie sie dem Bundesrate zugeht, ist vorgesehen, die bisherigen Höchstsätze der Beiträge in den verschiedenen Klassen um 20 Prozent zu erhöhen. Auf diese Weise werden sich auch die weiterhin in Frage kommenden Mehrleistungen decken lassen, welche bei der Ausdehnung der Wöchnerinnen-Unterstützung von der 4. bis 6. Woche nach der

Niederkunft entstehen. Für die Gemeinde-Krankenversicherung berechnet sich die Erhöhung der jährlichen Belastung im Durchschnitt für ein Mitglied auf 1,47 M., so daß der Wochenbeitrag des Versicherten und Arbeitgeber zusammen im Durchschnitt nur um rund 3 Pf. hinaufzugehen ist.“

Beachtenswert erscheint uns der Satz, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Krankenleistungen keine grundsätzliche Abänderung der bestehenden Organisationen rechtfertige. Wenn wir auch der Meinung sind, daß die vorgeschlagene Erhöhung der zulässigen Höchstsätze der Krankenbeiträge von 2 auf 2,4 Proz. und von 3 auf 3,6 Proz. nicht wesentlich ist, so möchten wir doch den Satz der Begründung umdrehen und behaupten, daß bei einer Aenderung der Kassenorganisation die Erhöhung der Beitragshöchstgrenze nicht nötig wäre, um die vorgeschlagenen Mehrleistungen aufzubringen. Es wird angegeben, daß die Ausdehnung der Mindestleistungen auf 26 Wochen für 59 Proz. aller Versicherten eine Erhöhung der Krankheitskosten zur Folge haben würde. Das heißt, daß 41 Proz. aller Versicherten schon auf eine Mindestleistung von über 13 Wochen (die in den meisten Fällen sofort bis auf 26 Wochen hinaufgeht) Anspruch haben. Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1897. Nun waren im Jahre 1897 unter 22 377 Kassen nur 4078 oder reichlich 18 Proz. aller Kassen, deren Unterstützungsdauer mehr als 13 Wochen betrug. Die Zahl der mehrleistenden Kassen ist also im Verhältnis viel geringer, wie die Zahl der beteiligten Versicherten. Das beweist — was ja ganz erklärlich ist — daß es die größeren Kassen sind, die über die gesetzliche Mindestleistung der Unterstützung hinausgehen. Es ist also höchst wahrscheinlich, daß man durch organisatorische Aenderungen, die die Zentralisierung des Kassenwesens fördern, die Leistungsfähigkeit der Kassen so erhöhen könnte, daß sie sicher mindestens die vorgeschlagene Erhöhung ihrer Leistungen ohne Beitragserhöhung aufbringen könnten. Und es liegt doch wohl kein ernsthafter Grund vor, eine unwirtschaftliche Organisationsform zu dulden und lieber den Arbeitern mehr Beiträge abzunehmen, wenn man die erhöhten Leistungen durch bessere Organisation ohne erhöhte Kosten erreichen kann.

Kaufmannsgerichte.

Die Münchener Abteilung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen usw. hat an das bayerische Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, in der sie sich der bereits erhobenen Forderung der Erhöhung der Berufungssumme bei den Kaufmannsgerichten auf 500 M. anschließt und dafür noch besonders triftige Gründe anführt. Bei der Münchener Ortskasse für Handlungsangestellte waren Ende vorigen Monats verifiziert:

Table with 2 columns: a) männliche Angestellte, b) weibliche Angestellte. Rows show number of persons and salary ranges.

Die Krankenversicherung umfaßt nur Personen bis 2000 M. Jahreseinkommen, den Kaufmannsgerichten sollen aber Personen bis 3000 M. Einkommen unterliegen. Da nach den im Handelsgeerbe bestehenden geschlichen Kündigungsfreien das Streitobjekt bis zu 6 Monatsgehältern betragen kann, so ist die Berufungssumme von 100 M. selbst für die schlechtest bezahlten Angestellten zu gering, um eine schnelle Rechtsprechung zu garantieren. Bei 3000 M. Jahresgehalt beträgt schon das geringste Streitobjekt aus einem Streite um die Kündigungsfreie — 6 Wochen — 375 M. Also auch die Summe von 300 M. ist zu gering als Berufungssumme und die Erhöhung auf 500 M. deshalb eine ganz berechtigte Forderung.

Der Nachlaß einer Arbeiterfamilie.

Ein Salinenarbeiter in Leopoldshall, der als fleißiger, ordentlicher Arbeiter allgemein bekannt war, starb an der Schwindsucht und fast gleichzeitig mit ihm wurde auch seine Frau von dem Bürgengel dahingerafft. Vier unmündige Kinder stehen weinend an dem Grabe ihrer Eltern. Die behördliche Nachlaßregulierung ergab folgendes:

Table with 2 columns: Inventarium, Passiven. Lists assets like clothing, furniture, and liabilities like funeral costs.

Leopoldshall, den 20. Januar 1903. Der Lagator.

So sieht das traurige Heim eines Arbeiters mit gesicherter Existenz aus und es wird in Hunderttausenden von Arbeiterfamilien nicht anders aussehen.

Die Steinarbeiter in Würzburg richteten an den Magistrat und an das Landbauamt die Bitte, bei Vergebung von Lieferungen die Bedingung zu stellen, daß die Steinhauearbeiten am Orte selbst anzufertigen seien anstatt auswärts, wie es bisher die Regel war. Beide Körperschaften beschloßen, diesem Ersuchen stattzugeben und in die Submissionsbedingungen die Klausel aufzunehmen, daß die genannten Arbeiten in Würzburg selbst herzustellen seien, wenn es ohne erhebliche Vermehrung der Lieferungskosten geschehen kann.

Eine sozialistische Kooperationsgenossenschaft.

In Brüssel tagte vergangenes Sonntag ein außerordentlicher Kongreß von Delegierten der belgischen sozialistischen Kooperationsgenossenschaften. Derselbe hatte endgültig Beschluß zu fassen über die seit längerem geplante Gründung einer eignen Weberei in Gent. Die Gründung wurde beschlossen und das Statut angenommen. Die Weberei wird unter dem Namen „Die vereinigte Weber-Arbeitergenossenschaft“ ins Leben gerufen. Das Gründungskapital beträgt 200 000 Frank. Es werden zunächst 50 mechanische Stühle in Betrieb gesetzt. Wie Anfole erklärte, genügen diese gerade, um den Bedarf der belgischen sozialistischen Konsumgenossenschaften an Webstoffen zu decken. Die Konsumgenossenschaften, welche durch Anteilnahme direkt an dem Werke interessiert werden, sollen aber auch diejenigen Textilprodukte durch die neue Genossenschaft beziehen, die nicht in derselben hergestellt werden. Aktien im Werte von 25 Frank werden auszugeben; Anfole wird der Direktor der neuen Weberei.

Die Kerikal-antifemistische Volkserziehung feierte in Wien dieser Tage einen seltenen Erfolg. Das Handelsministerium hatte die Schuhmachereister zur Beschäftigung einer Maschine eingeladen, die 250 Paar Schuhe an einem Tage herstellen soll. Zwei Tausend Wiener Schuhmachereister traten darauf zu einer Beratung im Rathaus zusammen und beschloßen, die Maschine — nicht anzusehen. „Wir wollen net amal hör'n davon!“ rief der Innungsvorsteher aus.

Das wird nicht hindern, daß die armen unwissenden Kleinmeister diese Maschine, die sie nicht sehen und hören wollen, desto unangenehmer fühlen werden.

Es gab eine Zeit, da auch Arbeiter so thöricht waren zu glauben, sie könnten sich vor der Maschine retten, wenn sie ihr aus dem Wege gingen oder sie zertrümmerten. Heute wissen die Arbeiter, daß gerade die Maschine das Werkzeug zu ihrer Befreiung sein wird.

Gewerkschaftliches.

An die Bauarbeiterschaft Deutschlands!

(Bauführer, Bauklemper, Bauhölzer, Bauhändler, Wildhauer, Dachdecker, Glaser, Maler, Maurer, Ofenbauer, Steinhauer, Steinseher, Stuccateure, Zimmerer.)

Der zweite Bauarbeiterschuttskongreß

findet, wie wir früher bereits bekannt gegeben haben, am Sonntag, den 29., Montag, den 30., und wenn erforderlich, Dienstag, den 31. März 1903, zu

Berlin, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 statt. Die Verhandlungen beginnen Sonntag, den 29. März, 7 Uhr abends, mit folgender Tagesordnung:

- 1. Bericht der Centralkommission für Bauarbeiterschutts. Bericht-erstatte: Th. Bömelburg.
2. Der gegenwärtige Stand des Bauarbeiterschutts und Beratung weiterer Maßnahmen. Bericht-erstatte: G. Heinke.
3. Lohnkauf in Bauverträgen. Bericht-erstatte: Chr. Odenthal.
4. Anträge, soweit dieselben bei den vorhergehenden Punkten nicht erledigt sind.

Wir eruchen die gesamte Bauarbeiterschaft Deutschlands, zu der vorstehenden Tagesordnung sowie zur Beschickung des Kongresses Stellung zu nehmen und erwarten, daß auch dieser Kongreß, genau so wie sein Vorgänger im Jahre 1899, eine imposante Demonstration wird gegen die Mißstände im Baugewerbe.

Bezüglich der Vertretung lassen wir vollständig freie Hand. Es ist zulässig, daß die einzelnen Branchen für einen Ort oder auch für mehrere Orte gemeinsam eine Delegation entsenden, wie es auch gestattet ist, wenn die Bauarbeiterschaft eines Ortes sich auf eine gemeinsame Vertretung einigt.

Die Delegierten haben sich durch Mandat zu legitimieren, und zwar für jeden durch sie vertretenen Ort durch ein besonderes Mandat. Ist ein Delegierter von verschiedenen Branchen entsandt, dann sind die für die Delegierten in Betracht kommenden Verufe auf dem Mandat anzugeben. Die Mandate sind aber nur dann gültig, wenn dieselben von mindestens drei Personen unterzeichnet sind.

Mandatformulare sind bei den Centralvorständen der für die einzelnen Verufe bestehenden Organisation oder bei dem Sekretär der Unterzeichneten, G. Heinke, Hamburg, Brennerstr. 11, 2. Etage, zu haben.

Die Wahl der Delegierten ist in Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. In Fällen, wo zur Abhaltung von Versammlungen ein Lokal nicht zur Verfügung steht, kann die Wahl auch durch Unterschriften vollzogen werden. Die Unterschriften sind dem Mandat mit beizufügen.

Die Unkosten der Delegation haben diejenigen zu tragen, welche die Vertretung entsenden.

Im Anschluß an den Kongreß halten die Verbände der Bauarbeiter, Maler, Maurer und Zimmerer ihre Verbandstage ab. Es dürfte sich empfehlen, die zu den Verbandstagen delegierten Verufe genossen auch mit der Vertretung auf dem Kongreß zu betrauen. Dadurch wird die Delegation bedeutend billiger, indem die betreffenden Verbände für ihre Delegierten die Reisekosten selbst zahlen.

Etwaige Anträge für den Kongreß, welche Bezug haben auf den Bauarbeiterschutts und die sonstige Tagesordnung, sind der Unterzeichneten spätestens bis zum 1. März zu unterbreiten. Die Anträge werden dann vierzehn Tage vor Stattfinden des Kongresses öffentlich bekannt gegeben.

Für die örtlichen Vorarbeiten ist in Berlin ein Lokalkomitee eingesetzt, bestehend aus Vertretern der in Betracht kommenden Verufe.

Dem Lokalkomitee ist von der erfolgten Wahl zum Delegierten Mitteilung zu machen; ebenfalls, ob die Beforgung eines Logis gewünscht wird.

Die Drucksaßen für den Kongreß (Bericht der Centralkommission für den Bauarbeiterschutts etc.) werden, soweit es sich um Delegierte handelt, die zugleich auch Delegierte des Verbandstages obengenannter vier Verbände sind, durch die betreffenden Centralvorstände, an die andren Delegierten durch das Lokalkomitee vorkauf; selbstverständlich auch nur an diejenigen, welche sich angemeldet haben.

Alle Sendungen, Anfragen etc. sind zu richten: für das Lokalkomitee an G. Link, Berlin, Engel-Ufer 15; für die Unterzeichneten an Th. Bömelburg, Hamburg, Brennerstr. 11, 1. Etage.

Die Centralkommission für Bauarbeiterschutts. J. A.: Th. Bömelburg, Maurer. Fr. Schrader, Zimmerer. G. Wenker, Maler.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Jungbierkäufer ist jetzt in ein neues Stadium gerückt. Bekanntlich hatte das Einigungsamt des Gewerbegerichts beiden Parteien kürzlich einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, zu dem sich die Kutscher in der gestrigen endgültigen Verhandlung folgendermaßen äußerten:

Sie erklären sich mit der in dem provisorischen Tarif festgelegten Lohnskala sowie mit der Bezahlung des Wanderverbesohms und der Reisenden durch die Brauereibesitzer einverstanden, desgleichen mit der Einsetzung einer Schlichtungskommission und der Kauton nach dem alten Verhältnis. Soll aber ein einheitlicher Lohnsatz durchgeführt werden, so wünschen die Kutscher, daß die Biersteuer auf alle Fälle von den Brauereibesitzern getragen wird und daß der Prozentatz für Stadt- und Landkutscher gleichgestellt wird und zwar auf 20 Proz., d. h. 2 Pf. pro Liter bei den jetzigen Preisen. Eine Erhöhung der Bierpreise erachten die Kutscher zur Zeit für unerschwinglich, da verschiedene kleine und die in Frage kommenden größeren Brauereien sich der Verteuerung nicht anschließen. Falls aber dennoch seitens der Vereinsbrauereien die Verteuerung durchgeführt wird, dann wünschen die Kutscher, daß das Bier im Hausverkauf sowohl als auch in den Filialen nur zu den erhöhten Preisen abgegeben werden darf. Ferner soll auf 1/10 Gebinde 15 Pf. Provision gegeben werden. Auch soll es jedem Brauereibesitzer freistehen, einen Kutscher, der auf ordnungsmäßigem Wege sein Arbeitsverhältnis bei einer andren Brauerei gelöst hat, im Bedarfsfalle einzustellen. Zuletzt fordern sie, daß die Brauereibesitzer den Arbeitsnachweis des Centralverbandes der Handels- und Transportarbeiter anerkennen und sich verpflichten, denselben bei Balancen zu benutzen. — Von der Kommission der Arbeitgeber wurde hierzu durch Herrn Guth die Erklärung abgegeben, daß die Versammlung der Brauereibesitzer den Vergleichsvorschlag des Einigungsamtes in seinen Hauptteilen abgelehnt habe. Der Verein wolle auf einen Umsatz von 90 M. keines-

falls mehr zahlen wie 18 M. und die Provision im Mindestfalle auf 1 Pf. und im Höchstfalle auf 1 1/2 Pf., nicht aber auf 2 Pf. bemessen wissen. Ferner lasse sich ein Brauereibesitzer keine Vorschriften darüber machen, wen er einstellen will und wen nicht, mithin könne auch von der Anerkennung des Verbands-Arbeitsnachteiles keine Rede sein.

Nach mehrföndiger gegenseitiger Besprechung erklärte der Vorsitzende v. Schulz die Verhandlungen als gescheitert. Zu einem Schiedsspruch ist es indessen nicht gekommen, weil sich die Meinungen der beiderseitigen Vertrauensmänner, die als Mitglieder des Einigungsamtes fungierten, diametral gegenüberstanden. (Von den Arbeitnehmern waren dies Körsten und Schumann, von den Arbeitgebern Brauereibesitzer Gebhardt und Direktor Mah.) Infolgedessen hat der Vorsitzende von dem § 71 des Gewerbegerichts-Gesetzes Gebrauch gemacht und von der Fällung eines Schiedsspruches Abstand genommen. — Es ist dies erst das zweite Mal seit Bestehen des Gewerbegerichts, daß auf diese Weise ein Schiedsspruch nicht zu Stande gekommen ist. Die Richter werden nun am Freitagabend über weitere Maßnahmen Beschluß fassen.

#### Deutsches Reich.

Die Former der Maschinenfabrik von Gault u. Hoffmann in Frankfurt a. O. sind wegen Lohnhöhen in den Ausstand getreten. Verhandlungen, welche ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Auftrag des Vorsitzenden mit der Firma anbahnen wollte, wurden von dieser zurückgewiesen. Zugang ist fernzuhalten.

Die Hieslerleger der Firma F. W. Bechert in Leipzig befinden sich in Lohnhöhen. Vor Zugang nach Leipzig warnt der Vertrauensmann der Hieslerleger Deutschlands.

Die Maurer in Breslau befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer haben ihnen einen Tarifentwurf vorgelegt, welcher gegenüber dem bisher geltenden Tarif Verschlechterungen bringt. Der Stundenlohn wird auf 45 Pf. festgesetzt und dafür eine Arbeitsleistung des einzelnen Maurers von 500—750 Steinen pro Tag verlangt. Dieser Passus ist dem Berliner Maurerverbande entnommen, den die Breslauer Unternehmer auch in anderer Hinsicht zum Vorbild genommen haben. Nur hinter dem Berliner Lohn von 65 Pf. bleiben die Breslauer Maurermeister weit zurück. Trotzdem verlangen sie aber dieselbe Leistung, die in Berlin gefordert wird. Die Breslauer Maurer haben sich entschieden gegen diesen Tarif erklärt und ihre Ortsverwaltung beauftragt, einen eignen Tarifentwurf auszuarbeiten und den Unternehmern vorzulegen.

Die Ofenseker in Hannover und Linden haben den Arbeitgebern einen Tarif eingereicht, nach dem vom 1. April an eine Erhöhung der Löhne eintreten soll. Die Arbeitgeber sind grundsätzlich mit der Lohnhöhung einverstanden. Ueber die Einzelheiten schweben noch Verhandlungen, die voraussichtlich zu einem günstigen Abschluß führen.

#### Ausland.

Der Streik der Wiener Konfektionsarbeiter kann jetzt in der Hauptsache als beendet angesehen werden. Bei den Engros-Konfektionären ist die Arbeit bereits am Dienstag so ziemlich in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Von den Detail-Konfektionären waren bis Mittwoch 60 der Tarifvereinbarung beigetreten, so daß auch bei diesen die Arbeit aufgenommen werden konnte. Bei denen, die den Tarif noch nicht anerkannt haben, wird der Streik fortgesetzt, bis auch sie der Vereinbarung beitreten.

#### Die Lohnbewegungen in Holland.

Der günstige Ausgang des Streiks der Transportarbeiter hat den mehr oder minder stark am Streik beteiligten Gewerkschaften eine mächtige Anregung gegeben. Lang gestellte Forderungen auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder mit mehr Nachdruck als bisher zu vertreten. Namentlich sind es die im Dienst der Gemeinde Amsterdam beschäftigten Arbeiter, die jahrelang vergeblich um geringe Verbesserungen petitionierten, jetzt aber eilig und entschlossen sind, zum äußersten zu greifen, um sich endlich Gehör zu verschaffen.

Die Angestellten der Westlandschen Dampfschiffahrt-Gesellschaft in Haag wollen ebenfalls Lohnforderungen stellen und haben zu Donnerstagabend eine allgemeine Versammlung einberufen, um ihre Forderungen zu formulieren. Wie die Direktion nicht nach, dann soll gestreikt werden.

Die Straßenbahn-Angestellten in Utrecht wollen am Sonntag eine Versammlung abhalten. Daran soll sich eine Konferenz von Vertretern der Straßenbahner aus dem ganzen Lande schließen, die die allgemeinen Forderungen formulieren soll. — Zum Streik der Kutscher der Amsterdamer Fuhrwerksgesellschaft wird gemeldet, daß die Direktion den Streikenden einen Vorschlag zur Einigung vorgelegt hat. Sie weigert sich jedoch, den gemäßregulierten Vorsitzenden der Organisation wieder einzustellen. Eine Versammlung der Kutscherorganisation lehnte einstimmig die Vorschläge der Direktion ab.

Die günstige Wirkung, die die letzten Vorgänge auf die Gewerkschaftsbewegung ausgeübt haben, zeigt sich auch darin, daß die Vereinigungen der Eisenbahner in den Tagen des Streiks nach einer vorläufigen Uebersicht ca. 1500 neue Mitglieder gewonnen haben.

## Aus der Frauenbewegung.

Mit einer ionischen Begründung wurde, wie die „Apothekerzeitung“ mittelt, kürzlich in Sachsen einer jungen Dame mit besten Zeugnissen die Zulassung zum Apothekerberuf verweigert.

Da bisher in sächsischen Apotheken Gehilfinnen nicht angestellt wurden, liegt für das Ministerium kein Anlaß vor, diesen Zustand zu ändern.

Dieser Unversandgrund ließe sich trefflich gegen jede Erneuerung verteidigen. Warum sollten wir klüger sein, wie unsere Altvordern?

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

#### Eine Flugblatt-Verbreitung

erfolgt Sonntagvormittag in allen Wahlkreisen Berlins und der Vororte. Es ist dringend notwendig, daß die Parteigenossen und Genossinnen sich an diesem Wirken vollzählig beteiligen.

Die Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises werden ersucht, sich am Sonntag, den 8. d. M., zahlreich an der Flugblattverbreitung zu beteiligen und in den bekannten Lokalen früh 7 1/2 Uhr einzukunden.

Im fünften Reichstags-Wahlkreise treffen sich die Parteigenossen an folgenden Stellen: 1. Abteilung bei Dime, Windstr. 56; 2. Abteilung bei Ludwig, Landwehrstr. 11; 3. Abteilung bei Knösch, Hertenstr. 10; 4. Abteilung bei Patt, Dragonerstr. 15; 5. Abteilung bei Renfer, Auguststr. 51; 6. Abteilung bei Wittchow, Kleine Hamburgerstr. 27, Ede Chasserstraße; 7. Abteilung bei Sägedreht, Ruisenstr. 55.

Im sechsten Wahlkreise sind folgende Treffpunkte: Fischer, Waldstraße 8; Pätz, Putzstr. 10; Krause, Müllerstr. 7a; Kaiser, Flugstraße 6; Hoppe, Adlerstr. 21; Moser, Huppenerstr. 42; Abendroth, Badstr. 42; Schönfeld, Prechellenerstr. 9.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich in folgenden Lokalen zur Flugblattverbreitung früh 7 1/2 Uhr einzukunden: Eländer, Wohnhausstr. 110; Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Krüger, Grunewaldstraße 110; Döring, Marieburgerstr. 7; Döhl, Meiningerg. 8; Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Reimer, Hohenfriedbergstr. 20; Hoffmann, Cheruskerstr. 16; Hauser, Hauptstr. 97; Röll, Sponhofstraße 34.

Weißensee. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag früh 8 Uhr zur Flugblatt-Verbreitung in folgenden Lokalen recht

zahlreich einzukunden: 1. Abteilung: Helmke, Heinersdorfer Weg 38. 2. Abteilung: Stolle, Leberstr. 28. 3. Abteilung: Garg, König-Chauffee 55. 4. Abteilung: Schmutz, König-Chauffee 38. 5. Abteilung: Sorrer, Straßburgstr. 56.

In Wilmesdorf treffen sich die Parteigenossen früh 8 Uhr in folgenden Lokalen: 1. und 2. Bezirk bei Katsch, Umlandstr. 70; 3., 4. und 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40; 6. Bezirk bei Studloff, Bruchsalstr. 19; 7. Bezirk bei Hilpert, Aurfürstendam 126.

#### Zur Lokalliste.

Berlin II. Wahlkreis. Das Wilhelm-Theater, Friedrichstraße 236, steht der Arbeiterschaft jetzt zur Verfügung.

IV. (N). Der Inhaber von sechs Festhallen (früher Freischütz), Preussische Str. 96a, hat durch Unterschrift erklärt, daß derselbe jetzt seine Lokalitäten der Arbeiterschaft zu Versammlungen etc. zur Verfügung stellt.

Aldershof. Nach mehrfönder Unterhandlung ist es gelungen, hier einige Lokale frei zu bekommen. Die Unterhandlungen mit dem Inhaber des „Reiherschen“ Lokals, kurz vor dem Bahnhof, sind jedoch trotz vielfacher Bemühungen erfolglos geblieben.

Wir appellieren an das Solidaritätsgesühl der Berliner Arbeiterschaft, insbesondere der Ausflügler und Radfahrer, uns in diesem schweren Kampfe um Gewinnung passender Versammlungsräume nach Kräften zu unterstützen.

Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß der Rauch-Haus „Besuch“ am Sonnabend, den 7. d. M., im Reiherschen Lokal einen Maskenball abhält und veranlaßt hierzu Willets in Arbeiterkreisen abzusenden. Wir machen wiederholt die Aldershofer Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß das Reihersche Lokal für Versammlungen nicht zu haben ist.

#### Die Lokalkommission.

Wahlverein Tegel. Die Besichtigung der Druckerlei des „Vorwärts“ findet am Sonnabend, den 7. Februar, abends 9 Uhr, statt. Treffpunkt: Tegel, Berlinerstr. 92 bei Paul Straube, abends 7 1/2 Uhr. Für Nachzügler in der Lindenstr. 69 vor der Druckerlei. Am Sonntag früh Flugblatt-Verteilung bei Paul Straube. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht Der Vorstand.

## Gerichts-Zeitung.

Auf Raub und versuchten Raubmord lautete die Anklage, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen den 23-jährigen Barbiergehilfen Theodor Tritter verhandelt wurde. Den Vorfall führte Landgerichtsrat Häbner, die Anklagebehörde vertrat Erster Staatsanwalt Steinbrecht, die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Wischowsky. Der Angeklagte ist ein durchaus verwahrloster Mensch. Er ist trotz seiner Jugend bereits fünfmal wegen der verschiedensten Vergehen vorbestraft. Bei dem jetzigen schweren Verbrechen handelt es sich um den feiner Zeit von uns berichteten Ueberfall der Sellsers. 14 wohnhaften 80-jährigen Witwe Altmann. Der Angeklagte hatte die alte Frau mit beiden Händen an der Kehle gepackt und gewürgt. 8 Mark bar Geld war alles, was er vorband.

Der Angeklagte ist eine Zeitlang in der Charité auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Der Sachverständige, Professor Koepfen, begutachtete, daß der Angeklagte geistig minderwertig sei, doch lägen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß seine freie Willensbestimmung bei Begehung der That ausgeschlossen gewesen sei. Die Geschwornen bejahten nach kurzer Beratung die Schuldfragen. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß dem minderwertigen Geisteszustande des Angeklagten Rechnung getragen werden müsse, es wurde deshalb trotz der Schwere des Verbrechens nur auf eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren, zehnjährigen Erwerbverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Der Bezugsleiter erklärte lächelndes Mundes, sich bei dem Erkenntnis beruhigen zu wollen.

## Versammlungen.

Die Arbeiter der Hohndischen Maschinenfabrik waren am Dienstag sehr zahlreich in den Germania-Hallen zusammengelommen. Ueber die in dem Betriebe herrschenden Mißstände wurde ausgeführt: Solange die gegenwärtige Krise andauert, sind die Arbeitsbedingungen dort ständig verschlechtert worden. Neu eingestellte Schloffer erhalten durchweg nur einen Stundenlohn von 26 bis 33 Pf., sicher der niedrigste Lohn, der den Schloffern in ganz Berlin angeboten wird. Die Accordpreise in dieser Abteilung sind derartig gedrückt, daß die Arbeiter in 14 Tagen häufig nur 5—6 M. über ihren Lohn verdienen können, trotz aller Anstrengung. Großen Unwillen erregt auch das sonderbare Lohnregulierungssystem. Kommt nämlich ein Arbeiter bei einem schlechten Accord nicht auf seinen Lohn, so wird bei einem besseren Accord der erzielte Mehrerwerb auf den früheren Mindestverdienst verrechnet. Bei den meisten Arbeiten wissen die Leute zu Anfang überhaupt nicht, was sie verdienen, erst später wird ihnen Mitteilung gemacht, wie der Meister die Arbeit kalkuliert hat. Die Arbeiter verlangen deshalb den Ausschlag eines regulären Tarifs. In der Dreherei hat den ganzen Winter über die Heizung nicht funktioniert, so daß die Dreher mehrfach im Ueberzieher und Fausthandschuhen arbeiten mußten. Auch die Behandlung ist im allgemeinen eine miserable. Das Sprechen bei der Arbeit ist verboten. In die Kassehöfen einiger Abteilungen haben besonders schneidige Meister Löcher bohren lassen, damit sie die Arbeiter auch ja beobachten können, wie lange Zeit diese an dem jüden Ort etwa zubringen. Einem Arbeiter, der seit 17 Jahren bei der Firma thätig ist, wurde jetzt, da er alt und grau geworden, der Lohn um 5 Pf. pro Stunde gekürzt. Vorstellungen beauftragter Kommissionen bleiben erfolglos. Bei der geringsten Gelegenheit heißt es unter ausgedehnten Schimpfwörtern: „Wenn nicht paßt, kann gehen.“ Trotz alledem liebt es Herr Klotz aber immer noch, sich den Arbeitern gegenüber als humanen Mann aufzuspielen. Anlässlich der Feier des 8000. Jahrestages hat er seinen Arbeitern eine Rede gehalten, in der er ihnen sagte: Nichts ist so schwer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen. Die Arbeiter sind nun der Meinung, daß dieses Dichtwort vielleicht auf dessen Recitator Anwendung finden möge, jedoch für die Arbeiter der Hohndischen Fabrik sollen die guten Tage noch erst kommen, bis jetzt haben sie noch keine gehabt. Im Gegenteil sind sie der Meinung, daß, wenn nicht bald eine Änderung in der Behandlung und der wenigen Lohnbedeutung eintritt, es mit der Firma über kurz oder lang zu sehr engen Differenzen kommen dürfte.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am 23. Januar ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Hilgert. Vermittelt wurden 48 Stellen für fest und 2385 zur Ausschilfe. Nach den niedrigsten ortsüblichen Vermittlungsgebühren sind den privaten Stellenvermittlern 1438 M. und 75 Pf. entzogen worden. Den Bericht der Geschäfts-Kommission gab Wegner. Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben haben sich 57 Kommissionen nötig gemacht, die einen Kostenaufwand von 73,85 M. verursacht haben. Der Kassensbericht gab Zeise. Danach betrug die Einnahme 3094,20 M., der eine Ausgabe von 2908,20 M. gegenüberstand, so daß ein Bestand von 186 M. verbleibt. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Die Wahl des Vorstandes wurde bis zur nächsten außerordentlichen Generalversammlung vertagt.

Weißensee. Am 27. Januar fand die äußerst zahlreich besuchte General-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Saale von Eichewitz statt. Laut Bericht des Vorstandes haben im letzten Halbjahre eine ordentliche, eine außerordentliche Generalversammlung sowie 14 Vorstandssitzungen stattgefunden. Eine Ver-

eins-Bersammlung verlief der vollzähligen Auflösung, weil an derselben Frauen teilgenommen hatten. Aus dem Bericht des Zeitungs-Sekretärs geht hervor, daß auch hier die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ in den letzten Wochen in erfreulicher Weise in die Höhe gegangen ist, indem sie von 882 auf 921 stieg. Der Vierteljahrsbericht des Kassierers ergab eine Einnahme von 411,43 M., eine Ausgabe von 362,17 M. und einen Bestand von 49,26 M. Die Zahl der Mitglieder beträgt 548. In der Bibliothek befinden sich zur Zeit 164 Bände und 22 Proschüren. Die Bersammlung erteilte dem Kassierer, sowie den Bibliothekaren Decharge. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab als 1. Vorsitzenden Peufert, 2. Vorsitzenden Klotz, Schriftführer Eländer, Kassierer Zeise. Zu Abteilungsführern wurden Helmke, Wibe, Schenderlein, Rein und Walterslöter bestimmt. Als Bibliothekare fungieren Krebs und Harms und als Redaktoren Marx, Traub und Schilert. An Stelle des aus der Zeitungskommission ausgeschiedenen Genossen Schumann, wurde Eschbach gewählt. Die Kommission zur Vorbereitung der Kasseier besteht aus den Genossen Schumann, Eschbach und Rein. Nachdem der Vorsitzende noch zu eifriger Tätigkeit im kommenden Halbjahre aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Bersammlung.

Für die Orte Alt-Weissenfer, Malchow und Heinersdorf fand am 1. Februar im Café Rettig zu Weissenfer eine Bersammlung statt, in der Waldmann eine interessante Vortrage hielt über das Thema: „Wer sind die wahren Umwälzer?“ Die Genossen Moskoglenn, Peufert und Kesse sowie der Vorsitzende Fritz Huhn ernannten in der Diskussion die Anwesenden zum Anschluß an den Wahlverein sowie zum Abonnement auf die sozialdemokratische Presse, was zur Folge hatte, daß sich mehrere Genossen aus den obigen Ortschaften sofort aufnehmen ließen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Bülow im Landwirtschaftsrat.

Berlin, 5. Februar. (W. Z. B.) Bei dem heutigen Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrats hielt der Reichskanzler Graf v. Bülow folgende Ansprache:

Seit ich das letzte Mal in Ihrer Mitte weilte, ist nach heißen Kämpfen der Zolltarif Gesetz geworden. Lang und dornenvoll war der Weg, und in der Geschichte unsrer Reichs-Gesetzgebung wird die Feststellung des neuen Zolltarifs zu den schwierigsten Aufgaben gezählt werden. Bei diesem Rückblick ist es mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus allen Landwirten zu danken, die zum Zustandekommen des Zolltarifs mitgewirkt haben. Ich danke vor allem, meine Herren, Ihrem ständigen Ausich auf das, was er unter Verzicht auf manche weitergehende Wünsche sich schließlich einmütig auf den Boden des Tarifentwurfs gestellt und sein gewichtiges Votum für die Annahme der Vorlage abgegeben hat.

Daß der neue Tarif der Landwirtschaft wesentliche Vorteile bringt, ist unbestreitbar. Warum hätten sonst diejenigen, welche eine besondere Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen principiell verwerfen, unsren Tarif mit solcher Hartnäckigkeit belämpft? Das ist ein Argumentum e contrario, gegen das keine Dialektik auskommt. (Sehr richtig!) Brauche ich im einzelnen daran zu erinnern, daß für nahezu alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der autonome Zollschutz erheblich verstärkt worden ist, daß vor allem für die vier Haupt-Getreide-Arten Mindestzölle gesetzlich festgelegt sind, die gegen die jetzt geltenden Vertragszölle den Zoll für die Tonne Weizen um 20 M., für die Tonne Roggen um 15 M., für die Tonne Hafer um 22 M. und für die Tonne Braugerste um 20 M. erhöhen, an die Wertzölle für Pferde, die Gewichtszölle für alle andren Viehgattungen? Der Zolltarif kommt in erster Linie der Landwirtschaft zu gute. Die Distrikte und die Rückwärts auf die verbündeten Regierungen verbietet mir, bereits jetzt etwas über die abzuschließenden Handelsverträge mitzuteilen. Wir werden bei den Handelsvertrags-Unterhandlungen die Interessen der Landwirtschaft mit besonderem Nachdruck vertreten. (Lebhaftes Bravo!)

Daß nicht alle Wünsche der Landwirtschaft erfüllt werden konnten, weiß ich so gut wie irgend ein Landwirt. Aber das ist kein Grund zum Unmut — ich scheue mich nicht, das Wort auszusprechen — gegen diejenigen, die den Tarif mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet, mit pflichttreuem Eifer vertreten, mit ihrer Verantwortung gehaft, die ihre ganze politische Stellung für ihn eingesetzt haben. Dabei denke ich nicht nur an Minister und Staatssekretäre, sondern ebenso an diejenigen Parlamentarier, Politiker und Landwirte, die für den Tarif gestritten haben.

Meine Herren, mit dem verstärkten Zollschutz allein ist es nicht getan, das erkennt niemand bereitwilliger an als ich. Das ist von meiner Seite keine allgemeine Redewendung, sondern ich denke dabei an konkrete Maßnahmen, vornehmlich an die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Lande durch den Bau neuer Schienenwege und besetzter Straßen, an eine kräftige innere Kolonisation, an die Hebung des landwirtschaftlichen Betriebes der Landwirtschaft, namentlich auch in den Kreisen des kleinen bäuerlichen Bestites, an eine intensive Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, des Genossenschaftswesens, der Landesmeliorationen, an eine Hebung der Viehzucht, besonders durch wirksame Bekämpfung der Viehseuchen mit den neueren Erfahrungen der Wissenschaft. Vor uns liegt ein weites Feld für eine erprießliche Tätigkeit von Reich und Staat in verständnisvollem Zusammenwirken mit den geordneten Vertretungen der Landwirtschaft.

Aber auch nur durch solche gemeinsame positive Arbeit ist eine praktische Förderung der Landwirtschaft möglich, nicht durch Spielen mit unerfüllbaren Illusionen, nicht durch künstliche Nüchternheit des Kleinmutes, in den der Deutsche leicht verfällt, die ihm aber nicht wohl ansteht. In der Politik hat Thiers mal mit Recht gesagt, gehört die Zukunft den Optimisten. (Sehr wahr!) Dafür, daß in der deutschen Landwirtschaft, von deren Bestehen die innere Festigkeit des Reiches wie des preussischen Staates so wesentlich abhängt, die aber auch ihrerseits an der Erhaltung des Staates wie des Reiches unmittelbar interessiert ist, wie kein andrer Stand, (Bravo!) der Geist des Vertrauens und der Einsicht, ein im besten Sinne konservativer Geist die Herrschaft behalten möge, dafür, meine Herren, rechne ich auf Ihre Unterstützung.

#### Eisenbahntarif-Reform in Sachsen.

Dresden, 5. Februar. (W. Z. B.) Der sächsische Eisenbahnrat hat heute nachmittag mit 15 gegen 5 Stimmen den vom Finanzministerium vorgelegten Entwurf zu einer Reform des Eisenbahn-Personentarifs definitiv angenommen.

#### Von den holländischen Eisenbahn-Angestellten.

Amsterdam, 5. Februar. (W. Z. B.) In einer besonderen Ausgabe des Organes der Vereinigung der Eisenbahn-Angestellten heißt es, es seien genaue Vorkehrungen getroffen worden, um einen all-gemeinen Ausfall an herbeizuführen, sobald ein Gesetzentwurf, der den Eisenbahn-Angestellten die Teilnahme an einem Ausstande unterlagt, den Kammeru vorgelegt würde, und so dessen Annahme möglichst zu verhindern.

Dresden, 5. Februar. (W. Z. B.) Die dem „Dresdener Anzeiger“ von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, ist Abbotat Lachmal in Genf von hier aus verständig worden, daß die Kronprinzessin Luise weder die sächsische noch die sächsische Grenze überschreiten darf.

Petersburg, 5. Februar. (W. Z. B.) Aus Bahum wird ein großer Brand der Naphtha-Fabrik von Plantage gemeldet.

Reichstag.

251. Sitzung. Donnerstag, den 5. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Reichskanzler Graf Bälou.

Die zweite Lesung des Etats des Reichskanzlers wird fortgesetzt. In Verbindung damit steht der Antrag der Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) und Müller-Sagan (fr. Sp.) auf Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise zur Debatte.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich komme zunächst kurz auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Gröber. Herr Gröber hat meinen Freund Bollmar durchaus mißverstanden. Wir sind durchaus einverstanden mit der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes; Bollmar hat sich nur gegen den übermäßigen Dant gewendet, den Dr. Spahn namens des Centrums für diese Wählkreisabstufung dem Reichskanzler abstrakte. Wir verlangen die Aufhebung des ganzen Jesuitengesetzes und sehen keinen Grund zu einem so übermäßigen Dant ein. Abg. Gröber hat einen Gegenstand zu konstatieren versucht zwischen unserer theoretischen Haltung zur Religion und unserer praktischen Betätigung dieser Grundzüge. Da er in Deutschland aber für seine Argumentation nicht das geringste Material fand, so ging er nach Frankreich und suchte uns für das Verhalten der französischen Sozialisten zu religiösen Fragen verantwortlich zu machen. Schon bei verschiedenen Gelegenheiten sind derartige Handlungen oder Unterlassungen von Sozialisten anderer Länder uns vorgehalten worden. Aber dafür können wir doch nicht verantwortlich gemacht werden. Es giebt zudem zwei sozialistische Parteien in Frankreich; sie bilden nicht die Mehrheit, und nur die eine von ihnen steht in einem Kartellverhältnis zur ministeriellen Mehrheit. Soweit ich die Stimmung der deutschen Partei beurteilen kann, hält sie dieses Verhalten für unrichtig; sie billigt vielmehr die Haltung der andern sozialistischen Gruppe, die dieses Bündnis verurteilt. Dies Kartell mit der ministeriellen Mehrheit bedingt manche Handlung, mit der wir uns nicht einverstanden erklären können. Das gilt vor allem für die Frage der Unterdrückung der bretonischen Sprache beim Religionsunterricht. Wir mißbilligen dies durchaus. Wir nehmen hier genau dieselbe Stellung ein, wie gegen die Befreiung der polnischen Sprache beim Religionsunterricht und aus der Volksschule in polnischen Landesteilen überhaupt. Es war also durchaus ungerechtfertigt von Herrn Gröber, uns aus diesen Vorgängen in Frankreich irgendwie einen Vorwurf machen zu wollen. Die französischen Sozialisten haben sich mit ihrer Verantwortung der Befreiung der bretonischen Sprache aus dem Religionsunterricht in Widerspruch gesetzt mit der Haltung der ganzen übrigen europäischen Socialdemokratie.

Herr Gröber sprach weiter von einer „Jesuitenschmählei“ und nahm insbesondere den Abg. Dr. Hoffe von diesem Vorwurf nicht aus. Das nationale Gefühl und der Patriotismus des Herrn Hoffe flammte allerdings immer dann auf, wenn irgendwo mit der gepanzerten Faust gegen andre Völker vorgegangen wird oder wenn im Inlande anderssprechende Staatsbürger polizeilich drangaliert werden. Auch darin erkennt Herr Hoffe eine große patriotische That, wenn ein Jesuit einmal per Schuß über die Grenze gebracht oder ein armes dänisches Dienstmädchen aus Deutschland herausgetrieben wird. Man könnte nun fragen, warum die Regierung nicht gleich das ganze Jesuitengesetz aufgehoben habe. Ich glaube, das beruht vom Standpunkt des Grafen Bälou aus auf einer ganz richtigen diplomatischen Verechnung. Der Kanzler braucht bei seiner Wirtschaftspolitik der mittleren Linie ein starkes Centrum. Ich würde der Intelligenz des Herrn Reichskanzlers zu nahe treten, wenn ich ihm nicht das Wissen zutraute, daß der Rest des Jesuitengesetzes dem Centrum nicht schadet, sondern seinen Nimbus, eine verlässige religiöse Partei darzustellen, beim katholischen Volke noch aufrecht erhält. Dadurch aber werden die Interessengegenstände im Schoße des Centrums verschleiert. Uns können diese Erwägungen nur veranlassen, noch energischer auf völlige Befreiung des Jesuitengesetzes zu dringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die beschlossene Aenderung des Wahlreglements bedeutet die sehr verspätete Erfüllung eines alten Wunsches des Reichstages. Die Rückzugslinien des Herrn Hertel hat keine Bedeutung. Unsere besonderen Wünsche werden wir bei der Verhandlung der Angelegenheit machen. Dazu gehört die Forderung, daß der Wahltag ein Sonntag ist. Herr Dr. Spahn schüttelt den Kopf. (Heiterkeit.) Nun, der Sonntag als Wahltag bewährt sich im katholischen Frankreich sehr gut, weshalb sollte er sich nicht auch bei uns bewähren?

Auch die Diätenfrage ist mit Recht von den verschiedenen Parteien wieder vorgebracht worden. Ebenso wie die Sicherung des Wahlgeheimnisses ist es eine Pflicht der Regierung, dem wiederholten Wunsche des Reichstages auf Gewährung von Diäten endlich nachzukommen. Wir treten selbstverständlich aus allgemeinem Interesse nach wie vor energisch für die Gewährung von Diäten ein. Abg. Fürst Bismarck, den ich zu meiner Freude an seinem Plage sehr (Heiterkeit), hat gegen die Diäten außer den Gründen seines Vaters doch noch etwas vorgebracht; wenn es auch nicht direkt ein neuer Gedanke war, so war es doch neu, daß einmal ein Gedanke von ihm kam. (Heiterkeit.) Abg. Fürst Bismarck meinte, Diäten würden das Hervortreten „rühriger, radikaler Elemente“ in allen Parteien befördern. Das bezog sich also auch auf die konservative Partei. Fürst Bismarck versteht unter diesen „rührigen radikalen Elementen“ offenbar diejenigen, die ihre Parteiführung mit größerer Schärfe und rücksichtsloser zum Ausdruck bringen als andre. Innerhalb der konservativen findet man diese Elemente interessanterweise weniger unter den Standesgenossen des Fürsten Bismarck, sondern diese rekrutieren sich aus dem sogenannten Mittelstande, es sind die paar Handwerkermeister usw. unter den Konservativen. Die Herren können sich beim Fürsten Bismarck, der selber keiner Partei angehört, dafür bedanken, daß er sie als Abgeordnete zweiter Klasse bezeichne. Die Nichtgewährung von Diäten soll nach dem Fürsten Bismarck auch die Proletarisierung des Reichstages aufhalten. Nun, der Reichstag wird wohl auch proletarisieren, wenn Socialdemokraten gewählt werden. Und unsere Fortschritte werden durch die Verweigerung von Diäten nicht aufgehalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Diätenlosigkeit ist ein schwerer Nachteil nur für die bürgerlichen Parteien, die dadurch verhindert werden, zu sagen: Die faulen Fasanejäger hinaus und rührige Elemente hinein. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Fürst Bismarck gehört zu den unfreiwilligen, aber um so wirksameren Vorläufern der Socialdemokratie. Man kann nur wünschen, daß seine Rede gerade in den Kreisen des Mittelstandes die weiteste Verbreitung findet, auf den er, der Fürst, den Begriff „Proletariat“ offenbar ausdehnen will. — Herr Wiemer glaubte den Ausdruck des Herrn v. Wangenheim, daß er lieber einen Socialdemokraten als einen Freisinnigen wähle, ernst nehmen zu müssen und folgerte daraus, daß die Freisinnigen den Agrariern gefährlicher seien. Wer die politische Situation kennt, wird diesen Ausdruck aber kaum ernst nehmen können. Dieser Ausdruck des Herrgers ist weiter nichts als das Resultat der augenblicklichen Verstimmung, die eingeht zwischen den Vertretern der streng agrarischen Richtung und der gouvernementalen Richtung. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Wangenheim spielt die Rolle des großen Schalles, er läßt bittere Feindschaft dem Reichskanzler Agamemnon und dem herrlichen Dulder Poddobieli, lauert aber zweifellos auf den Augenblick, in dem eines schönen Tages die Reichsregierung, wie er hofft, mit dem Reichstag in Schwierigkeiten kommt und die

Ausficht bei ihr zum Durchbruch kommt, daß die Agrarier die einzigen wirklichen wachenden, zuverlässigen Retter von Thron und Staat sind, und daß dann der Reichskanzler Agamemnon kniefällig bei ihm im Felde erscheint und ihn bittet, doch wieder in den Kampf einzutreten und den socialdemokratischen Hektor zur Strecke zu bringen. (Lachen rechts. Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Man darf den augenblicklichen Stimmungen des Herrn von Wangenheim nicht allzu viel Bedeutung belegen. Er hat schon früher einmal wehmütig drohend darüber geflagt, daß Herr Wallin und andre an der Seefahrt interessierte Leute bei Hofe seinen Freunden eine ganz ungerechtfertigte Konkurrenz machten. Und im Cirklus Vusa mögen noch so kräftige Worte gegen die Minister fallen. Wie diese Augenblicks-stimmungen sind ebenso wenig als programmatisch aufzufassen, wie einst der Ausspruch des Herrn Ruprecht-Kaufmann: Wir müssen alle Socialdemokraten werden. Die Freisinnigen sind hoffentlich nicht so leichtgläubig, um sich aus solchen Äußerungen noch einen besonderen Ruhmeskranz zu winden, als ob sie die gefährlicheren Feinde der Agrarier seien. Der Forderung einer neuen Einteilung der Wahlkreise stimmen wir durchaus zu. Wir haben selbst einen ähnlichen Antrag wie die Freisinnigen eingebracht, der aber in dieser Legislaturperiode sicher nicht mehr auf die Tagesordnung kommen wird.

Dr. Hertel und Abg. Gröber erhoben gegenüber einer Neubegrenzung der Wahlkreise den Einwand, daß man ja doch eine absolute mathematische gleichmäßige Einteilung der Wahlkreise nicht einführen kann. Aber auch die Antragsteller beabsichtigen nur, daß eine normale Seelenzahl der einzelnen Wahlkreise annähernd erreicht werde, daß nach oben oder nach unten nicht zu weit darüber hinausgegangen werde. Das liegt auch im Sinne der Reichsverfassung, und dies Prinzip ist auch durchgeführt worden bei der ursprünglichen Einteilung der Wahlkreise vom Jahre 1867. Damals galt als durchschnittliche Seelenzahl eines Wahlkreises 100 000, und sie ging bis höchstens 150 000. Gegen die Forderung, daß auch jetzt noch auf je 100 000 Seelen ein Abgeordneter komme und die Abgeordnetenzahl dementsprechend vermehrt werde, sprechen verschiedene Gründe. — Der Sitzungssaal des Reichstages würde nicht genügen, der Prozentsatz der Fehlenden würde immer größer werden. Ich würde vorschlagen, die Zahl der Abgeordneten ein für allemal im Wahlgesetz auf 400 festzusetzen und nach jeder Volkszählung die Normalseelenzahl, die auf einen Abgeordneten fallen würde, aufs neue zu bestimmen. Nach der letzten Volkszählung von 1900 würde diese Zahl etwa 141 000 betragen. Nach jeder Volkszählung müßte die Regelung dahin erfolgen, daß kein Wahlkreis über das Anderthalbfache der normalen Seelenzahl hinausgeht oder unter der Hälfte derselben zurückbleibt.

Herr Hertel sprach von dem größeren Recht der bodenständigen Bevölkerung. Erstens schneidet auch diese Bevölkerung und im übrigen verlangen wir ein absolutes gleiches Recht für Stadt und Land. Das entspricht auch der Reichsverfassung. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Wiemer hat schon sehr richtig betont, so gut wie es die sittliche Pflicht der Reichsregierung war, die geheime Wahl zu sichern, so hat sie auch die sittliche Pflicht, diese gesetzlichen Bestimmungen auf Neueinteilung der Wahlkreise durchzuführen. Herr Hertel meinte, die ländliche Bevölkerung hätte nur ein etwas größeres Recht. In der That ist aber dieses Recht häufig schon zehnmal größer als das Recht industrieller Gegenden. Nach der Volkszählung vom Jahre 1900 sind die drei größten Wahlkreise bereits über eine halbe Million hinausgewachsen. Der Wahlkreis Berlin VI hat jetzt 693 764 Einwohner und über 170 000 Wähler, der Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg 688 569 Einwohner, der Wahlkreis Bochum 564 752 Seelen. (Ort! hier! bei den Socialdemokraten.) Dagegen hat der Wahlkreis Weipreignitz eine Einwohnerzahl von 67 367; er ist also zehnmal kleiner als der sechste Berliner Wahlkreis. Dasselbe gilt für die Wahlkreise Deutsch-Krone, Neustettin usw. (Zwischenruf des Abg. Camp.) Herr Camp wirft mir ein, in England sei es ebenso. Nein, das ist nicht der Fall. In England bestand früher in der That eine solche Differenz der Wahlkreise, aber dies Verhältnis ist durch verschiedene Wahlreformen geändert worden. Noch bestehen Differenzen, aber nicht derartig große wie bei uns. In England hat man dem Anwachsen der großen Städte wenigstens zum Teil Rechnung getragen. Man ist nicht so weit gegangen wie wir verlangen, daß nämlich eine Normalseelenzahl mit einer Maximal- und Minimalgrenze den einzelnen Wahlkreisen zu Grunde gelegt wird. Aber diese Unterlassung giebt doch keinen Grund gegen unsere gerechtere Forderung ab und noch viel weniger ist der Hinweis auf England für Sie beweiskräftig. Dort hat man etwas gethan. Sie aber wollen ja gar nichts thun. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es wird auch wieder mit dem Sage operiert: Quisita non movoro, man solle das Ruhende ruhen lassen. Aber dieser Satz trifft nicht zu; ruhig sind ja die Wähler der großen Städte durchaus nicht! (Heiterkeit.) Sie haben gar keine Lust dazu, sich das Unrecht länger ergehen zu lassen. Außerdem bedeutet der Grundsatz, als Prinzip der Staatsführung, wohl auch nach der Meinung des Fürsten Bismarck nichts andres als: die Regierung solle nicht eingreifen, nicht bei grundlegenden Aenderungen die Initiative ergreifen, sondern sie dem Volk oder den Parteien überlassen.

Herr Gröber machte den höchst merkwürdigen Einwand, daß den Wählern in den kleineren Wahlkreisen ihr heutiges Recht verkrüppelt werde, wenn größere Wahlkreise geschaffen würden. Er schien der Ansicht zu sein, daß diese Verkrüppelung sich nur so verhindern lasse, wenn die Zahl der Abgeordneten vermehrt würde. Das aber ist ein Trugschluß. Eine relative Kürzung der Rechte der Wähler der kleineren Wahlkreise kommt unter allen Umständen heraus, ob nun die Abgeordneten oder die Wahlkreise zusammengefaßt werden. Sie haben jetzt mit ihren Stimmen einen größeren Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstages, als die Einwohner der großen Wahlkreise. Das ist ein höchst ungerechtes Privilegium, das beseitigt werden muß. Der Einwand der Herren Gröber und Hertel, daß technische Schwierigkeiten die Durchführung des Gedankens in dieser Legislaturperiode, wenn nicht überhaupt verhindern, ist unrichtig. Die Umgestaltung läßt sich sehr einfach durchführen. Ich habe mir die Arbeit gemacht, eine Anzahl von Probe-Einteilungen auf Grund der Volkszählung von 1900 vorzunehmen und zwar habe ich die Neueinteilung der Wahlkreise für Berlin und für die Provinz Hannover dargestellt. Ich stelle meine Arbeit den Herren, die sich für derartige Dinge interessieren, es sind ja nicht zu viel (Heiterkeit), gern zur Verfügung.

Die Neueinteilung wird keine große Schwierigkeiten machen, sofern nicht eben die Persönlichkeiten, die damit betraut werden, Wahlkreis-Geometrie im Interesse der Regierung oder der Mehrheitsparteien treiben. Vorausgesetzt muß also werden die unbedingte bona fides der betr. Beamten. Bei der Wahlkreis-Einteilung für den Reichstag des Norddeutschen Bundes ist zum Beispiel in der Provinz Hannover zu Gunsten der damaligen Regierungspartei, der Nationalliberalen, und gegen das Centrum eine solche partielle Wahlkreis-Geometrie getrieben worden. Das hat zur Einrichtung ganz unmöglicher Wahlkreise geführt, wie in den Wahlkreisen Ostfrieslands und des sogenannten Herzogtums Bremen. In Süddeutschland erleichtert das Bestehen kleinerer Verwaltungsbereiche das organische Zusammenlegen solcher Bezirke zu Wahlkreisen. In Norddeutschland werden die historischen und organischen Zusammenhänge dieser Gegenden zum Schaben der Einwohner durch die Wahlkreis-einteilung direkt zerissen. In der Provinz Hannover z. B. wo jetzt der größte Wahlkreis, Göttingen-Gimbed-Kortheim 102 000 und der kleinste, Wittmund-Aurich, 190 000 Seelen zählt,

würde sich aber eine Neueinteilung unter besserer Berücksichtigung der historischen Zusammenhänge mit der Normalseelenzahl von etwa 141 000 sehr leicht durchführen lassen. Wenn gegenwärtig die Regierung und die Mehrheitsparteien sich gegen diese Reform, deren formelle Berechtigung sie anerkennt, streuben, so liegt das einfach daran, daß der gegenwärtige Zustand ihrem Parteinteresse entspricht. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung ist die Grundlage ihrer Macht, eine Neuregelung derselben würde nur die Socialdemokratie stärken und daher belämpfen sie sie. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich muß nun auch auf die allgemeinen politischen Verhältnisse etwas eingehen. Wir sind weder mit der inneren noch mit der äußeren Politik des Herrn Reichskanzlers einverstanden. Für die Weltpolitik trifft das Wort des Hans Dampf in allen Gassen zu. Der Herr Reichskanzler hat gegenüber Ausstellungen, die gemacht werden an seiner überzeitlichen Politik und die sich knüpfen an gewisse Reden Kaiser Wilhelms II. gemeint, man verleihe die Bedeutung dieser Reden, wir wollten nichts als auf den Weltmeeren herumfahren, wie andre Vögel. Wenn man wirklich nichts wollte, als der deutschen Schifffahrt die Möglichkeit eröffnen, überall hinzufahren, wo sie will, so wären wir die ersten, die dem entschieden zustimmen könnten. Wir wünschen alle, daß der deutsche Handel und die deutsche Schifffahrt möglichst ungehindert sich entwickle, aber die Art und Weise, wie die Reichsregierung eingreift in den Welthandel und in die Weltsehnde, befördert die deutsche Schifffahrt und den deutschen Handel nicht. Auf die Venezuela-Angelegenheit will ich heute nicht eingehen. Die übertriebene Schnelligkeit, die dabei von den Vertretern Deutschlands gezeigt worden ist, kam zweifellos unsern Handel und unsere Schifffahrt nur schädigen, weil dadurch die Rühmlichkeit gegen Deutschland in Venezuela, in Südamerika überhaupt und leider auch in den Vereinigten Staaten bedeutend gewachsen ist. Unter Umständen mag es nötig sein, See-polizei gegenüber fremden Staaten zu üben, aber wir tadeln, daß diese See-polizei mit ganz derselben übertriebenen Schroffheit geübt wird, wie im Inlande die Polizei gegenüber den Landesangehörigen. Die befähigte renommierte Verherrlichung der Weltpolitik kann Deutschland auch nur schädigen. Wir treiben eine Neuenormierungspolitik mit dem Dreisack und mit der gepanzerten Faust. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Deutschland ist infolge seiner kontinentalen Lage gar nicht fähig, jemals eine Seemacht ersten Ranges zu werden.

Ich komme zu einer andern Frage, für die ebenfalls der Reichskanzler als oberster Reichsbeamter verantwortlich ist, ich meine die sogenannte Verhätigung „nationaler“ Bestrebungen. Die Regierung hat in der letzten Zeit gegenüber verschiedenen innerhalb des Reiches wohnhaften Völkern eine Politik angewandt, die mit den verfassungsmäßigen Garantien des Reiches und Preußens durchaus im Widerspruch steht. Ein Zug nationaler Schnelligkeit, nationaler Verhätigungsdranges ist eingetreten, der vor der Meinung des Deutschen Reiches ganz unmöglich gewesen wäre. Schon daraus folgt, daß diese Fragen durchaus in das Gebiet der Reichspolitik hineingehören. Wäre es etwa früher möglich gewesen, daß ein Minister im preussischen Abgeordnetenhaus ausrief: „Die Welf, die Walb-ling!“ oder: „Die preussischen Beamten müssen nationale Politik treiben!“ Ich bedauere, zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß leider die deutschen Bundesregierungen sich in das Schlepptau der alldeutschen Entnationalisierungsbestrebungen gegenüber anderssprechenden Völkern haben nehmen lassen. Wenn heute ein geschwiegener und gebogelter Herr des XX. Jahrhunderts in einem Ausruf wie: „Die Welf, die Walbling!“ ausrückt, so berührt das wirklich so, als ob eine Pannormstange aus der Siegesallee oder etwa der Roland von Berlin plötzlich herunterstiege, den Gylinderhut aufsetzte, Glasohrgehörige anzog und nun derartige mittelalterliche Anschauungen mitten im modernen Leben zum Ausdruck brachte! (Heiterkeit! und Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Das entspricht aber durchaus dem Charakter der gegenwärtigen Epoche. Ich verweise auch auf die Rede des Kaisers Wilhelm II. bei der Wiederherstellung der Marienburg, durch die er das deutsche Volk zum Kampf gegen „polnischen Uebermut“ aufrief und zur Wahrung der nationalen Güter, deutscher Sitte und Art aufforderte. Weder verliert die hauptstädtlichen Stellen aus der Marienburger Rede des Kaisers. Alle die unter Ueberzeugung nach sehr deplacierten Ausdrücke der Herren Minister: die Welf, die Walbling usw. sind zurückzuführen auf die ungerechtfertigte Steigerung, ja die Aufseizung des nationalen Bewußtseins, die in dieser Rede des Kaisers gelegen hat. Wo hat denn der polnische Uebermut sich verhältigt, um einen solchen Ausruf zum Kampfe an das ganze deutsche Volk zu rechtfertigen? Ein Ausländer müßte auf den Gedanken kommen, daß die Polen einen polnischen Ausruf und gemacht haben. Selbst aus den Reden der Galatiten im Reichstag gegen die Polen haben wir nichts gehört, das eine solche Rede rechtfertigen könnte. Man beschwört sich über das wirtschaftliche Uebergewicht der Polen. Ja was bleibt denn den Polen, die von allen Beamtenstellen ausgeschlossen sind, übrig, als in das wirtschaftliche Leben einzutreten. Wie die Juden früher sind sie geradezu dazu gezwungen und haben es mit der Zeit auch wie diese zu einer höheren Fähigkeit auf diesem Gebiete gebracht.

Derselbe Prozeß vollzieht sich jetzt bei den Polen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es ist eine Thatfache, daß sich die polnische Bevölkerung stärker vermehrt als die deutsche. Der Reichskanzler hat nun in einer bisher nicht bestrittenen Unterredung mit dem „Figaro“-Korrespondenten diesen Gedanken in der Form ausgedrückt, es sei das wie mit der Vermehrung der Hasen und der Kaninchen. Meinem Geschmack würde eine solche Äußerung nicht entsprechen, zumal sie sich gegen ein unterdrücktes Volk richtet. Ich frage aber den Reichskanzler: Wie denkt er sich mit politischen Maßregeln diese größere Fruchtbarkeit des polnischen Volkes zu belämpfen? Der Plan der Germanisatoren geht doch dahin, die polnischen Rittergutsbesitzer und die polnische Bourgeoisie zu beseitigen, die polnischen Arbeiter aber zu behalten. Nun aber steht fest, daß eine proletarische Bevölkerung sich stärker vermehrt als eine besitzende, bei denen sich Gennungstendenzen bei der Vermehrung viel stärker durchsetzen. Die Masse hat nichts damit zu thun. Das zeigt das französische Volk, das sich in Frankreich sehr schnell vermehrt, in Kanada aber sich außerordentlich stark vermehrt. Auch in Deutschland vermehrt sich die Bevölkerung in den großstädtlichen Distrikten am schwächsten, am stärksten aber in den proletarischen Gebieten. Würden alle Polen proletarisieren und alle Deutschen in den Ostprovinzen besitzer, so würde sich das polnische Volk noch viel stärker vermehren als jetzt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Maßnahmen der Regierung zur Germanisierung des Ostens haben ihren Zweck nicht im geringsten erreicht, sondern haben im Gegenteil das nationale Bewußtsein in immer weiteren Kreisen geweckt und Erbitterung erzeugt. Gegenüber den Dänen ist das Schlagwort Germanisierungspolitik geradezu sinnlos, da die Dänen viel reinere Germanen sind als die Deutschen. Die ganze Politik der Unterdrückung fremder Nationen ist verfehlt, sie ist auch am allerwenigsten geeignet, den Weltfrieden zu fördern, aber den wir ja getreu eine längere Rede gehört haben. Gewundert habe ich mich nur, daß Herr Hoffmann-Gall, der doch Mitglied einer demokratischen Partei ist, den unterdrückten Deutschen in Finnland den Rat gab, sich den Staatsgefehen zu fügen. Denn eine Regierung zu knechten Maßregeln durchführt, so ist es heilige Pflicht eines jeden Volkes, solche Gesetze mit aller Macht

zu bekämpfen. Die nationale Unterdrückungspolitik züchtet den Nationalitätenhaß und sie korruptiert auch die eigene Bevölkerung. Ein Beamtentum, das sich zu Unterdrückungsmitteln gegen eine Partei, einen Volkstamm oder eine Religion gebrauchen läßt, empfangt mit dieser Aufgabe den Bazillus der Korruption. Wenn sich selbst ein Minister wie Herr v. Rheinbaben nicht scheut, seine Beamten zu ungeleglichen Thaten zu veranlassen und den ehrlichen Mann, der sich dagegen wehrt, maßregelt, so ist das Korruption im schlimmsten Grade. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Nicht um Sie (nach rechts) zu beschreiben, sage ich das, dazu sind unsere Grundanschauungen zu verschieden. Wir vertreten das allgemeine Kulturinteresse, und Sie, Sie haben das russische Knutenideal, Herr Dertel. Also nicht um Sie zu beschreiben, sondern damit in die weitesten Kreise der Bevölkerung Aufklärung über die Verderblichkeit unserer gegenwärtigen Reichspolitik hineingetragen wird, habe ich meine Kritik geübt. Wenn der Herr Reichskanzler einmal sagte: Warten Sie doch ab, wie der Hase läuft, so sage ich jetzt: Wir haben gesehen, wie der Hase auf wirtschaftlichem Gebiete, wie er auf nationalem Gebiete läuft. Nach unserem Geschnad ist das nicht, wir danken für diesen Hase. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

#### Reichskanzler Graf Bülow:

Der Vorredner hat mir im zweiten Teil seiner Ausführungen zunächst den Vorwurf gemacht, ich triebe eine abenteuerliche Politik. Ich habe aber seit beinahe 6 Jahren genügend bewiesen, wie fern mir abenteuerliche Pläne liegen. Sie können darüber ganz ruhig sein, daß ich keine Abenteuer à la Mexiko unternehmen werde. So haben wir denn niemals abenteuerliche Wege betreten? Die Samoosfrage ist zur allgemeinen Befriedigung beigelegt worden, indem wir die beiden Hauptinseln bekommen haben. Aus der chinesischen Aktion sind wir hervorgegangen mit ungeschwächten Kräften, mit vollen Ehren, mit einer gesegneten Position in Ostasien und mit voller wirtschaftlicher Gleichberechtigung mit den übrigen Mächten. In der Venezuela-Sache, die dem Vorredner gewisse Besorgnisse einzuschießen scheint, bewegen wir uns in derselben Linie wie England und Italien auf der Bahn ruhiger Besonnenheit. Ebenso wie England und Italien wollen wir in Venezuela nichts anderes erreichen als Sicherheit für Leben, Eigentum und Handel unserer dortigen Landesleute.

Herr Ledebour meinte weiter, eigentlich brauchten wir keine Kriegsschiffe. Diese Aeußerung stimmt zum mindesten dem Sinne nach völlig überein mit einer Bemerkung, die vor über 50 Jahren, im Jahre 1848, als das deutsche Volk zum erstenmal eine Flotte zu haben wünschte, ein fremder Diplomat machte, indem er auf diese Bestrebungen das Griechische Wort antwortete: quid ophippia bovi, was soll dem Dämon ein Pferdezaumzeug, was braucht Deutschland eine Flotte? Gegenüber solchen Aeußerungen wird aber die sehr große Mehrzahl des deutschen Volkes daran festhalten, daß wir — nicht zu aggressiven Zwecken — wohl aber zur Verteidigung unserer Küsten und unserer überseeischen Interessen das Recht haben, eine Flotte zu halten.

Herr Ledebour hat mir weiter vorgeworfen, ich triebe Weltpolitik, und er hat die Weltpolitik in Vausch und Wogen verurteilt. Ich habe schon einmal im vergangenen Jahre gesagt, daß ich mich in der Weltpolitik bemühete, die Mitte zu halten zwischen den Anschauungen von links und denjenigen, die etwa der Abg. Dr. Hase vertritt. Ich bitte es mir nicht als Unbescheidenheit auszulegen, wenn ich sage, ich suche mich freizubehalten von den Fehlern beider Richtungen. Ich suche mich freizubehalten einerseits von der etwas kirchlich-martigen Auffassung (Weiterleit rechts) des Herrn Ledebour, der unsere wirtschaftliche Position nicht über unsere vier Wände ausdehnen will, dabei aber vergißt, daß uns damit im Kampf ums Dasein die Wege abgegraben würden, und daß uns bei einer solchen Politik, so sehr wir auch unsere Zuhörer einzeln und uns in unsern Sälechen zurückziehen mögen, schließlich doch unser Haus zertreten werden würde. (Sehr richtig! rechts.) Andererseits suche ich mich ebenso sehr fernzuhalten von einer Politik, die sich oft von überspannten Gefühlsvallungen leiten läßt, statt von den dauernden und nächsten ertrogenen Interessen des deutschen Volkes. Die auswärtige Politik soll die Interessen des betreffenden Volkes und des betreffenden Staates wahrnehmen. Wenn diese Interessen Weltinteressen geworden sind, so wird diese Politik ganz von selbst eine Weltpolitik werden, d. h. nicht eine Politik, wie Abg. Ledebour sich ausdrückt, den Hans Dampf in allen Gassen spielt, nicht eine Interventionspolitik im bonapartistischen Stile, sondern eine Politik, die unsere realen Interessen schützt, wie sie sich ergeben aus dem wirtschaftlichen Expansionsbedürfnis und der Expansionsfähigkeit des deutschen Volkes, die wiederum zurückzuführen ist auf die vor dreißig Jahren erfolgte Einigung und Konsolidierung der deutschen Nation.

Auf die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Vorgänge in den östlichen Provinzen des preussischen Staates würde ich an und für sich keine Veranlassung haben einzugehen, nachdem von mir und meinem Herrn Stellvertreter wiederholt erklärt worden ist, daß es sich hier um innere Angelegenheiten eines Bundesstaates handelt, die nach der oft ausgesprochenen Ansicht der verbündeten Regierungen nicht vor das Forum dieses hohen Hauses gehören. Aber Abg. Ledebour hat sich bei diesem Anlaß wieder mit Sr. Majestät dem Kaiser beschäftigt. Ich glaube, daß ich während der ersten Lesung des Etats genügend bewiesen habe, daß ich zu einer freimütigen Aussprache auch über die Person Sr. Majestät bereit bin. Ich habe kein Blatt vor den Wind genommen und habe mich auch niemals gescheut, auch für solche kaiserliche Umgebungen die Verantwortung zu übernehmen, welche außerhalb des Rahmens der Reichsverfassung liegen und für welche die Verantwortung zu fragen ich verfassungsrechtlich nicht genötigt bin. Ich glaube mich aber doch in Uebereinstimmung zu befinden mit der sehr großen Mehrheit dieses hohen Hauses, wenn ich sage, daß es gleichmäßig dem Wesen des konstitutionellen Staates wie dem Buchstaben und Geiste der Reichsverfassung entspricht, die unverantwortliche und unverlegliche Person des Kaisers so selten wie möglich und nur wenn zwingende Umstände vorliegen, in die Diskussion hineinzuziehen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Solche Umstände liegen nach der erschöpfenden Diskussion, die wir in der vorigen Woche geführt haben, nicht vor (Erneute lebhafte Zustimmung rechts), und deshalb lehne ich es ab, dem Abg. Ledebour auf dies Terrain zu folgen, das er zu meinem Bedauern heute wieder betreten hat! (Beifall rechts. Zuruf bei den Socialdemokraten: Wir können reden, worüber wir reden wollen!)

#### Abg. Gamp (Rp.):

Ich bin dem Reichskanzler für diese letzte Erklärung außerordentlich dankbar (Lachen und Unruhe bei den Socialdemokraten) und hoffe, daß wir nunmehr auf diesem Gebiete zu dem früher üblichen Zustande zurückkehren werden. (Bravo! rechts.) Wir haben in dieser Beziehung volles Vertrauen zu dem Reichskanzler. Wir hoffen auch, daß es ihm gelingen wird, unsere Bedürfnisse und Interessen auf dem Weltmarkt zu befriedigen ohne Kollision mit unren heimlichen Interessen. Der Stotterbarmehrer hat die Mehrheit des deutschen Volkes zugestimmt.

Was die Diätenfrage anlangt, so ist ein Teil meiner politischen Freunde für Diäten, ein anderer, ich glaube: der größere Teil, gegen Diäten. Ich selbst bin ein Gegner der Gewährung von Anwesenheitsgelbern und danke deshalb dem Reichskanzler für seine ablehnende Haltung. Ein neuer Gesichtspunkt ist durch den Wunsch Linzugesommen, daß Arbeiter als Vertreter der Arbeiter hier erscheinen. Aber dazu sind Diäten nicht erforderlich. Es würden sich genügend Männer finden, die gern einen Fonds aufbringen würden, um den Arbeitern den Aufenthalt in Berlin als Reichstags-Abgeordnete zu ermöglichen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler brauchte nur einmal einen solchen Anruf zu erlassen, da würden in ganz kurzer Zeit ein paar Hunderttausend Mark zusammen-

kommen, um zwei Duzend Arbeiter-Abgeordneten einen Ersatz ihrer Aufwendungen zu gewähren. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Ueber das neue Wahrgesetz nur ein paar Worte: Hölzerzelle ist keine angenehme Bezeichnung. Man denkt sofort an Gefängnis oder Irrenhaus. (Heiterkeit rechts.) Und was soll geschehen, wenn sich gleichzeitig mehrere Wähler in den Hölzerzelle des Wählers im Hölzerzelle gegeben werden? Darf sich der Wahlvorstand dann hineinbegeben? Was soll geschehen, wenn die Lampe hineingebracht werden muß? Tausende von Wahlprotesten werden wir erhalten, die sich darauf stützen, daß der Schirm ein Loch oder eine Ritze hatte. (Sehr richtig! rechts.) Ich begreife nicht, warum man den Gedanken einer Kompensation von vornherein abgelehnt hat. Wenigstens die Fortführung der Wählerlisten, die auch in ihrem Interesse (nach links) liegt, hätte man dabei als Kompensation einführen können. Die zukunftsreiche Bevölkerung freilich kann nie gefahrt werden. Jetzt machen es die Socialdemokraten so, daß sie Hunderte ihrer Wähler, die bei einer Nachwahl in einem Kreise gewählt haben, bei einer andren Wahl in einem zweiten Kreise in diesen ziehen und dort ihr Wahlrecht nochmals ausüben lassen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Das ist durchaus ungeleglich. Die Wahlprüfungen sollten dem Reichstag genommen und einer unabhängigen Instanz überlassen werden. Herr Barth hat mit seinem Antrage auf Neu-Einteilung der Wahlkreise als Fahnenträger oder Schleppenträger der Socialdemokratie fungiert. Daß die ländlichen Wahlkreise ein höheres Wahlrecht haben als die städtischen, ist durchaus gerecht. Das allgemeine Wahlrecht ist ein Vorrecht der allgemeinen Bechrschaft. Das platte Land aber trägt viel höhere Militärlasten als die Stadt. Nun noch ein paar Worte zur wirtschaftlichen Lage. Wir haben schon beim Zolltarif erklärt, daß wir jeden Handelsvertrag ablehnen werden, der den landwirtschaftlichen Interessen nicht ganz gerecht wird. Eine ganze Reihe von Herren im Centrum fanden den Kompromißvorschlag viel zu weitgehend, und es war unsicher, ob sie ihn nicht ablehnen würden. So blieb uns nichts übrig, als mitzumachen, wenn die Oppositionisten nicht Sieger bleiben sollten. — Die Regierung hat jetzt die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, ihr Wort einzulösen und bei den Handelsverträgen das Interesse der Landwirtschaft wahrzunehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Jensen (Däne — auf der Tribüne schwer verständlich) bringt zur Sprache einen Fall von Ausweisung eines seit langen Jahren in Deutschland ansässigen Dänen. Die Ausweisung ist deshalb erfolgt, weil der Schwiegersohn des Ausgewiesenen bei der Wahl für einen Dänen gestimmt habe. Redner geht ausführlicher auf den Fall ein. Es bedeutet eine schwere Schädigung des allgemeinen Wahlrechts, wenn Dänen aus solchen Gründen ausgewiesen werden. (Sehr richtig! links.) Ich bitte den Herrn Reichskanzler, diesen Fall nochmals untersuchen zu lassen, damit die Ausweisung wieder aufgehoben wird. (Bravo! links.)

Abg. Freiherr v. Nitzsch-Dahmsdorf (L) spricht im Namen der Mehrheit seiner Parteigenossen gegen die Einführung von Diäten. Seine Partei wünsche die Grundlagen der Verfassung in allen Punkten aufrecht zu erhalten.

#### Abg. Dr. Dabach (C.):

Ich verstehe nicht, weshalb die Konservativen, wenn ihnen so viel an der Aufrechterhaltung der Verfassung gelegen ist, sich gegen die Maßnahmen zur Sicherung des Wahlgheimnisses wenden. Die Verfassung verlangt doch ein geheimes Wahlrecht. Die Aenderung des Wahlverfahrens ist notwendig gemacht durch die Wahlthranee in vielen Wahlkreisen, wie sie sich aus den Akten der Wahlprüfungs-Kommission ergibt. Ich erinnere an das Verhalten der Nationalliberalen bei der Wahl des Abg. Volk. Auf den hervorgetretenen Vorschlag, die Prüfung der Wahlen einer andren Instanz als dem Reichstage zu überlassen, können wir uns nicht einlassen. Notwendig wäre eine Ergänzung des Strafgesetzbuches in der Richtung, daß bestraft wird, wer die Einsicht der Wähler in die Wählerlisten verhindert oder wer die Öffentlichkeit der Wahl dadurch beeinträchtigt, daß er, obgleich Platz genug vorhanden ist, Wähler von der Ermittlung des Wahlergebnisses ausschließt. Es ist mir selbst einmal passiert, daß man mich bei der Ermittlung des Wahlergebnisses nicht aufzufinden ließ.

Redner tritt darauf nochmals für die Gewährung von Diäten ein. Die Reform der Wahlkreiseinteilung halten wir jetzt nicht für durchführbar. — An der Thatache der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes werde ich, so erntlich das Verprechen des Herrn Reichskanzlers auch war, doch erst dann glauben, wenn die Aufhebung im „Reichs-Anzeiger“ publiziert worden ist. Sehr bedauerlich ist, daß die Regierung sich nicht gleich zur Aufhebung des ganzen Jesuitengesetzes entschließen kann.

Abg. Gieseler (Vole): Bei Gelegenheit unserer Interpellation hat der Herr Kriegsminister einen Eid verlesen, den die Thorneer Gymnasiasten als Mitglieder von polnischen Vereinen geleistet haben sollten. Der Eid aber, den der Herr Kriegsminister verlesen hat, stimmt, wie aus den Gerichtsakten hervorgeht, aus einer Studentenverbindung vom Jahre 1861. Diese Thatache beweist, auf wie falschen Informationen die Polenpolitik der Regierung beruht. (Sehr richtig! bei den Polen.) Ich muß übrigens meiner Verwunderung und meinem Verdammung Ausdruck geben, daß Herr Grafmann, obwohl er als Vorsitzender des Gerichts über die Sache unterrichtet war und nach dem Herrn Kriegsminister sprach, diese falsche Darstellung nicht seinerseits berichtigt hat.

Abg. Fürst Bismarck (wüdl.) stellt gegenüber den Abgg. Gröber und v. Bollmar nochmals fest, daß er nie unentschuldig fehlte. Die Einführung von Diäten sei bisher nicht erfolgt, um seine Verfassungsverweigerung zu erziehen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Wenn der polnische Vorredner seinen Landesleuten einen Dienst erweisen will, so kann ich ihm nur raten, auf die polnische Jugend hinzuwirken, solche Geheimbündelein zu unterlassen und wissenschaftliche Bestrebungen offen zu betreiben. (Zuruf bei den Polen: Ist nicht gestattet!) Freilich unterziehen sie dann der Disziplin der Schulbehörde.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Abg. Ledebour (Soe., persönlich): Herr Gamp hat behauptet, Herr Barth hätte sich nur dazu hergegeben, uns die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Das ist nicht der Fall. Wir haben einen Antrag eingebracht, der nach Lage der Geschäfte des Hauses aber nicht zur Verhandlung kommen kann. Wir stimmen deshalb dem dem gleichen Zweck verfolgenden Antrag Barth zu. Herr Gamp ist danach mit seinem Verzicht, zwischen uns und der freireimigen Vereinigung Zwietracht zu säen, ebenso herein-gefallen wie der Abgeordnete Hagen. Dem Reichskanzler gegenüber möchte ich hervorheben, daß die Rede des Kaisers in Marienburg überhaupt nicht berührt worden ist. Der Reichskanzler selber hat sie nicht erwähnt, vermutlich weil er einsah, daß sich die Rede nicht verteidigen läßt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Rechnungsachen, Fortsetzung der heutigen Beratung).  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vor der Sitzung sind die Ansätze für die Beratung der neuen Besoldungs-Ordnung für die Oberlehrer bezw. der Schulgeld-Erhöhung und für die Vorberatung der Vorlage und des Antrages Augustin wegen der Vermehrung der Schulärzte gewählt

worden. Dem letzteren Ausschuss gehören unter andern die Stadtverordneten Dr. Bernstein, Dr. Wehl und Zubeil an, dem ersteren u. a. Stadtv. Singer.

Am Beginn der Sitzung findet die Einführung und Verpflückung des neugewählten Stadtverordneten Kaufmann Groh, Blumentr. 69, statt.

In die Armendeputation ist ein Bürgerdeputierter zu wählen. Vorgeschlagen sind: Privatdozent Dr. Arons, Königgräberstraße 109, und Rektor Falk, Gräferstr. 85/88. Gewählt wird mit 53 gegen 33 Stimmen Rektor Falk.

Der spezielle Entwurf zum Neubau eines städtischen Untersuchungsamts für Nahrungs- und Genußmittel sowie Gebrauchsgegenstände in der Fischerstr. 30/42 wird ohne Debatte genehmigt.

### Den Vorentwurf zum Neubau des

#### Vollbades in der Gerichstraße

beantragt Stadtv. Khlmann (fr. Fr.) einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen, da hinsichtlich dieser Anlage noch eine Anzahl von Unklarheiten bezüglich der Wasserbeschaffung usw. bestanden. Die ganze Vorlage scheint noch nicht spruchreif.

Stadtv. Wallach (A. L.) ist besonders mißtrauisch gegen die steigenden Kosten für die Vollbäder. Diese Anstalt in der Gerichstraße solle 1 1/2 Millionen kosten, sei also eine wahre Luxusanstalt (Dho!); für den Preis könne man drei Anstalten in verschiedenen Stadtteilen errichten. Im Jahre 1890 hätten die Badeanstalten den letzten Ueberflus ergeben; im jetzigen Etat erfordert sie 137 000 M. Zuschuß. Man wolle hier das städtische Leitungswasser benutzen und da solle plötzlich bloß ein Preis von 3-4 Pf. pro Kubikmeter angenommen werden! (Widerspruch.) Das werde den Hausagariern sehr unangenehm zu hören sein. In den Anstalten Wärtelstraße und Oberbergerstraße seien schon jetzt enorme Nachbesserungen nötig, nachdem die Anstalten kaum fertig geworden seien.

Stadtv. Borgmann (Soe.): Wir haben nichts gegen Ausschussberatung einzuwenden. In den Ausführungen der Vorredner ist aber bei dem einen geschickter, bei dem andern ungeschickter der Widerstand gegen die Vollbadeanstalten selbst zum Ausdruck gekommen. Wenn die Anstalten zu klein sind, so müßten sie eigentlich dem Bedürfnis entsprechend vergrößert werden (Zwischenruf: Abschließen!), weil seit ihrer Errichtung das Baden im Publikum so außerordentlich zugenommen hat, daß man sich dieser Entwicklung nur freuen kann. Ich stelle fest, daß trotz der Eröffnung der neuen Badeanstalten die Frequenz der alten Anstalten nicht zurückgegangen ist und die der neuen fortgesetzt steigt. Das beweist, daß das Bedürfnis außerordentlich groß ist und durch die genügte Badebelegenheit die Bevölkerung veranlaßt wird, die öffentlichen Badeanstalten mehr und mehr zu benutzen. Früher warfen die Badeanstalten noch Ueberflüsse ab, das ist richtig und wenn das heute nicht mehr der Fall ist, so kommt das daher, weil sie jetzt nach dem neuen Ortsstatut zur Kanalisationsabgabe mit 100 000 Mark veranlagt sind. Wenn diese abgezogen und die übrigen 37 000 M. auf die Fluss-Badeanstalten gerechnet werden, so erfordert die Vollbäder keinen Pfenning Zuschuß. (Zuruf des Stadtv. Wallach.) Wenn Sie das wollten, Herr Wallach, warum haben Sie es hier nicht vorgeführt? Wir haben uns i. B. dagegen ausgesprochen, daß die Heranziehung nach dem neuen Ortsstatut erfolgte, weil wir sofort befürchteten, daß man nachher diesen Umstand ausnützen würde, um gegen diese segensreiche Einrichtung Front zu machen. Was die Forderung betrifft, mehrere Anstalten zu bauen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß für jede solche Anstalt eine besondere Verwaltung errichtet werden muß und jeder Beamte mehr ist doch für Herrn Wallach ein Greuel.

Stadtbaurat Hoffmann: Ist nicht auch mit der Zeit etwas ganz andres aus den Badeanstalten gemacht und von ihnen verlangt worden? Diese Frage sollte sich Herr Wallach vorlegen. Im Ausschuss wird sich auflären lassen, daß alles natürlich zugegangen ist.

Stadtv. Dinsel (A. L.) bekämpft die Auffassung, als ob es sich hier um ein Luxusbad handle. Die 4 Pf. Wasserpreis habe Herr Wallach falsch verstanden, es handle sich bloß um die Mehrforderung, nicht um den Wasserpreis selbst.

Nach einer Entgegnung des Stadtv. Wallach, der bestreitet, ein Gegner der Vollbäder zu sein, und betont, daß doch auch die Privatbadeanstalten die Kanalisationsabgabe bezahlen müssen, wendet sich Stadtv. Wagner gegen die Idee, mehrere kleine Anstalten statt der großen auf dem Wedding zu errichten. Die einzige Anstalt sei dort am Nordhafen, und auch diese werde eingezogen werden müssen.

Stadtv. Borgmann: Herr Wallach überseht, daß die städtischen Badeanstalten die Kanalisationsgebühren jetzt nach dem neuen Ortsstatut bezahlen müssen und insofern ungünstiger gestellt sind als die privaten. Wir brauchen aber vor allem eine Badeanstalt für die Frauen, auf diesem Gebiet ist das Bedürfnis ganz außerordentlich dringend. Mit dem Bau von zwei kleineren Anstalten kommen wir nicht zu diesem Ziel.

### Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuss

#### Der

#### Neubau der Grünstraßen-Brücke

soll im Etatsjahr 1903 begonnen werden.

Stadtv. Borgmann: Wir haben nichts gegen den Neubau einzutenden; aber wenn der Magistrat mit so besonderem Nachdruck darauf hinweist, daß nun endlich die alten Klappbrücken beseitigt werden müßten, so möchte ich doch die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ihn aufs ernsthafteste zu ermahnen, in einer Hauptverlesensader Berlins, der Oranienstraße, die Klappbrücke zu beseitigen. Ich verstehe unwohliger, weshalb das nicht längst geschehen ist, weil die Erbauung einer neuen Brücke an dieser Stelle wenig technische Schwierigkeiten macht und die Verbreiterung mit geringen Kosten durchgeführt werden kann.

Stadtbaurat Krause: Das Projekt befindet sich in der Bearbeitung und wird im nächsten Etat vorgelegt werden. Die Versammlung hatte seiner Zeit die Mittel zur Tieserlegung der Fußgänger-Brücke bewilligt und dieser Zustand hat bisher genügt.

### Der Entwurf wird darauf genehmigt.

#### Zum Bau einer

#### Bismarck-Warte

auf den Mägdelbergen will der Magistrat einen Zuschuß von 3000 M. leisten. Die Gesamtkosten haben die Unternehmner (Verein Bismarck-Warte zu Köpenick) auf 80 000 M. veranschlagt.

Die Vorlage wird ohne Debatte erledigt. Bei der Abstimmung konstatiert der Vorsteher Dr. Langerhans die Ablehnung.

Stadtv. Gsmann (fr. Fr.) beantragt die Wiederholung der Abstimmung, da die Frage nicht genau verstanden sei.

Stadtv. Singer (Soe.) widerspricht. Der Beschluß sei rito gefaßt und es verbleibe dabei; es sei denn, daß der Magistrat eine neue Vorlage mache. (Weiterleit.)

Stadtv. Gsmann beruft sich demgegenüber auf die bisherige Praxis der Versammlung.

Stadtv. Singer: Die Wiederholung von Abstimmungen ist bisher nur erfolgt, wenn niemand widersprach, also alles über die Zweckmäßigkeit der Wiederholung enig war. Von denen, die gegen die Forderung stimmten, nehme ich zu ihrer Ehre an, daß sie mit vollem Bewußtsein dagegen stimmten, und die andren, die nun ihren Bismarck-Gefühlen nicht Lust machen können, sind zu bedauern (Weiterleit), aber es ist ihnen jetzt nicht zu helfen.

Stadtv. Fretzel (Antisemit): Ich bitte den Magistrat, wenn die Abstimmung nicht wiederholt werden sollte, eine neue Vorlage zu machen. Die Frage ist thatsächlich nicht verstanden worden. (Zuruf: Wir verstehen ja so manches von Ihnen nicht! Heiterkeit.)

Nach Erledigung einiger weiterer kleiner Vorlagen schließt die Sitzung nach 7 Uhr.

## Der Kurpfuscher-Prozess.

### Vierter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichtsdirektor Müller werden die in dem Nardentörrischen Heilinstitut obwaltenden Verhältnisse und die Art, wie der Verleser mit den

Patienten und die briefliche Behandlung der Krankheiten gehandhabt wurde, noch weiter erörtert. — In den gestern schon vernommenen Zeugen Hartenberg richtet Sachverständiger Dr. Störmer noch eine ganze Reihe von Fragen, welche illustrieren sollen, wie der Zeuge bei seinen Diagnosen vorgeht. Bei dieser Gelegenheit kommen auch die Einkommensverhältnisse Nardenlötters zur Sprache. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er durch ein Inserat in der „Voss. Ztg.“ 200 000 M. Hypothek gesucht habe und nach einer durch die Zeitungen gegangenen Notiz ein Einkommen von 160 000 Mark verlieren soll. Nardenlöter dreht und windet sich zunächst auf die bezüglichen Fragen des Vorsitzenden und erklärt, daß er Generalbevollmächtigter seiner in Köln wohnenden Schwester und seiner Frau sei und mit deren Vermögen Hypothekengeschäfte mache. — Präsi.: Wie wollen nur einen Anhalt dafür haben, inwieweit Sie die Unwahrheit hier sagen. Eine Unwahrheit war es beispielsweise auch, als Sie uns erklärten, Sie haben das Gymnasium bis Prima besucht. Davon ist gar keine Rede, Sie haben ein paar Tage in Oberfelden gesehen, sind dann entlassen worden — wahrscheinlich wegen Unfähigkeit — und dann wieder zurückgeführt. — Auf weitere Vorhaltungen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte zunächst, daß er persönlich gar nichts verleierte. Den Verdienst aus dem Geschäft habe er für dieses Jahr auf 27 000 M. geschätzt. Angekl.: Das Geschäft ging von Anfang an auf Rechnung meiner Frau, die von dem Geschäft selbst nichts verstand. — Präsi.:

#### Lug und Trug, wohin man sieht!

Weil Sie frustra excussus sind, schühen Sie die Frau vor; diese interveniert bei Klagen und Sie stehen draußen! — Der Angeklagte giebt auf weitere Fragen sein verstecktes Vermögen auf 100 000 M. und sein Gesamtvermögen auf ca. 320 000 M. an.

Im Anschluß an die Vernehmung des Zeugen Hartenberg sucht der Angeklagte Dr. Kronheim darzulegen, daß er nicht oberflächlich bei der Erledigung der eingehenden Briefe, Krankenberichte, Diagnosen usw. vorgegangen sei.

Hierauf wird der Besitzer der Salomo-Apothek, Gust. Henke, sehr eingehend vernommen: Ein lange bei ihm beschäftigter Gehilfe habe ihm mitgeteilt, daß Nardenlöter ein Heilinstitut unter ärztlicher Leitung betriebe. Er habe sich im November 1900 dazu darum bemüht, den Nardenlötterschen Versand zu erhalten. Er habe bei persönlicher Rücksprache mit Nardenlöter von diesem die strikte Versicherung erhalten, daß sein Institut unter Leitung des Arztes Dr. Heymann stehe. Darauf habe er den Versand gegen monatliche Vergütung von 100 M. und spätere besondere Vergütung von 10 Pf. pro Stück übernommen und 5 Monate beibehalten. — Präsi.: Sind Ihnen nun Hunderte oder Tausende Flaschen zugegangen, die bei Nardenlöter zubereitet waren? — Zeuge: Ja. Ich habe acht Tage gebraucht, um das Warenlager herüber zu schaffen. Ich habe den Versand nur unter der Bedingung übernommen, daß, wenn die von Nadel stammenden Arzneien, die bei Nardenlöter lagerten, aufgebraucht worden, ich selbst die Arzneien liefern sollte. — Präsi.: In dem Warenlager waren doch auch viele noch wirkende Gifte? — Zeuge: Ja, habe viele Gifte, beispielsweise 1/2 kilo Quecksilberjodid, zurückgeschickt oder vernichtet. — Präsi.: Haben Sie denn nun die einzelnen der vielen Flaschen auf ihren Inhalt untersucht? — Zeuge: Nein, das war auch nicht nötig, denn es handelte sich um indifferenten Stoffe, wie Chinatinktur und dergl. — Präsi.: Woher konnten Sie denn wissen, ob nicht Arsen oder sonstige giftige Zusätze darin waren, wie es tatsächlich der Fall war? Haben Sie jede Flasche, ehe Sie sie versandten, auf ihren Inhalt untersucht? — Zeuge: Nein! — Präsi.: Nun, man muß doch von der Ansicht ausgehen, daß ein

#### gewissenhafter Apotheker

unter seiner Flagge nur das verschickt, was er untersucht hat. Wenn aber ein Kurpfuscher Ihnen Hunderte von Flaschen zuschickt, so können Sie sich doch nicht ohne weiteres auf die Angaben des Kurpfuschers verlassen und die Flaschen ohne weiteres verschicken! — Zeuge: Ich habe doch im allgemeinen nur mit den von Nadel gelieferten Stoffen zu thun gehabt, bei denen der Augenschein schon zeigt, was in den Flaschen ist. — Präsi.: Ich wiederhole: Haben Sie sich überzeugt, ob und welche giftigen Zusätze darin waren? Haben Sie sämtliche Flaschen, die Sie verschickten, chemisch untersucht und analysiert? — Zeuge: Sämtliche nicht! Das war auch nicht nötig. — Präsi.: Ob es nötig war, überlassen Sie anderen! — Zeuge: Ich betone nochmals, daß die Sachen einfach schon durch das Gewicht zu erkennen waren. — Präsi.: Ich habe es bisher nicht für möglich gehalten, daß in dieser leichtsinnigen Weise von einem Apotheker vorgegangen wird. Wo kommen wir denn da hin, wenn ein Apotheker, der doch seine staatlichen Preise dafür bekommt, daß er die Mixturen unter seiner Garantie mischt, in dieser Weise unkontrollierte Kurpfuscher-Mittel verschickt? — Zeuge: Es waren ja reine Urstoffe und keine Mischungen! Die Sachen waren von Nadel bezogen und wenn ich 15 Flaschen untersucht habe, brauche ich doch nicht noch 20 untersuchen! — Präsi.: Aber, Sie müssen doch zugeben, daß Sie gar nicht wissen konnten, ob nicht Zusätze darin

waren. — Zeuge giebt dies zu. — Präsi.: Der Laie wird so etwas

#### kaum für möglich halten!

Sie sind doch durch Ihren Stand dazu berufen, nichts aus Ihrer Apotheke herauszulassen, was nicht Sie selbst oder Ihr Vertrauensmann kontrolliert hat! Das stellt man sich doch von einem Apotheker vor. Wenn aber ein Kurpfuscher eine ganze Ladung von solchen Sachen erhält und sie einfach in die Welt schickt, so ist das mindestens ungewöhnlich! — Zeuge: Ich sage ja, daß ich die giftigen Sachen zurückgeschickt bzw. vernichtet habe. Diese habe ich nicht analysiert. Die übrigen waren nur Rohstoffe. — Präsi.: Diese haben Sie alle analysiert? — Zeuge: nicht alle! — Auf weiteres Befragen bekennt der Zeuge, daß täglich etwa 20 Pakete versandt worden seien, die Rezepte seien seines Wissens immer mit der Unterschrift des Arztes, nämlich mit dem Buchstaben „H.“ unterzeichnet gewesen. — Präsi.: Genügt denn das? Das konnte doch zum Beispiel auch „Hartenberg“ heißen? — Zeuge: Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, daß es sich um indifferente Stoffe handelte. — Präsi.: Das ist nicht richtig! Es waren auch giftige Stoffe darunter — Sachverständiger Dr. Störmer: Es ist nimmermehr zulässig, auf ein bloßes „H.“ hin die Rezepte auszuführen. Das ist im höchsten Grade gewissenlos! Es handelt sich beispielsweise auch um ein gefährliches Herzgift, das doch etwas anderes ist als Verklungen mit Komplot. Es ist bedenken, wie so etwas abgegeben wird! — Zeuge: Ich habe ja diese schweren Gifte gar nicht abgegeben, sondern zurückgeschickt. Ich muß mich dagegen verteidigen, daß mich der Sachverständige hier behandelt,

#### als ob ich ein Verbrecher wäre.

— Präsi.: Na, ganz korrekt haben Sie doch nicht gehandelt. — Zeuge bestreitet dies. Er habe ein gros gehandelt und bedurft dazu keiner Rezepte. — Präsi.: Nein, Sie haben nicht ein gros gehandelt, sondern an einzelne Patienten abgegeben. Die armen Patienten haben geglaubt, sie kriegen etwas von einem königlich privilegierten Apotheker, sonst würden sie nicht die hohen Preise bezahlt haben. — Zeuge: Ich behaupte, daß ich ganz ordnungsmäßig verfahren bin. — Präsi.: Das zu beurteilen, muß den zuständigen Behörden überlassen bleiben. — Zeuge Henke protestiert schließlich nochmals dagegen, daß ihn der Sachverständige als gewissenlos bezeichnet habe. Er habe nur ein gros angefertigt und brauche dazu nicht die Unterschrift des Arztes.

Nach der Pause erledigt der Vorsitzende zunächst den Zwischenfall mit dem Zeugen Apotheker Heiser. Der vorgeladene Dienstmädchen des Angeklagten Nardenlöter behauptet, daß Herr Heiser nicht der Mann sei, der in der Wohnung erschienen sei und gesagt habe, daß er im Auftrag des Herrn Heiser komme und 30 M. für diesen einlassieren wolle.

Es wird dann noch eine ganze Reihe ehemaliger Angestellter des Angeklagten Nardenlöter über die Geschäftshandhabung in dem „Heilinstitut“ vernommen. Sie wiederholen nur vorwiegend schon Bekanntes.

Die Zeugen sind der Ansicht, daß Dr. Kronheim seine Obliegenheiten erst dann sorgfältiger erledigt habe, als die gerichtlichen Zeugenvernehmungen begannen. — Angeklagter Dr. Kronheim verteidigt sich wiederholt gegen den Vorwurf, daß er nicht mit der genügenden Sorgfalt verfahren sei. — Ein Zeuge hält dem Angeklagten vor, daß die „seiner Vorarbeiten“ die ganze medizinische Wissenschaft des Nardenlötterschen Instituts darstellten. (Weiterkeit.) Eine lange Erörterung knüpft sich an die Thatsache, daß der Angekl. Dr. Kronheim sich auch daran verstanden habe, Sphylis brieflich zu behandeln. — Sachverständiger Dr. Störmer wendet sich mit großer Entschiedenheit gegen das in der Nardenlötterschen Heilfabrik bezüglich der Sphylis beobachtete Verfahren. Das sei ein geradezu beispielloses, denn im großen und ganzen sei die Sphylis immer nur

#### nach „Seite 17“

behandelt worden, ohne daß man die Patienten persönlich vor sich hatte, ohne zu wissen, welches Stadium der Sphylis vorlag usw. usw. Es wurde einfach nach Schema F kurirt, während gerade diese schwere Krankheit die sorgfältigste und auf eingehendsten Beobachtungen beruhende Behandlung erfordert. — Angeklagter Dr. Kronheim erklärt hierzu, daß der Sachverständige außerordentlich parteiisch vorgehe. Er halte die briefliche Behandlung der Sphylis auf Grund eingehend beantworteter Fragebogen für angängig und wisse genau, daß er mit seiner Behandlung sehr gute Erfolge erzielt habe. Abgesehen von den Spezialärzten gebe schließlich auch der gewöhnliche Arzt gegen Sphylis einfach immer dieselben Mittel, verordne die Säurekur usw. — Sachverständiger Dr. Störmer: Im Namen der sämtlichen Ärzte Deutschlands muß ich

#### Verwahrung gegen diese Unterstellung

einlegen. (Lebhafte Beifall im Publikum, den der Vorsitzende unterbricht.) — Angekl. Dr. Kronheim vertritt noch weiter seinen Standpunkt und behauptet, daß es sich hier doch nur um Anstandssachen handle. Ueber die beste Methode, Sphylis zu heilen, könne

man doch sehr verschiedener Ansicht sein; er habe sehr schöne Erfolge aufzuweisen. — Rechtsanwalt Dr. Davidsohn: Er müsse dem Gerichtsarzt die Attestlegitimation zu einem „Prozet im Namen der sämtlichen Ärzte Deutschlands“ absprechen. Hier handle es sich in der That um Anstandssachen. — Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärt der Sachverständige der Verteidigung, Herr Dr. Kuhn, daß auch er eine briefliche Behandlung der Sphylis mittels Quecksilbers nicht für zulässig erachte. — Weitere Erörterungen drehen sich um die Frage, ob nicht eine genaue Aufzeichnung der Krankengeschichte der einzelnen Kranken notwendig sei. — Angeklagter Dr. Kronheim bestreitet dies und erfährt, wenigstens bezüglich der Spezialärzte, den Widerspruch des Sachverständigen, Spezialarztes Dr. Franke. — Auf Befragen erklärt Sachverständiger Dr. Kuhn: Viele Ärzte würden wohl solche genauen Aufzeichnungen zur Krankengeschichte für notwendig erachten, andere sind dagegen in dieser Beziehung weniger sorgsam. Insbesondere seien beispielsweise die Kapfenberge bei ihrer Ueberführung nicht im Stande, auch noch solche Aufzeichnungen zu machen. Die weitere Verhandlung wird hierauf auf Freitag 9/2 Uhr verlag.

#### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Sitt.“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. Ballhagh) ist jedoch das 21. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm von Volzen. — Es geht wohl anders, als du meinst. Gedicht von Josef von Giekenhoff. — Sturmfluten an der frischen Nordsee. — Von Emil Fischer. — Trug, blanke Haut. Gedicht von Delles von Mieroux. — Am Fischendebel. Von Dr. Popitz. — Sturmessighe. Gedicht von Nikolaus Venar. — Verwundliche Antontanen. Von Fred Hood. — Das Schmarotchen in der Herwick. Von A. H. J. — Der stille See. Märchen von Karl Ewald. — Genosse. — Von Othello Mikels Lindner. — Willys Geburtstag. Von Wilhelm Bahl. — Gedichte von Ferdinand Boenarius. — Notizen. — Kunstbeilage: Sommerlandschaft. Nach einer Photographie von Rilola Persheid.

#### Briefkasten der Redaktion.

P. St. Es giebt kein Stenographie-System, welches als das absolut beste zu bezeichnen wäre. Lernen Sie, wenn Sie glauben, daß das Stenographie-System für Sie einen Zweck hat, eines der älteren Systeme, also Gabelberger oder Stolze. Nach mehrjähriger unangenehmer Übung können Sie es dann bei einigen Talenten so weit bringen, daß Sie im Stande sind, eine nicht zu schnell gesprochenen Rede wiederzugeben. Tüchtige Sprachkenntnis sind eine selbstverständliche Voraussetzung.

Zeidwitt. Fragen Sie an in der Redaktion „Vollstraße“ in Hannover, Buchstraße 9. — S. 21. Vielleicht können Sie das erfahren durch den hiesigen Konsul Gullentag, Jägerstraße 11, Berlin, Dienststunden 3-4. — S. 27. Wenden Sie sich an Herrn Eugen Simonowitsch, Hochstraße 46. — S. 8. Rathenowerstraße 1. — M. 3. Unter 2723 Gemeindefreien befinden sich 108 prositorisch Angestellte, nicht 68.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

S. in C. Das Bahnrath befehlt fort. — S. 8. 20. Die Klage ergeht nicht aus demselben. — S. 1000. 1. und 2. Reiz. 2. Bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses muß die Herrschaft zahlen. — Alter Abkommen. Ja. — S. 100. Wenn der Beklagte der Berufungsschlichter noch nicht rechtskräftig ist, d. h. noch nicht vor länger als einem Monat angeklagt ist, kann der Vater Berufung bei dem im Bescheide angegebenen Schlichtergericht für Arbeiterversicherung einlegen. Ob die Berufung Erfolg hat, hängt davon ab, ob die durch den Unfall verursachte Beschädigung der Erwerbsfähigkeit höher als 35 Proz. ist. — C. 3. 43. Sie als Schwiegermutter sind zur Zahlung nicht verpflichtet. — C. 6. Sind die Schulden zur Deckung von Bedürfnissen des Haushalts gemacht, dann ja, sonst nein. — S. 2. Bernau. Der Junge muß die Schule weiter besuchen. — M. 2. 49. 1. Die Klage ist ausständig. 2. Unrichtig ist, wenn der Vater in Berlin belegen. — Bruno. Die Eltern müssen an sich zahlen. Wenn sie aber nachweisen, daß sie den Jungen ausreißend beaufsichtigt haben, brauchen sie nicht zu zahlen. Der Beweis gelangt fast stets. Eine Klage hat also wenig Aussicht. Vielleicht zahlen die Eltern in Güte etwas. — C. 8. 98. 1. Ja. 2. Nein. — C. 3. 100. Der Ausgang des Prozesses ist sehr zweifelhaft. Zahlen Sie lieber.

#### Witterungsübericht vom 5. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Stinnewitz	769	WSW	3	bedeckt	Haparanda	749	D	2	bedeckt
Danzburg	771	WSW	4	bedeckt	Petersburg	755	WSW	1	bedeckt
Berlin	772	WSW	3	bedeckt	Uster	767	WSW	3	bedeckt
Hennrichsw.	770	WSW	2	bedeckt	Westerden	—	—	—	—
München	776	SW	—	Dunst	Paris	775	SW	—	bedeckt
Wien	775	W	2	bedeckt					

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. Februar 1903.

Wid, jedoch wechselliegend wolfig bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Allen Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege 20156  
**Hermann Fiedler**  
am 4. d. M. plötzlich gestorben ist.  
Die Kollegen der Werkstätte  
W. & Wegener,  
Welle-Allianzstraße 86.

Arbeiter-Radfahrerverein  
„Berlin“.  
Sonntag 1/2 Uhr:  
Schleifische Brücke nach Gröbgarthen  
zu Keller. Bei schlechtem Wetter mit  
der Bahn. 11/16

ff. Kalbleder  
aus einem Stück  
mit Goldtasche  
Mk. 1.45.

Album und Lederwaren-Fabrik  
Oskar Gundau,  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.  
Gr. Lager aller Arten Lederwaren  
u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

**Carl Schmidt,**  
Büsten-Fabrik,  
BERLIN W.,  
Taubenstr. 23,  
empfiehlt seine  
weltberühmten  
Stoffbüsten  
für jede Körperform.  
Figur wie obenstehend,  
von 7 Mk. bis 50 Mk.  
Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme.  
Katalog V gratis und franco.  
Man hüte sich vor wertlosen  
Nachahmungen. 4091\*

  
Dieser Hut, moderne Form, echt Hll,  
kostet 1.50 M. 5492\*  
**Special-But-Engros-Lager**  
**Einzelverkauf**  
**zu Fabrikpreisen**  
im Comptoir Neue Königsstr. 48,  
1 Treppe, am Alexanderplatz.  
**Größte Auswahl**  
aussergewöhnlich billige Preise  
**Filzhüte für Herren** neueste  
Form,  
mit Futter R. 1.50, mit Atlasfutter  
2.00, hochfeine Qualität R. 2.50,  
extrafeine 3.00, beste Qualität 4.50.  
**Cylinderhüte u. Chapeau claque**  
in grösster Auswahl!

387L\*  
**Wichtig**  
für jedermann!  
Anzug- u. Paletotstoffe  
**2,25 M. per Meter,**  
reines Kammergarn.  
Blau Cheviot für Kinder-Anzüge  
jetzt **1,50 M. per Meter.**  
Schwarz-Tuchkammgarn f. elegante  
Fracks u. Gesellschafts-Anzüge  
**3,00 M. per Meter.**  
Tuchfabrik-Niederlage  
**Koch & Seeland**  
Ross-Strasse 2.  
Sonntags von 8-10 und  
12-2 Uhr geöffnet.

**Raucher**  
**Haas-Tabak**  
  
Specialität:  
**Berliner Shag hell**  
in 10 Pfg. Packeten  
Hochfein im Geschmack u. Aroma.  
Zu haben in allen  
Gigarrengeschäften.  
ENGROS-NIEDERLAGE:  
**H. SALTZMANN**  
Berlin S. Luisenufer 3

**Charlottenburg.**  
Sonntag, den 8. d. M., im Volkshaus, Rosinenstraße 3:  
**Grosses Bockbierfest**  
unter Mitwirkung der Norddeutschen Läger und der Hauskapelle.  
Anfang 10 Uhr vormittags.  
Alle Freunde und Genossen sind hiermit ergebenst eingeladen.  
A. Schütze, Dekonom.  
2004b

**ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN**  
Pariser Weltausstellung 1900.  
Von der Internationalen Jury wurden den  
**Singer-Nähmaschinen**  
der  
**GRAND PRIX**  
der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt.  
Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunstnäher sowie industrielle Zwecke jeder Art verdienen Ihren Weltrenn der unübertrefflichen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche den jeder alle diesen Fabrikate auszeichnen.  
Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Kunstnäheri.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. 5472\*

**Restauration Hugo Lehmann**  
Friedrichstr. 16. Lindenstr. 101-102.  
Innerhalb der Handelsstätte Bellevue.  
**Grosser Mittagstisch** für Damen in separatem Zimmer  
a. Couvert ohne Bier 10 Pf. Ausklang von ehl. Münchener, Kulmbacher,  
Gräter, ff. Weiss- und Lager-Bier. **Vereinszimmer** mit elektrischem  
Pianino für 20 bis 150 Personen, passend auch zu Jubiläen. 3592\*

**Herren-Kragen,**  
— reinste, garantiert ffach, —  
verschiedene Jacqons in allen Farben,  
Silck 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
— Geschlossene Kragen —  
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.  
Wanfschelten, Prima, garant. ffach  
1/2 Dutzend 1.80 Mk.,  
Oberhemden, Serviteurs, Kravatten,  
in größter Auswahl, Tricotagen,  
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.  
Detailverkauf zu Engrospreisen.  
Ernst Marcuse, Mühlstr. 23.

Nur noch 8 Tage!  
ff. frische **Hasen 2,** 75 M.,  
gepickt von M. 3.— an.  
Reuten 1, 25 M.  
**Hasen-Rücken 1,** 25 M.  
**Wildfleisch 30,** 40, 50 Pf.  
Blatt 60 Pf.  
H. Ritschl, Dreßdenstr. 61.

**Baumaterialien**  
neue und gebrauchte jeder Art, wie  
Kantholz, Bretter (neue Schäl-  
bretter pro qm von 45 Pf. an),  
Patten (neue pro Meter 10 Pf. an),  
Zapfen (10 Pf. pro St. 1.50 M.  
an), Leisten, Säulen, Fenster Wülge,  
**Kottbuscher Damm 22.**

**Königstadt-Casino.**  
Holzmarkt 72, Ecke Alexanderstr.  
Täglich erstl. Spezialitäten-Vor-  
stellung, (eb. Mimosen, Sonnab.  
und Sonntag Tanzkränzen.  
Auf. Bochert 8, Sonntags 6 Uhr.  
**Berliner Uik-Trio.**  
Felix Scheuer Uik-Trio. I. Stralauerstr. 1.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 6. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Spernhaus.** Anno 1757.  
Schauspielhaus. Ohjes und sein Ring.  
Deutsches. Komma Banna.  
Berliner. Alt-Heidelberg.  
Festung. Der blinde Passagier.  
Neues. Die Fliege (La Mouche).  
Vorher: Der Oberlehrer.  
Kleines. Lutti.  
Thalia. Der Kamelienknecht.  
Wefen. Der Kamelien in Rom.  
Central. Madame Cherrin.  
Belle. Alliance. Am Telefon.  
Hierauf: Cupido u. Cie.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater).  
Der Meister von Palmyra.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt-Theater). Heimat.  
**Carl Weich.** Die Römer.  
Wanted. System Kubert.  
Luisen. Der Reineidbauer.  
Kleines. Kadisgal.  
Trianon. Die Liebeskugel.  
Apollo. Spezialitäten. — Frau Luna.  
Metropol. Neues! Allerneuestes!  
Caino. Cavalleria rusticana.  
Palast. Berliner Luft. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Steitiner Sänger.  
Steidl. Steidl-Sänger.  
Passage-Theater. Spezialitäten.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.  
Krausa. Taubenstraße 48/49.  
Das Land Tirol.  
Im Hörsaal um 6 Uhr: Einführung in die Wechselstrom-Erscheinungen.  
Um 8 Uhr: Die Erzeugung der lebendigen Substanz.  
Invalidenstraße 57/62.  
**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstraße 165.  
Neu! Die talowierte Schönheit **Miss Karri**  
in ihren klassischen lebenden Bildern.  
**Neu! OTTO REUTTER**  
Neu! Wiener Damenkapelle **Kranz.**  
Gr. Promenaden-Konzert.

## Urania.

Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
Im Hörsaal um 6 Uhr:  
Dr. Donath: Einführung in die Wechselstrom-Erscheinungen.  
Um 8 Uhr:  
Prof. Dr. Müller: „Die Erzeugung der lebendigen Substanz.“

### Sternwarte

Invalidenstraße 57/62.  
**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstraße 165.  
Neu! Die talowierte Schönheit **Miss Karri**  
in ihren klassischen lebenden Bildern.  
**Neu! OTTO REUTTER**  
Neu! Wiener Damenkapelle **Kranz.**  
Gr. Promenaden-Konzert.

### Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr,  
Wochentags 5 Uhr, Ende 11 Uhr  
Anfang d. Abendvorstell. 8 Uhr  
Ganz Berlin zerbricht sich  
den Kopf über  
**AGA** die schwebende  
Jungfrau.  
Mysteriöses Theaterstück in  
1 Akt.  
**The three Devils:** Die  
Wettfahrt im Todesring.  
**Willy Prager** prolongiert.  
14 neue erstklass. Nummern.

### Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Zum 8. Male:  
**Lutti.** (Loute.)  
Schwan in 4 Akten von Pierre Beyer.  
Deutsch von Reg. Schönan.  
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**  
Sonntagsnachmittag 3 Uhr: Seine  
Kammerjofe.

### Belle-Alliance-Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Am Telefon.**  
Hierauf:  
**Cupido & Cie.**  
Sonabend, den 7. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, 1. Vorstellung: Neue  
deutsche Fäulnis: „**Tappenberg.**“  
Schauspiel in 4 Akten von Robert  
Thomaika.

### Reichshallen.

**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Sonntags 7,  
Wochentags 8 Uhr.  
Zum Schluß, neu:  
diese Schöner  
in  
sonntags  
um 8 Uhr  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen  
von Adolf Wilbrandt.  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
Sonntagsnachmittag 3 Uhr:  
**Die Jungfrau von Orléans.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann  
Eudermann.  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Heimat.**  
Sonntagsnachmittag 3 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**

### Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Zum erstenmal:  
**Der Camilien-Onkel.**  
Kofse mit Gefang und Tanz in 3 Akten  
von Leon Weispiger.  
Morgen und die folgenden Tage:  
**Der Camilien-Onkel.**  
Sonntagsnachm. 3 Uhr: **Charleys  
Tante.**

### Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
Zum erstenmal:  
**Der Reineidbauer.**  
Anfang 8 Uhr.  
Zum erstenmal:  
**Der Reineidbauer.**

### Buntes Theater

Königsplatz 88.  
Abends 8 Uhr:  
**System Aubert**  
Sonabend, den 7. und Sonntags,  
den 8. Februar, abends 8 Uhr,  
bei bedeutend ermäßigten Preisen,  
Parkett 1,00 M.: **Jugend.** Ein  
Liebesdrama in 3 Akten von Max  
Halbe.

### Casino-Theater

Lothringersstr. 37.  
Neu!  
**Trudy u. Charles Atlesy.**  
Großer Erfolg! Unteroffizier Lehmann.  
Bonné! **Cavalleria rusticana.**  
Wochentags 8, Sonntags 7 1/2, Uhr.  
Neue Vorgangsarten, gültig vom  
Februar bis Mai, sind an den be-  
sagten Stellen und vormittags von  
10-11 1/2 Uhr an der Kasse gratis zu  
haben.

### Cirkus Schumann

Freitag, den 6. Februar 1903,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Parade-Vorstellung.**  
Parade-Programm, 12 Nummern,  
besonders hervorzuheben:  
**Les Bruin,** d. unerreichten  
**Billard-Künstler.**  
Die Kanadier Vermotts und Dionne.  
Geschw. **Jungmann.**  
Nur noch kurze Zeit!  
**Sans rival! Mr. Diavolo**  
**Looping the Loop**  
Hierauf die Pantomime voll Witz,  
Humor und Heiterkeit:  
**Die lustigen Heidelberger.**  
Sonntagsnachmittag die reizende  
Pantomime  
**Pierrots Weihnachten.**  
Z. Schluss: Die Flecken-Bonboniers  
und der Bonbonregen.

### WINTERGARTEN

Vollständig  
neues Programm:  
**Yvette Guilbert.**  
Spanische Tänze.  
Die 3 Missouri, Engl. Excentrics.  
Alfred de Bessel, Blitz-Modellieur.  
„Das Mädchen mit dem  
goldenen Haar“,  
eine Vision.  
Charles Prellé, Ventriloquist.  
Amoros Werner-Truppe, Panto-  
mime „Beim Filzten erwischt“.  
Les Darios, Pariser Tänzer.  
Otto Reutter, Humorist.  
The Ussoms, akrob. Produktion.  
Pariser Luft, Ballett.  
Der „Biograph“.  
(Keine erhöhten Preise!)  
**Etablissement  
Buggenhagen  
am Moritzplatz.**  
Jeden Tag:  
**Der schöne Max aus  
Franz-Budholz.**  
Heute: **Boobierfest.**  
Im Kaiser-Saal:  
**Norddeutsche Sänger  
und Tanz.**

## Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.  
**Grösster Erfolg der Saison!**  
8 1/2 Uhr. **Novität!** 8 1/2 Uhr.  
**Berliner Luft.**  
Gr. Operettenposse mit Gefang und  
Lang in 3 Akten von Hugo Feltz.  
Musik von Max Bruch.  
Zwickel . . . . . Dr. R. Winkler.  
**Das Februar-Programm**  
**Alles neu!**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.

### Trianon-Theater.

Georgenstrasse,  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
**Die Liebesschaukel.**  
Luftspiel in 4 Akten v. M. Donny.  
Anfang 8 Uhr.

### Steidl-Theater

Oranien-  
burger Thor.  
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
**Steidl-Sänger**  
u. a.: Die Jubiläums-Komödie:  
**Familie Humbert.**  
Entrée 50 Pf.  
(Bordervorlauf 40 Pf.) Sperrfisch 1 M.

### W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Grosse Extra-Vorstellung.  
**Die Räuber.**  
Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von  
Friedrich v. Schiller.  
Nach der Bestimmung:  
**Familienball.**

### Bernhard Rose-Theater

Babir. 58.  
Freitag den 6. Februar 1903:  
**Das Opferlamm.**  
Schwan in 3 Akten  
von Oskar Balthar und Leo Stein.  
Anfang 8 Uhr.

### Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hofmanns  
Norddeutsche Sänger.**  
Nach jeder Soliree:  
**Tanz-Kränzchen.**  
**Gott ist dot.**  
Sensationsparodie.  
Säle zu Festlichkeiten.

### Cirkus Busch.

Freitag, den 6. Februar 1903,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Vorstellung.**  
**Dahomey, Elefanten-Schauspiele.**  
**Boeren** als Kunstschützen  
und **Lassowerber.**  
**Tartakoff-Truppe** und Seelöwen.  
**Fraack-Verleih-Institut,**  
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.  
Th. El. Fraack-Gesellschaft  
1,50, Hosen 1,00, West 50 Pf.

## Inventur- Restverkauf

Nur noch kurze Zeit  
**Ein grosser Posten  
Echte Plüsch-  
Divandecken**  
Grösse 150x200 cm.  
**Stek. 20 M. 33 M.**  
Eine Partie doppelseitige  
**Divandecken,**  
Stück 5, 35 M. (bisher  
7,50 M.)  
**Teppich-Special-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Inventur-Extraliste gratis  
und  
Katalog 1903 franco.  
mit 600 Illustrat.

## Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété  
Kommendanten-Strasse 77/79.  
Direktion: Carl Haverland.  
Täglich: **Gr. Vorstellung.**  
**Das grosse amüsante  
februar-Programm.**  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch  
nach der Vorstellung:  
**TANZ.**

### Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3  
Special-Ausschank  
der Berliner  
Bockbrauerei.  
**Grosser  
Bock-Trübel**  
um 10 Uhr abends  
Einzug Gumbrius  
mit Gefolge.

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
**Grünfrangeschäft.** Frau operiert,  
verkauft Friedrichsbergstrasse 14.  
Städtische Vorortparzellen im ge-  
nehmigten Bebauungsplan, Preis  
600 Mark, verkauft Gestalt Str. 6,  
Borsicherungsbau, vor Strauss-  
berg. 1903  
**Gardinenhaus** Große Frankfurter-  
strasse 9, parterre. 737  
**Diesjährige** elegante Herren-  
Anzüge und Paletots aus den modernsten  
Stoffen in guter Verarbeitung und  
Aussehen von 18 bis 45 Mark.  
Julius Lindenbaum, Große Frank-  
furterstrasse 141, Ecke Krashstrasse.  
**Vorjährige** elegante Herren-  
Winterpaletots und Anzüge aus  
feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark.  
Verkauf Sonnabend und Sonntag.  
Verkaufshaus Germania, Unter den  
Linden 21, II. 14058  
**Winterpaletots,** Anzüge, Joppen,  
Hosen, fertig und nach Maß, Große  
Frankfurterstrasse 16, August Schiller.  
**Teppiche!** (eichenhölz) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlager Brunn, Hadescher  
Markt 4, Bahnhofstr. 119/5  
**Teppiche,** Winterpaletots, Betten,  
Anzüge, Steppdecken, Gardinen,  
Schuhe, Remonturarbeiten, Kostümstoffe  
spottbillig verkauft, Reanderstrasse 6,  
Teilschlungen gefaltet.  
**Dianin,** Veston, Standuhr,  
Spezialstellen, Spiegel, Stühle, Re-  
gulatorien spottbillig verkauft, Reander-  
strasse 6. 57/16  
**Kanarienvogel** verkauft, Gieseler,  
Hedersdorf 87, vom II. 797  
**Kanarienvogel,** prima Jung-  
weibchen, große Auswahl, Groß-  
schiffel verkauft, Krebs, Köpenicker-  
strasse 154 a. 12445  
Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid, in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Gloske in

**Wanzen,** Gelegenheitslauf, billig  
verkauft, Wanzenstrasse 15, parterre  
rechts (Kollenderplatz). 57/9  
**Herrschafsbetten,** Stand 23 Mark,  
Samburger, Spandauer-Brücke 13.  
**Krankenfahrräder** für Zimmer  
und Straße (ausst.) und leichtwie in  
allen Preislagen. Kopp, Glas-  
strasse 95. 128/17  
**Teppiche** mit farbenreichen Fabrik-  
niederlage Große Frankfurterstrasse 9,  
parterre. 737  
**Wringmaschinen** auf Abzahlung,  
ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnow-  
strasse 26, nahe der Landberger-  
strasse. 15018  
**Rahmmaschinen,** Langschiffchen,  
12 Mark. Weber-Wilken 8 Mark,  
Bellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der  
Landbergerstrasse. 15028  
**Rahmmaschinen,** Jagle bis 10 Mark,  
mer auf Teilzahlung eine Rahmmaschine  
kauft oder nachweist. Karte erbeten.  
Drause, Warschauerstrasse 64. 12958  
**Rahmmaschinen** kaufen Sie nur  
beim Jagmann am zweckmäßigsten.  
Kaufende Gefährde von 25 Mark an.  
Ladellös: Ringel, Bobbin, Schnell-  
näher, bequemste Teilzahlung möglich,  
billig und monatlich. Reparaturen billig,  
angenehm. Diele, Mechaniker, Rahm-  
maschinen - Spezialgeschäft, Brunn-  
strasse 119. 14408  
**Rahmmaschinen** ohne Anzahlung,  
möglichst 1,00. Bobbin, Ringel,  
Wider, Schnellnäher, Turmstrasse 30,  
Brennertstrasse 47B. 15048  
**Steppdecken** billigt Fabrik Große  
Frankfurterstrasse 9, parterre. 737  
**Walzstrobier,** blutbildend, für  
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,  
Gehirnkrankheiten, bessere Gefäß-  
farbe, Aberration, 14 Pfennig,  
3 Mark, 1/2 Liter, 3,50 Mark.  
Nicht fälschen! Qualität ent-  
scheidend. Porter - Kellerei Ringel,  
Brennertstrasse 119. 128/15

**Ringschiffchen,** Bobbin, Schnell-  
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,  
gebrauchte, tadello, spottbillig Köp-  
fenerstrasse 60/61, Landberger-  
strasse 82 und Brunnstrasse 97.  
**Hochvernehme** Herrenanzüge,  
Paletots, aus feinsten Stoffen  
heraus, 18-28, Deutsches Ver-  
kaufshaus, Hagerstrasse 63 I. 20008  
**Betten** umständlicher billig zu  
verkaufen Landbergerstrasse 75, II  
link. 19728  
**Mehlwürmer,** Schöl 10 Pfennig,  
Widder, Kleine Andrasstrasse 18, III.  
**Sobelbänke,** gebrauchte, neue  
Schaubildungen, Schraubende, Werk-  
zeuge billig. Otto, Leubnerstrasse 15.  
**Broutente** grobartig passend.  
Junger Mann verkauft besondere  
Umstände eine Wirtschaft spottbillig.  
Händler ausgehoben. Bergstr. 2 I.  
**Sobelbänke,** Röhrenspind, De-  
bayer billigst Dietrich, Wöhrle 76.  
**Kanarienvogel** 5,00, Jungweib-  
chen, auch grüne, Koller, Wegscheider-  
strasse 38, vom IV. 128  
**Restoration,** gangbare, Arbeits-  
maschine, Zahnstühle, Vereine, Kauf-  
mann, Handwerker passend, erforder-  
lich 1000 Mark, verkauft W. Post-  
ant 63. 8710  
**Grünfrangeschäft** zu verkaufen  
Gieselerstrasse 43. 7120  
**Plüschschonkost,** rot, wie neu,  
verkauft Frau Widder, Brunn-  
strasse 64. 20086  
**Bettstelle** (Kratze), ungebraucht,  
billig abzugeben Köpenickerstrasse 107,  
Duergebäude parterre rechts. 20136  
**Wach** und Wollstoff, billige  
Miete, weil Frau krank, sofort zu ver-  
kaufen, höhere Gehälter, Stettiner-  
strasse 19a. 7145  
**Ringschiffchen,** Bobbin, Schnell-  
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,  
Reinickerstrasse 44, Rechner. 7378

**Verschiedenes.**  
**Unentgeltlichen** Ausliefererrecht  
sämtlicher Instrumente erteilt Kindern,  
Erwachsenen, Regimentsmusik, Kreuz-  
bergstrasse, Anmeldeamt schriftlich.  
**Patentbureau** Dammann, Oran-  
ienstrasse 57 (Moritzplatz), bis abends  
neun.  
**Rechtsbureau** Jabilich, Grüner  
Berg (gegenüber) (Andreasplatz),  
Geschäftsbestand, Eingabengeld,  
Kartenzahlung. 10658  
**Bäckerant.** Bäckerheine,  
David, Lothringersstrasse 50. 14868  
**Divifikation!** Wer sich über diese  
trübsame Gegenwart unter Zeit  
unterrichten will, verlange die Flug-  
blätter des Weltbundes gegen Divi-  
fektion, welche unentgeltlich versendet  
werden vom Berliner Tischbühnenverein,  
Königsgrabenstrasse 108. Um gütigen  
Abdruck wird gebeten. 1618  
**Den Freunden,** Bekannten und  
Genossen zur Nachricht, daß ich ein  
Eigarrengeschäft (Hagerstrasse) ha-  
übernehmen habe. Spezialität:  
Eigarren eines Fabrikat. Gustav  
Löwe. 793  
**Vereine.** Saal mit Bühne Son-  
tags zu vergeben Hagerstrasse 7. \*  
**Saal** und **Vereinssaal** Son-  
abends und Sonntags zu vergeben  
Schneberstrasse 23. 14918  
**Vereinssaal** zu vergeben.  
Boisdamer Stangenbier, Franke,  
Hordorferstrasse 8. 745  
**75** Wenig! Eingabengeld,  
Zahlungsbefehle, Kartenzahlung, Ab-  
fertigung, Strafschub, Beschäftigungs-  
Anzeigungen, Heilung, Alimen-  
tenfragen, Unfälle, Schwand-  
gehalte, Wulfen, Stalderstrasse 111.  
Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts

**Vermietungen.**  
**Rekulturationsräume,** bisher gut  
gehend, Polenerstr. zum 1. April  
1903 zu vermieten Sechshelmer-  
strasse 4 II. 7142  
**Geliebte** Rekulturation, Wohnung,  
5 Jahre betrieben, Rigor, Ring-  
baderstrasse 16. Hausvermietet.  
**Wohnungen.**  
**Sofitwohnungen** von sofort, 1. März  
und 1. April Köpenickerstrasse 8 billig zu  
vermieten. Näheres beim Vermalter.  
**Zube** und Küche 20 M., 2 Stuben  
und Küche im Vorderhaus 30 M.  
zu vermieten Charlottenburg, Schiller-  
strasse 94. 7142  
**Drei** Stuben, Zubehör, zum April  
sehr billig. Rummelsburg, Rean-  
strasse 38. 20008  
**Schlafstellen.**  
**Teilnehmer** für möblierte Schlaf-  
stelle sucht W. Jacob, Köpenicker-  
strasse 26. 8428  
**Mietsgesuche.**  
Junger Mann sucht einfach möblierte  
Schlafstelle (allein). Nähe Schleier-  
er Bahnhof, Adressen B. Paetz, Kran-  
schiffstrasse 6. 20106

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
**Gehobener** Lehrerbienstand für  
jeden Mann. Auskunft kostenlos. Fern.  
Boll, Amstern, Blücherstrasse. 119568  
**Formenlehre** für Silber per  
Johr oder 1. April suchen Köpfer  
u. Wolf, Pringelstrasse 16. \*  
**Farbmacher,** nur erste Kraft,  
bei hohem Lohn verlangt Glasse,  
Weihen, König-Charisse 47b. 7111  
**Blusen** - Arbeiterinnen, auch zum  
Lernen, verlangt Köpfer, Pringel-  
strasse 57. 20128  
**Im Arbeitsmarkt** durch  
besonderen Druck hervorgehobene  
Ausgaben kosten 40 Pf. pro Zeile.  
**Fliesenleger**  
werden verlangt. Berliner Fliesen-  
fabrik Georg Bleisk u. Co.,  
Bühlowstr. 57. 5552  
**Seder-Modeller,**  
welcher auf sehr geübte Seder  
eingearbeitet und im Zeichnen etwas  
Bewandert ist, per 1. März für  
20 M. in angenehme und dauernde  
Stellung gesucht. 604  
Gefällige Offerten mit Gehalts-  
ansprüchen an G. Fr. Bühler u. Co.,  
Leberschlag-Fabrik, Wien XIV.  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
Gehört ist folgende Werkstätte für  
Hölzer, Einleger, Maschinenarbeiter  
und Holzer:  
Königsplatz, Köpenickerstrasse 9.  
Die Arbeitsverwaltung.  
Spandauer- und Verlagsanstalt Paul  
Singer & Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung. Donnerstag, den 5. Februar. 11 Uhr.

Am Regierungstische: Herr v. Hammerstein. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Die Einnahmen werden debattellos bewilligt. Beim Ausgabebetitel „Ministergehalt“ ergreift an erster Stelle das Wort

Minister des Innern Herr v. Hammerstein:

Zu Ende des vorigen Jahres ist im Reichstage eine Interpellation gestellt über die polizeilichen Mißgriffe und Uebergriffe, die in Preußen und anderen Bundesstaaten vorgekommen sein sollen. Ich habe damals durch den Staatssekretär des Reichs-Justizamts erklären lassen, daß ich die erste Gelegenheit benutzen werde, um im preussischen Landtage alle die im Reichstage berührten Einzelheiten vor der Öffentlichkeit darzulegen ohne jede Verschleiierung und unter Anerkennung der Fehler, die gemacht worden sind, freiwillig auch mit Verteiligung derjenigen Beamten, die in den Grenzen ihrer Befugnisse geblieben sind. Ich gebe zunächst freiwillig zu, daß in einer Reihe von Fällen die Organe der Polizei nicht mit derjenigen Rechtschaffenheit, nicht mit demjenigen Takte verfahren sind, wie wir alle dies verlangen. (Sehr richtig! links.) Es haben sich nicht nur in der Handhabung des Dienstes, sondern auch in der Einrichtung gewisser polizeilicher Geschäfte thatsächliche Mißstände herausgestellt, die ich auf das aufrichtigste beklage. Unbeschadet der gewiß berechtigten Entrüstung, die sich in der öffentlichen Meinung und in der Presse Luft gemacht hat, glaube ich doch versichern zu können, daß diese Zustände mich persönlich noch viel tiefer ergriffen haben. Ich bin mir der Verantwortlichkeit meiner Stellung bewußt. Ich bin gegenüber dem preussischen Volke und gegenüber jedem einzelnen Bürger dafür verantwortlich, daß in dem mir unterstellten Geschäftsbereich nach Recht und Gerechtigkeit verfahren wird. Bei der außerordentlich unbilligen Handhabung der Polizeigewalt soll jede Parteilichkeit, jede Bevorzugung des einen vor dem andern ausgeschlossen sein. Wir sind aber doch alle Menschen, und unter den mehr als 30 000 Polizeibeamten, die im preussischen Staatsdienst stehen, giebt es, wie in jedem Beruf, gewiß auch solche, die nicht vollkommen auf der Höhe ihres Berufes stehen. Eine gewisse Entschuldigung mögen die Beamten auch darin finden, daß leider vom Publikum aus ihnen mit einem gewissen Mißtrauen, mit einer gewissen Nichtachtung begegnet wird, daß die Achtung vor der Staatsgewalt, vor der Staatsordnung leider noch nicht das Gemeingut der preussischen Bürger geworden ist. Aber erfreulicherweise ist hierin eine gewisse Wandlung zum Besseren eingetreten. Ich erinnere an die Wählblätter, die vor 50 und 30 Jahren erschienen sind und in denen vielfach der Polizeit, namentlich in den kleineren Städten, als eine Persönlichkeitsbeleidigung betrachtet worden ist, die eigentlich, wie man sagt, noch unter dem Nachwächter steht. (Heiterkeit.) Ich erinnere mich des Wortes aus meiner Jugendzeit, wonach in einer Verordnung gesagt war: „Wer einen Nachwächter todschlägt, soll angesehen werden, als ob er einen Menschen todschlägt hätte.“ (Heiterkeit.) Das war natürlich ein Witz, aber diese Wisse geben doch das allgemeine Gefühl wieder.

Jetzt ist sowohl in dem Urteil des Volkes als auch in der Handhabung des Dienstes seitens der Polizei eine Besserung eingetreten. Besonders in den größeren Städten haben wir jetzt gesammelte Polizeibeamte, die wissen, wo, wann und wie sie einzutreten haben. Im großen und ganzen können Sie überzeugt sein, daß die preussische Polizei eine gute Polizei ist, die sich ihrer Aufgabe, das Publikum zu schützen, bewußt ist. Damit will ich die einzelnen Ausschreitungen gewiß nicht beschönigen, ich betrachte sie aber als Auswüchse an einem gesunden Körper, und diese Auswüchse wollen wir beseitigen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die große wohlorganisierte königliche Polizei besser abschneidet als die kommunale Polizei: Der weitaus größere Teil der erhobenen Beschwerden bezieht sich auf die kommunale Polizei. Sie werden aber bei der Besprechung der einzelnen Fälle sehen, daß dabei sehr, sehr viele Uebergriffe vorgekommen sind und daß in einer ganzen Anzahl von Fällen kein Mißgriff, sondern ein sachverständiges richtiges Eingreifen stattgefunden hat, das nur durch den Ungehorsam einzelner Zuschauer oder Zuhörer ein andres Gewand bekommen hat.

Der Fall, der vielleicht am meisten Aufsehen erregt hat, ist der Fall des Kaufmanns Tample in Braunschweig. Dieser beschwert sich darüber, daß er polizeilich festgenommen, nach Hannover transportiert, gefesselt nach Celle gebracht, dort im Gerichtsgefängnis abgeliefert sei und hier längere Zeit unschuldig habe sitzen müssen. In der Provinz Hannover besteht die Einrichtung, daß periodisch an einem oder zwei Tagen der Woche Gefangenentransporte unter Begleitung von Gendarmen in Hannover eintreffen. Tample traf in Hannover mit einem solchen Transport ein mit einem Jettel, auf dem nur stand: „Die Polizei wird hiermit ersucht, auf richterlichen Befehl den Kaufmann Tample auf dem gewöhnlichen Transportwege in das Gerichtsgefängnis in Celle zu überbringen.“ Er hat dann erzählt, daß er ganz unschuldig sei, der Gendarm mußte sich aber natürlich nach dem Befehle richten. Nach Celle werden gewöhnlich Leute transportiert, die Karl verdächtigt sind, daß sie mit Zucht haus bestraft werden. Es hat sich später herausgestellt, daß er den Wunsch geäußert hat, einen Oberbeamten zu sprechen. Die Meldung hiervon ist unterblieben. Darin scheint der Hauptfehler, der auch ernst getadelt worden ist.

Ferner hat sich Herr Tample über den schlechten Geruch aus dem Kessel seiner Zelle beschwert. Es ist festgestellt worden, daß dieser Kessel ein- bis zweimal täglich entleert wurde. Daß die Zelle nicht gerade angenehm ist, ist zuzugeben. Es ist das ein Zustand, der in einem so großen Gefängnis nicht vorkommen dürfte. (Sehr richtig! links.) Die Klagen des Herrn Tample über schlechtes Essen sind unbegründet.

Viel Aufsehen ist über die Fesselung gemacht worden. Man muß sich von der Fesselung nicht die Vorstellung nach alten Balladen, Romanen u. machen. Wenn die Fesselung in einigermaßen schonender Weise vorgenommen wird, ist sie gar nicht so schlimm. (Heiterkeit.) Ich habe hier einige Fesseln mitgebracht. (Große Heiterkeit.) Zwei Leute werden zusammengefesselt, darüber wird ein Mantel gehängt und kein Mensch kann etwas davon sehen. (Heiterkeit.) Unruhe links.) Daß die Fesselung bei Herrn Tample unbegründet war, will ich zugeben. Die Gendarmen wußten aber gar nicht, wen sie vor sich hatten, ihnen ist kein Vorwurf zu machen.

Ich komme nun zu dem Fall der Frau Rappaport in Hamburg, die infolge einer Verwechslung verhaftet wurde. Auf dem Wege zur Polizeiwache sagte sie dem Schutzmann, sie sei krank. Vorrichtermäßig wurde sie dem Gefängnisarzt zugeführt, von dem sie sich willig untersuchen ließ. Sie hat dem Gefängnisarzt gegenüber die Bemerkung gemacht: „Na, da hat mich wohl nie in Liebhaber angezeigt!“ Das ist die aufrichtige Frau, von der in der Presse so viel die Rede war! (Unruhe links.) Es schiedte gegen sie eine Anklage wegen Betruges und dem Richter wurde Kenntnis davon gegeben, daß die Frau zu seiner Verfügung im Krankenhaus sei. Die Altonaer Polizei hat dabei nur den einzigen, allerdings sehr verzeihlichen Irrtum begangen, daß sie diese Mitteilung an das Hamburger Gericht statt an das Altonaer Gericht gerichtet hat. Die Frau wurde

freigesprochen, weil man das Vorliegen eines beabsichtigten Betruges nicht für erwiesen ansah. Die Untersuchung weiblicher Verionen ist eine eigenartige Angelegenheit, die am besten von Medizinern zu beurteilen ist. Die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft haben festgestellt, daß die mikroskopischen Untersuchungen auf das Vorliegen von Geschlechtskrankheiten mehrmals wiederholt werden mußten, um ein sicheres Resultat festzustellen. So mußte es auch diesmal geschehen und am sechsten Tage hat der Arzt erklärt, daß eine infektiöse Erkrankung nicht vorliege. Die berühmte Frau Rappaport hat das Mitleid, das ihr in der Presse so reichlich gezollt wurde, eigentlich nicht recht verdient. Sie war zweimal verheiratet und wurde beide Male geschieden. Die Scheidungslagen waren begründet mit gemeinen Beschimpfungen und fortgesetztem Ehebruch. Dann hat sie mit den verschiedensten Herren zusammengewohnt, in einzelnen Logis, bald hier, bald dort unter verschiedenen Namen. Auch ist sie als Schauspielerin an Theatern zweiten Ranges aufgetreten. Die Altonaer Polizei hat sich in der Sache als durchaus erfahren und tüchtig bewiesen und hat vollkommen ihre Schuldigkeit getan. Die Vorwürfe gegen sie waren unbegründet.

Ich komme zu dem Fall des 21jährigen Redakteurs Hoffmann, der vom Gefängnis in Rattow nach Weuthen überführt wurde, um dort in einer andern Strafanstalt vernommen zu werden. Die Beschwerden gingen dahin, daß er in Weuthen auf dem Wege vom Bahnhof zum Gefängnis gefesselt mit andern Strafgefangenen zusammengeführt worden sei. Ich gebe zu, daß diese Fesselung absolut überflüssig war. Man braucht nicht zu glauben, daß der Redakteur über die nahe Grenze flüchten wollte. Ich bedauere, daß diese Fesselung eingetreten ist. Die ausführenden Polizeibeamten waren aber dadurch zu entschuldigen, daß eine Verordnung des Weuthener Bürgermeisters ausdrücklich bestimmt, daß alle diejenigen Gefangenen zu fesseln sind, die der Strafkammer vorgeführt werden sollen. Ich halte allerdings diese Verordnung für nicht zu Recht bestehend und namentlich nicht für richtig. Ich wiederhole, daß ich die Fesselung bedauere. Es ist in diesem Fall eine Remedur eingetreten. Hoffmann aber wurde in dem Verfahren in Weuthen wiederum zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, im Unermögenschlichen zu fast. Er hat das Geld nicht bezahlt, sich aber auch der Justiz nicht zum Eintritt der Haft gestellt, sondern sich, als man ihn zur Strafe abführen wollte, thatsächlich über die Grenze geflüchtet. Hoffmann wird, weil er sich der Verurteilung der Strafe durch die Flucht entzogen hat, strafbriestlich verfolgt.

Ein weiterer Fall betrifft einen Kaufmann in Essen, der eines Nachts beim Nachhausegehen von einem Schutzmann angehalten, grob behandelt, geschlagen und zur Wache geführt wurde. Auf der Wache wurde er alsbald entlassen. Der betreffende Polizeiergent aber wurde unmittelbar nach diesem Vorfall aus dem Dienst entlassen, vor Gericht gezogen und dort mit neun Monaten Gefängnis bestraft.

In einem andern Falle handelt es sich um einen Wädereggeler, einen bekannten sozialdemokratischen Agitator, der in einer sozialdemokratischen Versammlung gegen einen Wäderegger die größten Beschimpfungen aussprach, seine Wäderei als „Schweinewäderei“ bezeichnete, behauptete, Fuhwassertwasser würde in den Teig hineingemengt usw. Der Wäderegger erhob Anklage gegen diesen Wädereggeler und erklärte, der Gefelle habe in seiner Anwesenheit einmal eine Maus in den Teig hineingebadet. Es sei aber absolut unrichtig, daß Wasser, in dem er seine Füße gewaschen habe, jemals in den Teig hineingemengt worden sei. (Heiterkeit.) Er habe den Gefellen entlassen, weil dieser ihn bestohlen habe. Die Polizei hat darauf auf den Gefellen gefahndet, ihn ergriffen und ihn, weil er ein des Tumultes verdächtiger Mann war, gefesselt in das Gefängnis gebracht. Das war nach meiner Ansicht bei einer solchen Persönlichkeitsbeleidigung vollkommen geboten. In einem andern Fall soll in Kiel ein anständiges Mädchen, das mit einem Manne vor der Thür seines Hauses stand, von einem hinzukommenden Schutzmann verhaftet, auf der Polizei vom Arzt untersucht und erst am Montag — am Sonnabend vor die Verhaftung erfolgt — wieder entlassen sein. Es ist zuzugeben, daß in diesem Fall für die Polizei ein Grund zur Verhaftung des Mädchens, das in diesem Hause seinen dauernden Aufenthalt hatte, nicht vorlag. — Ein Versehen der Polizei liegt auch in folgendem Fall vor. Eine Ehefrau aus Berlin begab sich nach einer Geburtstagsfeier nachts 4 Uhr allein auf die Straße. In einer sehr verruhenen Gegend sprach sie einen Schutzmann mit den Worten an: „Du, komm mal mit!“ Der Schutzmann wußte zuerst nicht, was er denken sollte, und als sie ihm dann eine Wohnung bezeichnete, brachte er sie dorthin. Es stellte sich dann heraus, daß die Frau in dem angegebenen Hause ganz unbekannt war, und als sie ihm nun eine ganz andre Adresse angab, erwiderte das seinen Verdacht und er brachte sie zur Wache. Die Strafe war ihm fremd und er durfte sich auch nicht so lange von seinem Revier entfernen. Auf der Wache wurde dann nach dem entfernten Revier telephoniert, ob die Frau dort bekannt sei, und als keine Antwort erfolgte, wurde die Frau dort behalten und erst am nächsten Morgen entlassen. Der Fehler der Polizei liegt darin, daß sie sich mit dem erfolglosen telephonischen Anruf begnügte. Nachdem die Frau angegeben hatte, ich wohne da und da, wäre es Pflicht der Polizei gewesen, nunmehr einen ihrer Beamten mit oder ohne die Frau in das betreffende Revier zu schicken und festzustellen, ob die Angabe richtig war. Daß das nicht geschehen, ist auf das ernste gerügt worden. In einem andern Falle aus Kiel, in dem es sich um ein unter Sittenkontrolle gestelltes Mädchen handelt, trifft dagegen die Polizei kein Vorwurf. Die Presse meldete damals, ein Richter habe gesagt, das Vorgehen der Polizei sei geradezu merkwürdig und skandalös. Ich kann feststellen, daß der betreffende Richter es ausdrücklich in Abrede gestellt hat, die Ankerung zu haben.

Unter der Spitzmarke „Schutz vor Schutzeuten“ wurde in der Presse über einen Fall in Dortmund berichtet. Ein Schutzmann soll zwei polnische Arbeiter auf den Hof ihrer Wohnung verfolgt, geschlagen und unrechtmäßig verhaftet haben.

Zuzugeben ist, daß das Aufbringen zur Wache — ganz abgesehen von dem verbotenen Schlagen — in diesem Falle, wo der Schutzmann wußte, mit wem er es zu thun hatte und daß die Betroffenen in dem Hause wohnten, nicht erfolgen durfte. Eine einfache Anzeige am andern Tage hätte ausgereicht. Zur Entschuldigung des Schutzmannes ist nur anzuführen, daß er sehr erregt war, da es ihm trotz stundenlangem Bemühen nicht gelungen war, die stark randalierenden Arbeiter zur Ruhe zu bringen. In den zwei Fällen aus Marienburg, die auch im Reichstage angeführt wurden, hat die Polizei jedenfalls in gutem Glauben gehandelt. Viel schlimmer liegen die Fälle in Dirschleben. In dem einen Fall ist der erst seit acht Tagen angestellte Polizeibeamte sofort wieder entlassen worden und falls sich in dem zweiten Falle alles als wahr erweisen sollte, was der Polizei vorgeworfen wird, so wird jedenfalls sehr strenge Remedur eintreten. — Im Reichstage ist dem auch eine Verordnung des Bürgermeisters in Trepstow an der Rega vorgelesen worden, nach der Dienstmädchen der Aufenthalt auf den Straßen nach 10, im Sommer 11 Uhr, allein oder in Begleitung verdächtiger Personen verboten wurde. In der That ist diese Verordnung über 50 Jahre alt und wurde nur auf Grund bestimmter Klagen von dem Bürgermeister wieder aufgestellt. Sie hat auch sehr segnerreich gewirkt, denn die Klagen über die

Belästigung von Unteroffizierschülern hörten mit dem Augenblick ihrer Publikation auf. Großes Aufsehen hat auch die Verhaftung der Frau v. Dedem in Wiesbaden erregt. So sehr ich dies persönliche Mißgeschick der Dame bedauere, muß ich doch sagen: Wenn die Dame sich durch ihre Kleidung, ihr Auftreten usw. aus dem Rahmen des allgemein üblichen entfernt, dann muß die Dame es sich auch gefallen lassen, als etwas andres angesehen zu werden als sie in Wirklichkeit ist.

Der Minister giebt nun eine Darstellung des Falles v. Wardeleben in Wilmersdorf. Ich will mich jeder Kritik enthalten, da die Akten hierüber noch nicht geschlossen sind.

Sie haben gesehen, daß im großen und ganzen die Vorkommnisse total übertrieben worden sind. Es ist gewissermaßen wie eine ansteckende Influenza, an jedem Tage muß in der Presse mindestens ein polizeilicher Mißgriff veröffentlicht werden. Der Minister erwähnt im weiteren Verlauf seiner Rede die Verfügungen und Verordnungen, die er in Bezug auf die Fesselung, die Zustände in den Gefängnissen usw. erlassen hat. Durch diese Verfügungen werden viele Mißgriffe in Zukunft verhütet werden. Sollten aber dennoch polizeilicher Uebergriffe vorkommen, so werde ich die oberen Beamten persönlich zur Verantwortung ziehen, die ihre Untergebenen nicht genügend instruiert haben.

An die Presse aber richte ich die Bitte, nur Mitteilungen aufzunehmen, die absolut begründet sind. Die Presse wüßte sich damit den Dank des gesamten Volkes erwerben. Bei der großen Bedeutung und dem großen Einfluß, den die Presse auf unser öffentliches Leben hat, muß sie sich auch ihrer großen Verantwortlichkeit bewußt sein. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Döbel (L. Berichterstatter) erstattet Bericht über die Kommissionserhandlungen und geht ausführlich auf den Tod des Landrats v. Willich ein.

Abg. Ernst (fr. Bg.):

Der Ministerpräsident Graf Bülow hat vor kurzem hier erklärt, daß eine gesunde Ostmarkenpolitik die wichtigste Aufgabe des preussischen Staates sei. Nach diesem Ausspruch ist es Pflicht jedes Abgeordneten, hier die im Osten bestehenden Mißstände zur Sprache zu bringen. Ich will Ihre Aufmerksamkeit auf den tragischen Tod des Landrats v. Willich lenken. Der Entschluß, die Angelegenheit hier in öffentlicher Sitzung zu besprechen, ist mir nicht leicht geworden. Einmal ist der Fall aber schon in der Budgetkommission besprochen worden, und andererseits bitten mich zahlreiche Wähler des Wahlkreises Birnbaum, hier zu dem Fall Stellung zu nehmen. Es handelt sich um keine Parteisache. Herr v. Willich war ein streng konservativer Mann von alten Schrot und Korn, vor dem auch wir die vollste Hochachtung haben. Er war ein Ehrenmann und nahm es mit der Hebung des Deutschthums heilig ernst. Er lebte in guten Verhältnissen, besaß zwei Güter, führte ein glückliches Familienleben und hatte sich die Liebe seiner Vorgesetzten erworben. Hierin konnten die Gründe seines Todes nicht gefunden werden. Wohl aber konnten politische Gründe in Frage. Willich war der Meinung, daß in Bezug auf eine gute Ostmarkenpolitik die Einigkeit der Deutschen die Vorbedingung war. Deshalb trat er aus dem Bunde der Landwirte aus, weil dieser ihm zur Verbeiführung der Einigkeit nicht geeignet schien. Bei den Wahlen 1898 empfahl Willich ein geschlossenes Vorgehen der Deutschen, d. h. der Liberalen und Konservativen gegen die Polen. Das paßte dem Bunde der Landwirte nicht. Zuerst hat die Regierung ihn gebekkt. Später scheint man anderer Ansicht geworden zu sein und empfahl Herrn Willich, sich mit seinen Gegnern auszusöhnen. Wenn die Presse zu einem solchen Fall geschwiegen hätte, so würde sie nicht die Stellung verdienen, die sie heute hat. (Zustimmung links.) Steine würden gefahren haben, hätte die Presse geschwiegen. (Erneute lebhafteste Zustimmung links.)

Herr v. Willich wurde nun empfohlen, sich um eine andre Stelle zu bewerben. Das hat er gethan. Er sagte diese Verletzung aus dem Osten auf als eine Niederlage nicht nur seiner Politik, sondern auch der Ostmarkenpolitik der Regierung. Sein Bestreben war die Hebung des Deutschthums und durch sein objektives Vorgehen hat er sich auch die Achtung der Polen erworben. Beim Kaiser Geburtstags-Essen hatte Willich den Vorschlag zu führen, er war gewarnt worden, zu dem Festessen zu kommen, sonst würde eine Demonstration gegen ihn unternommen werden. (Bewegung links.) Ein Tag vor diesem Festessen, am 26. Januar, erhielt Willich von Berlin den Befehl, er solle sich in Berlin vorstellen und erklären, ob er zur Annahme des neuen Amtes bereit sei. Das mußte auf Willich wirken, als ob auch seitens der Regierung verhindert werden wollte, daß er zu dem fraglichen Festessen ging. Man hat von Herrn v. Willich verlangt, daß er sich vor seiner Verletzung mit seinen Gegnern ausöhnen solle. Thatsache ist, daß Verhandlungen in dieser Richtung geschloßelt haben. Einige Tage vor seinem Tode hat Herr von Willich diese Verhandlungen jedoch abgebrochen.

Zahrelang ist Herr von Willich so geneigt worden; auf die Dauer konnte er das natürlich nicht aushalten, noch dazu, wo er körperlich so leidend war. Als ich ihn einst besuchte, kamen wir auch auf den Streit zwischen ihm und seinen Gegnern zu sprechen. Er war eine so vornehme Natur, daß er von seinen Gegnern keine Namen nannte, sondern lediglich vom Bunde der Landwirte sprach. (Lachen rechts.) Ich fragte ihn: „Herr Landrat, ist es denn ganz sicher, daß die Regierung Sie nicht im Stiche lassen wird?“ Er wurde bleich und antwortete: „Sie böser Liberaler, Sie wissen gar nicht, was für ein Vertrauen ein konservativer zur Regierung hat; ich habe felsenfest auf die Regierung!“ (Anhaltende Bewegung links.) Von allen Seiten angegriffen, hat er schließlich in seiner Verzweiflung den selbstverleuernden Schritt gethan.

Worum sind nun die Gründe des traurigen Endes des Herrn Willich zu suchen? Ich meine, in der Unterfückung, die die Regierung dem Bunde der Landwirte hat angedeihen lassen. (Lebhafteste Zustimmung links.) Herr von Willich kämpfte einen schweren Kampf in der vollen Ueberzeugung, daß er das Wohl des Vaterlandes fördere, und plötzlich zu erleben, daß er von seinen vorgelegten Behörden im Stich gelassen wird. Die Regierung hat vor dem Bunde der Landwirte vollständig kapituliert, daß die Regierung, sondern der Bunde der Landwirte herrscht. (Lebhafteste Zustimmung links.) Hätte sich die Regierung, daß der Staat durch solche Vorfälle keinen Schaden nimmt. (Lebhafteste Beifall links.)

Minister des Innern Herr v. Hammerstein:

Meiner in der Budgetkommission abgegebenen und inzwischen im Wortlaut veröffentlichten Erklärung habe ich nichts hinzuzufügen. Ich halte sie vollinhaltlich für richtig. Der Voreddier hat das Verhalten der Regierung als Ursache des Todes des Herrn v. Willich bezeichnet und diese Behauptung damit zu beweisen versucht, daß er sagte, Willich sei in seinem Bestreben, für konservativ-liberale Kompromißkandidaten einzutreten, von der Regierung nicht unterstützt worden. Die Regierung hat bei den Wahlen von 1898 ihre Hand nicht im Spiele gehabt. Das Recht des Herrn v. Willich, sich politisch zu bethätigen, ist ihm von der Regierung nicht verweigert worden. Herr v. Willich soll dann von der Regierung zur Bewerbung um eine andre Stelle getrieben worden sein. Von Organen der Regierung ist er dazu nicht getrieben worden. Nicht einmal, sondern wiederholt hat er mir gegenüber seinen Schmerz darüber ausgedrückt, daß er mit früheren Genossen jetzt in Gegensatz geraten und deshalb nicht in der Lage sei, sein Landratsamt in der wünschenswerten unparteiischen Weise zu führen. Er hat direkt darum gebeten, ihn auf ein paar

Nahre aus der Provinz Posen zu entfernen und ihm einen andern Posten zu übertragen. (Hört! hört! rechts.) Ich bestreite also entschieden, daß man Herrn v. Willich getrieben hat. Die Regierung hat Herrn v. Willich nicht im Stich gelassen. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Seine Thätigkeit ist von der Regierung stets anerkannt worden, und sie hat ihm einen eleganten Beweis dieser Anerkennung durch Verleihung der Kammerherrenwürde gegeben, als der Kaiser nach Posen kam. In Posen bestehen nun leider zwei Schattierungen, die beide urdeutsch und patriotisch das gleiche Ziel, die Hebung des Deutschtums in den Ostmarken verfolgen. Diese Differenzen haben aber bis jetzt auf die Haltung der Regierung nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Es ist nicht wahr, daß von einer dieser beiden Gruppen eine Störung der Kaisergeburtstags-Feier zu befürchten gewesen wäre. Diesen Anlaß hätte niemand zu Störungen benützt. Das hat auch Herr v. Willich nicht befürchtet. Aber er kam nach Berlin und hat meinem Referenten gesagt, er stehe jetzt so im Mittelpunkt der Streitigkeiten, daß er befürchte, wenn er dem Festmahl vorstiehe, daß viele andre patriotische Männer der Feier fern bleiben würden. (Hört! hört! links.) Da er das nicht wollte, da es ja keine Feier des Landrats sondern eine allgemeine Feier sei, habe er es selbst für geboten, der Feier fernzubleiben. Vielleicht könnte er amtlich für den 26. Januar zu einer Besprechung über seinen zukünftigen Posten nach Berlin berufen werden. Ich habe ihm darauf hin persönlich geschrieben, daß ich ihn am 26. oder 28. hier erwarte. Wenn Herr v. Willich am 27. hätte in seinem Kreise sein wollen, so hätte er das immer noch gekonnt. Mit gutem Vorbedacht habe ich diesen Ausweg offen gelassen. Die wirkliche Ursache des Todes liegt tiefer, sie liegt in seiner unglücklichen nervösen Veranlagung. Ich mache ihn nicht persönlich für seinen Tod verantwortlich, aber auch niemand anders. Ich bedaure es, daß sein Tod hier zu einer politischen Auseinandersetzung benützt wird, bei der die einzelnen Parteien sich messen wollen. (Beifall rechts.) Der Oberpräsident v. Bitter soll Herrn v. Willich zuerst geschäftlich, dann aber fallen gelassen haben. Das letztere ist keineswegs der Fall. Der Oberpräsident hat ihm auf Wunsch der nächsten Angehörigen einen ehrenden Nachruf gehalten und Frau v. Willich hat dem Oberpräsidenten in einem Briefe die Worte geschrieben: Möchte man dem Toten bald Ruhe gönnen und die vielen Stimmen schweigen lassen, die sein tragisches Geschick politisch ausmühen. Schließen Sie sich dem Wunsche der Witwe an und lassen Sie den Toten ruhen. (Lebhafte Beifall rechts.)

**Abg. Dr. Krause (nall.):**

Es handelt sich hier weniger um die Person Willichs, sondern viel mehr um politische Zustände. (Sehr richtig! links.) Um eine nationale Frage. (Sehr gut! links.) Herr Ernst hat in der majestätischen Weise gesprochen, so wie er hätte auch ein konservativer Abgeordneter sprechen können. Das Partei-Interesse hat mit der ganzen Sache nichts zu thun. Aber in diesem Hause kann zu dem Fall nicht geschwiegen werden. Hier schweigen, hieße vertuschen wollen. (Sehr gut! links.) Man hat in der Presse Andeutungen gelesen, als sei der Ehrenschilb des Herrn v. Willich nicht ganz blank gewesen. Herr Endell hat in einer Erklärung geschmackvoll gesagt, der tragische Tod Willichs lege ihm einfach Schweigen auf. Jeder müste annehmen, Herr Endell weiß etwas, er will es aber lieber verschweigen. Auf dem Ehrenschilb des Herrn Willich sitzt aber kein Flecken. Ich weiß auch nicht, ob es sehr geschmackvoll war vom Oberpräsidenten, nach allem, was vorausgegangen war, am Grabe des Herrn v. Willich zu reden. (Unruhe rechts; Aufse: Das ist doch Privatfache!) Ja, es ist wohl Privatfache, aber hängt doch mit der politischen Agitation zusammen, und ich werde doch meine Meinung darüber sagen dürfen. (Sehr richtig! links.) Ich weiß nun, daß sowohl der Minister des Innern, wie der Ministerpräsident Herrn v. Willich großes Wohlwollen entgegengebracht haben. Ich weiß auch, daß Herr v. Willich zweimal vor dem militärischen Ehrengericht gestanden hat und vollständig rein aus diesen Verhandlungen hervorgegangen ist. Ein Ausgleich mit seinen Gegnern wäre vielleicht auch möglich gewesen, wenn Herr v. Willich nicht schließlich eine dritte Anzeige beim Ehrenrat gemacht hätte. Herr v. Willich hat daraufhin alle Ausgleichsverhandlungen abgebrochen. Ich habe mich bei vertrauenswürdigen Persönlichkeiten genau erkundigt und bin zu demselben Resultat gekommen wie der Abgeordnete Ernst. Die Regierung hat thatsächlich Herrn v. Willich im Stich gelassen, nicht der Minister, aber der Oberpräsident von Posen. Zunächst dadurch, daß Herr v. Bitter nicht energisch gegen den Major Endell vorgegangen ist. Ich will den Bund der Landwirte nicht mit Herrn v. Endell identifizieren, aber gegen diesen Mann mühte eingeschritten werden. Das erste ehrengerichtliche Urteil gegen ihn lautete auch auf Anerkennung der Uniform. (Unruhe rechts; Falsche Beschuldigung! Unwürdig!) Ich glaube nicht, daß ich gegen die Würde des Hauses verstoße, sonst hätte mich früher der Herr Präsident unterbrochen. Ich muß mir also solche Jurien verbitten. (Bravo! links.) Die Endellsche Wirtschaft in der Landwirtschaftskammer war eine Lohndwirtschaft, und trotzdem wurde von der Provinzialregierung nicht eingeschritten, setzen Sie (nach rechts) sich also nicht zu sehr aufs hohe Pferd, Sie könnten zu leicht herunterfallen. (Sehr gut! links.) Der Schuß für Herrn Endell lag nicht im nationalen Interesse, er führte dazu, die deutschen Parteien zu entzweien. Man hat von einer Nebenregierung des Herrn von Endell in Posen gesprochen. Ich weiß nicht, ob der Ausdrück Nebenregierung mehr für Herrn Endell oder mehr für den Oberpräsidenten am Plage war. (Große Heiterkeit.) Die Endellsche Richtung ist einseitig wirtschaftlich, einseitig politisch reaktionär und einseitig gesellschaftlich. (Sehr richtig! links.) Die Ansiedlungskommission hat Herrn Endell das Gut abgekauft unter der Voraussetzung, daß Herr Endell Posen verlassen würde. (Hört! hört! links.) Eingetroffen ist dieser Fall nicht. Herr Endell blieb, nachdem er aus finanziellen Schwierigkeiten gerettet war, weiter agitatorisch thätig. Die im sachlichen Kampf zur Endell-Gruppe stehenden Deutschen sind thatsächlich vom Oberpräsidenten im Stich gelassen worden. Schon Anfang Januar hat man, vielleicht nicht vom Oberpräsidenten, aber doch von der Provinzialregierung, Herrn v. Willich nahe gelegt, er möchte an dem Feste nicht teilnehmen, und da daraufhin hat Herr v. Willich erst gehen, was der Minister hier erzählt hat. (Hört! hört! links.) Er fühlte, daß er keinen Rückhalt mehr an der Regierung habe, und daraus kann man sich seine Verzweiflungsschreie wohl erklären. (Sehr richtig! links.) Ein Mann ist hier von der Regierung im Stich gelassen worden, der den besten Willen hatte, für die Regierungspolitik einzutreten, und ein Mann ist hier von der Regierung gestützt worden, der einer Richtung angehört, die der Regierung die größten Schwierigkeiten macht, von der Herr v. Boddiesch erst neulich gesagt hat, daß das Lichtschuß zwischen ihr und ihm zertrümmert sei. (Sehr richtig! links.) Der Oberpräsident v. Bitter hat Herrn Willich nur mit Worten, aber nicht mit Thaten geschützt. Fragen Sie doch die Polen, sie freuen sich, daß sich unter dem Oberpräsidium Bitter die Deutschen in Posen gegenseitig zerfleischen. Der Minister sollte einmal eine Reise nach Posen unternehmen und einen eisernen Befehl mitnehmen. Einen Ausgleich giebt es meiner Meinung nach mit den von mir gekennzeichneten Elementen nicht. (Lebhaftes wiederholtes Bravo! links, lebhaftes Rischen rechts.)

**Abg. v. Seydebrand (L.):**

Ich bedaure die Art, wie der Vorfall hier von den beiden Vorrednern besprochen worden ist. Um solche Vorwürfe gegen die Staatsregierung zu erheben, mühte man doch bessere Beweise in Händen haben. (Sehr richtig! rechts.) An sich ist es aber ganz gut, daß der Fall hier zur Sprache gekommen ist. Herr Ernst hat dem Minister, Herr Krause dem Oberpräsidenten vorgeworfen, daß sie

Herrn v. Willich im Stich gelassen haben. Der Minister hat uns aber heute mitgeteilt, daß die Vernehmung Willichs ausschließlich auf seinen eignen Wunsch in Aussicht genommen war. (Widerspruch.) Der Minister verdient doch unbedingten Glauben. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Affaire bei der Kaiser-Geburtstagsfeier verhält sich ja ganz anders, als sie die Herren Krause und Ernst vorgezogen haben. Aber selbst wenn Herrn v. Willich von der Provinzialregierung nahe gelegt worden wäre, von der Feier fernzubleiben, so wäre das auch kein Unglück. (Lebhafte Heiterkeit links.) Ich frage Sie, was hat denn der Tod Willichs mit seinem Verhältnis zu Herrn Endell zu thun? Für das Bestehen irgend eines Zusammenhanges sind doch keine Thatfachen angeführt worden. Der solche Schlüsse zieht, muß doch Beweise haben. (Sehr gut! rechts.) Ich will Ihnen (links) nur sagen, mit diesen heutigen Forderungen stützen Sie das Deutschtum in Posen nicht. Sie giehen hier nur Del ins Feuer mit diesen unbewiesenen Behauptungen. Das ist nicht der Weg, der zum nationalen Frieden führt. Das können Sie sich merken. (Lachen links.) Wenn Sie das Interesse an der Einigkeit der Deutschen in den Ostmarken wirklich haben, das Sie vorgeben, dann lassen Sie den Toten ruhen. (Beifall rechts, lebhaftes Rischen links.)

**Abg. Febr. v. Wangenheim (konf.):**

Ich bedauere, daß dieser tragische Fall (auf Endell II.) im Interesse einer einseitigen politischen Richtung ausgenutzt wird. Mit den Angriffen auf meinen Freund Endell (auf links: Freund!) werden Sie das Gegenteil von dem erreichen, was Sie damit bezwecken. Herr Endell hat sehr wichtige Reden gewissenhaft verwaltet in der Landwirtschaftskammer, in den Genossenschaften. Anständig ist Ihnen (nach links), daß er auch Provinzialvorstand der Provinz des Landes der Landwirte ist. (Lachen links.) Als solcher ist er allerdings der Meinung, daß die Voraussetzung für eine gesunde deutsche Politik eine lebenskräftige Landwirtschaft ist. Im D.-A.-L.-Verein sitzen die Gegner des Herrn Endell. Dieser Verein wird von vielen aber nur benützt, um ihre Persönlichkeiten in den Vordergrund schieben zu können. Was man auch gegen Herrn Endell gesagt hat, Major v. Endell ist glänzend gerechtfertigt worden. Der Abg. Ernst verstaute es so dar, als ob gegen Herrn v. Willich eine Art Kesseltreiben veranstaltet wäre. Nun, gegen Herrn v. Endell ist jahrelang in der niederträchtigsten und gemeinsten Weise gehetzt worden. (Großer Lärm links.) In dem ersten Verfahren ist Herr v. Endell gerechtfertigt worden. Als neue Denunziationen einliefen, wurde ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet. Major v. Endell, der doch schließlich auch nur ein Mensch ist, hat auf das Recht, seine Uniform zu tragen, verzichtet. Er hat sich nur eines Disziplinarvergehens schuldig gemacht. Die Herren von der Linken sollten sich aber den wahren Sachverhalt immer erst informieren. Hier auf Grund von unbewiesenen Pressenachrichten Beschuldigungen zu erheben, ist eine wenig passende Art. (Unruhe links.)

Es besteht kein Zweifel, daß, wenn Herr v. Willich zur Kaiser-Geburtstagsfeier gekommen wäre, in der Feier kein Mähten entstanden wäre. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Der Abg. Ernst meinte, es sei Pflicht der Presse, solche Fälle ihren Lesern mitzuteilen. Genieß, aber in der Art und Weise, wie es in der letzten Zeit bei der „National-Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“ Mode geworden ist. (Lebhaftes Aufse links: „Reichsbote“! „Reichsbote“!) Ichidit sich die Vereinerziehung privater Vorgänge in die Öffentlichkeit nicht. (Stürmische Aufse links: „Reichsbote“! „Reichsbote“!) Der „Reichsbote“ ist ein Waisenkind gegen die beiden Blätter. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Die neuesten Anklagen gegen Herrn v. Endell werden ebenso seine Unschuld beweisen wie alle andern. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Ernst sagte, an dem Tode des Herrn v. Willich sei der Kampf gegen den Bund der Landwirte schuld gewesen. Dabei ist Herr Willich früher selbst Mitglied des Bundes gewesen. Er ist ausgetreten wegen der damaligen Differenzen in der Kanalvorlage. (Hört! hört! rechts.) Herr v. Willich hat mir selbst gesagt, daß er allen Anschauungen des Bundes beitrete. Der Grund zum Tode des Herrn v. Willich liegt auf rein persönlichem Gebiete. Treiben Sie (nach links) die Sache so weiter, dann werden wir es dahin bringen, daß das ganze Material veröffentlicht wird. (Lebhaftes Hört! hört! links) und dann werden gewisse Leute im Ofen Schiffbruch leiden. (Bewegung links.) Dann wird allerdings unter den Deutschen in den Ostmarken eine unüberbrückbare Spaltung eintreten. Sorgen Sie (nach links) dafür, daß es so weit nicht kommt. (Lebhafter Beifall rechts.)

**Abg. Febr. v. Redlich (frl.):**

Nach den heutigen Verhandlungen kann ich mich des Eindrucks nicht verschließen, daß man den Tod des Landrats v. Willich nur benützt, um Kapital gegen den Oberpräsidenten von Posen zu schlagen. (Große Unruhe links.) Die Herren von der Linken müssen berücksichtigen, daß die Landwirtschaft im Osten die größte Erwerbsquelle ist, und daß diese Landwirtschaft im Bunde der Landwirte unter Herrn Major Endell vereinigt ist. Ein Oberpräsident, der das nicht berücksichtigt würde, würde seiner Aufgabe nicht gewachsen sein. (Sehr richtig! rechts.) Um kräftig gegen das Völkertum kämpfen zu können, müssen die Deutschen im Osten geschlossen und einig vorgehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Porsh (C.): Auch ich bedauere angeht der Majestät des Todes die heutige Diskussion. Dennoch war eine Aussprache notwendig, um so notwendiger nach der Erklärung des Majors von Endell. (Zustimmung links und im Centrum.) Nach dieser Erklärung muß man annehmen, daß Herr Endell etwas weiß, was die Ehre des Herrn v. Willich anzutasten geeignet ist. Wenn man aber eine Auffassung des traurigen Falles herbeiführen will, müssen alle Akten veröffentlicht werden. (Zustimmung links, Lebhaftes Aufse links: „Heraus damit!“) Dem Minister ist ein Vorwurf nicht zu machen. Ich meine, eine gute Ostmarkenpolitik würde es sein, wenn es möglich wäre, solche Diskussionen wie die heutige und die von vorgehen zu vermeiden. Die Deutschen mühten den Polen ein Beispiel in der Einigkeit geben. (Beifall im Centrum.)

**Abg. Dr. Krause (nall.):**

Herr v. Wangenheim hat heute hier dieselben Andeutungen erhoben, die Herr Endell in seiner Erklärung erwähnt hat. Wir wollen nichts sagen, was wir nicht beweisen können. Wissen Sie (nach rechts) etwas, was unserer Ansicht entgegensteht, sagen Sie es doch! (Lebhaftes Zustimmung links.) Ich muß bei der Behauptung verbleiben, daß Herrn Willich gegenüber der Wunsch ausgesprochen wurde, der Geburtstagsfeier fernzubleiben. Ich bin mit dem Freiherrn v. Wangenheim der Meinung, daß auf der Feier eine Demonstration nicht stattgefunden hätte. Wenn das aber der Fall war, was hatte dann die Zumutung, nicht zu erscheinen, für einen Zweck? (Sehr richtig! links.) Dann kann sie nur die Bedeutung haben, Herrn v. Willich herabzusetzen. (Sehr richtig! links.)

Ich weise es auf das entschiedenste zurück, als ob es sich hier um die Rücksichten auf irgend welche Partei handelt. Wir fragen nicht nach Parteirücksichten, sondern haben das Wohl des Ganzen im Auge. (Lachen rechts, Zustimmung links.) Ihre (nach rechts) Redner haben die politische Stellungnahme des Oberpräsidenten ganz umgangen. Dabei ist das gerade die Hauptsache. Mit der Mahnung des Freiherrn v. Redlich „seid einig“ können wir nicht weiter. Glauben Sie denn noch, daß eine Ueberbrückung mit dem Bunde der Landwirte möglich ist. (Minister Febr. v. Hammerstein ruft: Ja! Nun, dann hat der Minister des Innern eine bessere Meinung vom Bund der Landwirte als der Landwirtschafts-Minister. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Der Bund der Landwirte ist nicht überall der gleiche, das will ich zugeben. (Auf links: Heberall gleich!) Mit einer Richtung, die einen Endell an der Spitze hat, kann aber ein Vaterlandsfreund im nationalen deutschen Sinne kein Bündnis abschließen. (Großer Lärm rechts, Zustimmung links.) Da giebt es nur einen energischen Kampf. Deshalb muß an der Spitze einer solchen Provinz ein geschäftiger Oberpräsident stehen.

(Auf rechts: „Ja da!“) Daß Herr v. Bitter das nicht ist, hat bei dem Fall Endell selbst der Finanzminister zugegeben. Was alle Späßen von den Dächern pfliffen, darüber war der Oberpräsident nicht orientiert. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Person des jetzigen Oberpräsidenten ist uns ganz gleich. Wir wünschen nur, daß eine tüchtige Kraft Oberpräsident in Posen ist. (Lebhafter Beifall links.)

**Abg. Dr. Barth (fr. Bg.):**

Meine Freunde von beiden freisinnigen Parteien haben zwei Anträge gestellt auf Aenderung des Wahlreglements. Der erste Antrag auf Neu-Einteilung der Wahlkreise ist ein alter Bekannter. Die alte Wahlkreis-Einteilung stammt aus dem Jahre 1838. Seitdem hat die Bevölkerung um mehr als 60 Proz. zugenommen. (Hört! hört! links.) An den Wänden sehen wir die Bilder der Städte und die Vertreter der Städte werden im übrigen an die Wand gedrückt. (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Berlin bezahlt mehr Steuern, wie sämtliche Wahlkreise zusammen, die durch die 140 Konservativen hier vertreten sind. (Hört! hört! links.) Eine solche Einteilung kann doch nicht bis in alle Ewigkeit bestehen bleiben! Deswegen verlangen wir immer aufs neue wieder eine gerechtere Einteilung.

Unser zweiter Antrag verlangt die geheime Stimmabgabe auch für die Landtagswahlen. Da der Reichstanzler bestrebt ist, das Wahlgeheimnis besser zu sichern wie bisher, so wird der preussische Ministerpräsident doch so lothig sein, in Preußen wenigstens das einzuführen, was im Reich gesichert werden soll. (Sehr gut! links.) Die Konservativen sind für die öffentliche Stimmabgabe, angeblich um dem Wähler Gelegenheit zu geben, offen und frei zu bekennen, wen er wählt. (Heiterkeit links.) Wissen Sie (nach rechts) denn nicht, daß Hunderttausende eine politische Lage begeben, nur aus Furcht vor Entlassung? (Unruhe rechts.) Ein solches System muß durch und durch demoralisierend wirken. (Große Unruhe rechts.) Vom Standpunkte der politischen Moral aus bitte ich meinen Anträgen zuzustimmen. (Lebhafter Beifall links.)

**Minister Febr. v. Hammerstein:**

Der Antrag I des Herrn Barth klingt zwar sehr bestechend, würde aber das ganze System des preussischen Wahlgesetzes untergraben. Das preussische Wahlrecht ist eben nicht mit dem Reichstags-Wahlrecht auf eine Grundlage zu stellen. Das preussische Wahlrecht beruht auf dem Grundsatze, daß jeder Bürger offen und frei seine Meinung sagt. (Lachen links.) Selbst vom Standpunkte der Parteien aus ist es doch wünschenswert, zu wissen, wie der Wahlmann der Partei wählt. (Zustimmung rechts.)

Zu dem Antrag 2 kann ich erklären, daß thatsächlich die Vertheilung der Bevölkerung eine so starke ist, daß es notwendig sein wird, über kurz oder lang einzelne Wahlkreise anders abzugrenzen. (Hört! hört! links.) Eine Aenderung wird z. B. bei den großen Vororten Berlins, Schneberg, Charlottenburg, Kisdorf u. s. w. erfolgen müssen. Es ist aber wenig angebracht, eine solche Aenderung in der letzten Session vorzunehmen. Dann würde nur die Parteibegehrlichkeit und das einzelne Fraktionsinteresse zu sehr in den Vordergrund gehoben werden. (Unruhe links.) Der Abg. Dr. Barth hat es so dargestellt, als ob die großen Zahlen der einzige Beweggrund für die Vertheilung in diesem Hause waren. Das ist absolut unrichtig. Es ist nicht nur die Steuer, sondern es ist die historische Entwicklung eines jeden Landesteils. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn die wirtschaftliche Entwicklung eines Landesteils zurückgeht, so soll er deshalb nicht seines Abgeordneten beraubt werden, sondern er hat um so mehr das Recht, in diesem Hause vertreten zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb würde es nach meiner Auffassung ein sehr großer politischer Fehler sein, daß einigen Wahlkreisen, die an Steuer und Bevölkerung abnehmen, nimmere auch den Abgeordneten zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Dafür würde ich nicht zu haben sein. Ich halte es aber für möglich, daß in einer der nächsten Sessionen Ihnen ein Gesetz zur teilweisen Aenderung der Wahlkreiseinteilung vorgelegt wird. (Beifall.)

**Abg. Dr. Porsh (C.):**

Trotz der offenen Stimmabgabe ist das Centrum hier im Abgeordnetenhause fast in derselben Stärke vertreten wie im Reichstag bei der geheimen Wahl. Im Prinzip sind wir für geheime Abstimmung auch für die Landtagswahlen. Mit der geheimen Abstimmung mühte aber unser Erachtens dann auch die Hypothese eingeführt werden. Selbstverständlich kann die geheime Abstimmung nur für die erste Wahl gelten und das reicht auch vollständig aus. Die Abgeordneten müssen von den Wahlmännern öffentlich gewählt werden, denn jeder Wähler hat das Recht auf Kontrolle darüber, ob der Wahlmann sein Vertrauen gerechtfertigt hat. Daß Ungerechtigkeiten bei der jetzigen Wahlkreis-Einteilung vorhanden sind, ist zuzugeben. Aber für eine mechanische Neueinteilung nach der Kopfszahl kann ich mich nicht begeistern. Dem zweiten Teil des Antrages Barth können wir also nicht zustimmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Bremer (L.): Weder Verfassung noch das Gesetz schreiben eine Wahlkreis-Einteilung nach der Kopfszahl vor. In der vertheilten Verfassung stand noch die Bemerkung „nach der Kopfszahl“. In der jetzt geltenden wurde sie aber fortgelassen. Der Antrag Barth läuft darauf hinaus, den ländlichen Bezirken Abgeordnete zu nehmen und sie den städtischen Bezirken zu geben. Das ist aber keineswegs gerecht. Der Staat setzt sich nicht allein aus den Reichthümern zusammen, sondern auch aus dem Lande und das Land giebt den Reichthümern das liebe Brot. Allerdings ist der gegenwärtige Zeitpunkt sehr ungeeignet dafür. Wenn man überhaupt dem Gedanken der geheimen Abstimmung näher tritt, so könnte sie nur für die Urwahlen eingeführt werden. Systematisch wäre das aber nicht, die Wahlmänner geheim und die Abgeordneten öffentlich zu wählen. Auch für die öffentliche Wahl sind erhebliche stützliche Gesichtspunkte geltend zu machen. Der Antrag Barth ist ja bescheiden, aber wenn man Ihnen den kleinen Finger giebt, wollen Sie gleich die ganze Hand. Der Antrag soll nur eine Etappe zum allgemeinen direkten Wahlrecht sein, und das Lehnen wir für Preußen ab. (Beifall rechts.)

Hierauf wird einem Vertagungsvorschlag des Präsidenten zugestimmt.

**Persönlich bemerkt**

**Abg. Freisier v. Wangenheim (L.):**

Herr Krause hat bezweifelt, ob meine Informationen über das ehrengerichtliche Urteil im Falle Endell richtig seien. Ich pflege mich immer genau zu informieren und namentlich thue ich das in Ehrensachen. Daß Herr Krause mich als Politiker angegriffen hat, schmerzt mich nicht. Er hat ja schon höhere Politiker wie mich angegriffen. Ich möchte noch bemerken, daß ich in keiner Weise für oder gegen den Oberpräsidenten Bitter Partei genommen habe. Heute ist mir nur klar geworden, wie ein Oberpräsident von Posen nicht aussehen soll. (Heiterkeit.)

Abg. Krause (persönlich): Herr v. Wangenheim hat eine dunkle Andeutung gemacht, daß ich größere Politiker, wie ihn, angegriffen haben soll. Ich weiß, worauf er hinaus will, es handelt sich um eine angebliche Aeußerung, die ich gegen den Fürsten Bismard geschrieben habe. Dadurch, daß Herr v. Wangenheim auf diese angebliche Aeußerung Bezug nimmt, hat er seine eignen Worte über seine zuverlässigen Informationen Lügen gestraft. (Sehr gut! links.) Ich erkläre hier, daß ich die mir in der Presse zugeschobene Aeußerung über den Fürsten Bismard nie gethan habe.

Die weitere Beratung wird hierauf auf Freitag, 11 Uhr, vertagt. Vorher steht die erste und zweite Beratung über die Vorlage betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Münster auf der Tagesordnung.

Schluß 1/2 Uhr.

# Lokales.

Die Beschäftigung unserer Druckerei-Lokalitäten kann nur nach vorheriger Anmeldung und nur an Sonntagen vormittags von 9-12 Uhr stattfinden.

Die Gesuche einzelner Werkstätten und von Privatpersonen können vorläufig überhaupt nicht berücksichtigt werden, da in erster Linie die Wünsche der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erfüllt werden müssen.

Gesuche für die Beschäftigung der Rotationsmaschinen im Betriebe an Sonnabenden können für die Monate Februar und März infolge der zahlreichen Vormerkmale nicht mehr erfüllt werden.

Die Besucher sind gebeten, Sonntagvormittags sich im Wartezimmer der juristischen Sprechstunde, zweiter Hof parterre, einzufinden, von wo aus die gruppenweise Beschäftigung ausgeht.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.

## Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung gab die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung wieder eine Probe des Eifers, mit dem sie Socialdemokraten von den städtischen Verwaltungs-Deputationen möglichst fernzuhalten sucht. Für die Wahl eines Bürgerdeputierten der Armendirection war von freisinniger Seite ein Herr Falz, von socialdemokratischer Seite Leo Kronz vorgeschlagen worden. Auch der Ausschuss für unbesoldete Gemeindebeamte hatte daraufhin einstimmig die Wahl von Kronz empfohlen. Das Wahlergebnis lautete: 53 Stimmen für Falz, 33 Stimmen für Kronz. „Das ist bezeichnend“ erscholl es aus den Reihen unserer Genossen.

Die Erledigung der Tagesordnung ging Anfangs ziemlich rasch von statten. Erst der Vorentwurf für das Volksbad auf dem Wedding nötigte zu längerem Verweilen. Ein Teil der Versammlung, für den die Stadtv. Khlmann und Wallach sprachen, fand die Geschichte zu teuer. Besonders Herr Wallach eiferte gegen den steigenden Luxus, der mit den Volksbädern entwickelt werde. Von socialdemokratischer Seite wurden diese Bemängelungen durch Genossen Vorgmann nachdrücklich zurückgewiesen. Der Entwurf wurde nach längerer Debatte einem Ausschuss übergeben.

An der Verurteilung der Rüggeberge durch eine „Bismarck-Partei“ will der Berliner Magistrat sich mit einem Beitrage von 3000 M. beteiligen, aber die Stadtverordneten-Versammlung hat ihm einen dicken Strich durch seine Rechnung gemacht, indem sie diese Summe ohne jede Debatte ablehnte. Bei einer Minderheit rief das eine große Heberatschung und heftigen Widerspruch hervor. Stadtverordneter Esmann verlangte sogar, daß noch einmal abgestimmt werde, da des Vorsitzers Aufforderung zur Abstimmung nicht überall verstanden worden sei. In der sich hieran knüpfenden Geschäftsordnungsdebatte bemerkte Genosse Singer mit gelungenem Spott, daß es den Bismarck-Schwärmern nun vermehrt sei, ihren verehrungswollen Gefühlen Luft zu machen, aber es müsse bei dem rechtmäßig gefassten Beschlusse sein Bewenden haben. Es blieb denn auch dabei, obwohl schließlich noch Herr Regel, der Bürgerpartei, das ganze Gewicht seiner Person dafür einsetzte, daß entweder noch einmal abgestimmt werde, oder der Magistrat die Vorlage wiederhole. Man lachte ihn aus und ging zur Tagesordnung über, deren Rest dann rasch abgethan wurde.

## Wer ein Waisenkind in Pflege zu nehmen wünscht,

der kann, wenn er seine Meldung bei der Waisenverwaltung anbringt, unter Umständen eine große Ueberraschung haben. Die Waisenverwaltung zieht über diejenigen Personen, die ein Kind zu sich nehmen wollen, vorher Erkundigungen ein. Das ist notwendig und kann daher nur gebilligt werden. Die Grundfrage aber, nach denen schließlich die Auswahl der Pfleger getroffen wird, sind derart, daß schon mancher, dadurch recht enttäuscht worden ist. So manches Ehepaar, das durchaus geeignet zur Pflege und Erziehung eines Waisenkinds zu sein glaubt und sich der selbstgestellten Aufgabe mit aller Liebe und Hingebung zu widmen gedenkt, muß aus dem ablehnenden Bescheid der Waisenverwaltung erfahren, daß es im Gegentheil durchaus ungeeignet und unwürdig ist, eines dieser Kinder zugewiesen zu erhalten.

Die Ungeeignetheit und Unwürdigkeit pflegt in solchen Fällen lediglich darin zu bestehen, daß das Ehepaar in einer Mietschele lebt, oder daß der Mann sich zur Socialdemokratie bekennt, am Ende sogar auch die Frau usw. Ueber eine Ablehnung aus Gründen dieser Art, die kürzlich wieder vorgekommen ist, geht uns eine Beschwerde zu. Ein in einem Vorort Berlins wohnendes Ehepaar, das das eigne Kind durch den Tod verloren hatte, hat die Berliner Waisenverwaltung um ein Pflegekind. Die Bitte wurde abgelehnt. Der Waisenvater hatte die Auskunft gegeben, der Mann sei Socialdemokrat und sei aus der Landeskirche ausgeschieden, die Pflegeeltern könne daher nicht empfohlen werden. Gestügt hatte er sich dabei auf eine Auskunft der Polizei. Gegenüber dem Umstand, daß der Antragsteller socialdemokratisch und konfessionslos war, war es für den Waisenvater nicht ins Gewicht gefallen, daß nach der gleichzeitigen Angabe der Polizei „Nachteiliges über die Führung der Eheleute nicht bekannt“ geworden ist.

Das Ehepaar ist entrüstet über die Zurückweisung, aber es wird sich damit abfinden müssen. Nach den Grundfragen, die für die öffentliche Waisensorge nun einmal noch gültig sind, konnte der Bescheid gar nicht anders ausfallen, und der Waisenvater hat völlig korrekt gehandelt. Die über die Auswahl der Pflege-Eltern erstattete Instruktion für die Waisenväter ließ etwas andres nicht zu. So lange noch nach den Landesgesetzen eine „religiöse Erziehung“ als unentbehrlich für die Waisenkinder erachtet und unter den Pflichten der Pflege-Eltern ausdrücklich aufgeführt wird, darf folgerichtig ein aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgeschiedener Mann nicht Pfleger sein. Und wie denken: er wird es auch gar nicht sein wollen, wenn er erfährt, was ihm zugemutet und zur Pflicht gemacht werden soll. Zwar kann ein nach seiner kirchlichen Bestimmungstätigkeit einwandfreier Mann nebenbei ein Hallunke sein — doch die „religiöse Erziehung“ geht eben über alles.

Ob auch die Zugehörigkeit zur Socialdemokratie offiziell unter die Gründe eingerechnet ist, die eine Ablehnung „rechtfertigen“, das ist uns nicht bekannt. Eine schriftliche Bestimmung darüber existiert unseres Wissens nicht. Aber den Bestimmungen des ungeschriebenen Teiles der Instruktion für die Waisenverwaltung und ihre Waisenväter dürfte auch das entsprechen.

Einen Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter hat der Magistrat durch folgende Verfügung eingerichtet:

Wir haben beschlossen, für die Befehung von offenen Arbeitsstellen in den städtischen Betrieben verfahrensweise eine Vermittlungs- und Ausgleichsstelle einzurichten. Zu diesem Zwecke ist mit dem Vorstand des Centralvereins für Arbeitsnachweis folgendes Verfahren vereinbart: Die aus städtischen Betrieben entlassenen Arbeiter melden sich unverzüglich unter Vorzeigung eines Entlassungsbeweiens im Bureau des Centralvereins; auf Grund dieses Scheines werden sie unentgeltlich in eine besondere Abteilung für städtische Arbeiter in der beim Centralverein üblichen Form eingeführt und erhalten eine besondere Raumabteilung im Wartesaal zugewiesen. Die vakanten Stellen in städtischen Betrieben werden unverzüglich durch Telefon dem Centralverein gemeldet und zunächst den städtischen Arbeitern angeboten und erst in weiterer Folge — falls niemand auf die Stelle respektiert oder keine für die betreffende Stelle geeignete Arbeiter vorhanden sind — den übrigen im Centralverein eingeschriebenen Arbeitern.

Das Verfahren bei der Ueberweisung von Arbeitern regelt sich wie folgt:

Es werden den städtischen Betriebsstellen nach Anmeldung einer Bilanz mehrere Arbeiter zur Auswahl zugesandt und, falls die gesandten Arbeiter nicht konvenieren, was sofort telephonisch gemeldet wird, weitere Arbeiter gesandt. Die Uebervermittlung erfolgt kostenlos. Voraussetzung dieser Regelung der Arbeitsvermittlung ist, daß die Verwaltungen die frei werdenden Stellen dem Arbeitsnachweis melden und daß den Arbeitern durch Anschläge und in sonstiger geeigneter Weise bekannt gegeben wird, daß freie Stellen ausschließlich durch den Centralverein für Arbeitsnachweis besetzt werden und alle Meldungen an diesen zu richten sind.

Die sämtlichen Verwaltungen ersuchen wir ergebenst, vom 15. Februar d. J. ab in der oben bezeichneten Weise vorkommende Arbeiterbilanzen zu besenden. Anlangend die an die Arbeiter zu stellenden Anforderungen und die Bedingungen des Arbeitsvertrages verweisen wir auf die von dort mit dem Centralverein direkt getroffenen Abmachungen. Soweit solche Vereinbarungen noch nicht vorliegen, ersuchen wir, unerbittlich solche in die Wege zu leiten.

An sämtliche Verwaltungen städtischer Betriebe, in welchen Arbeiter beschäftigt werden.

Die städtischen Arbeiter erkennen die Vorteile dieser Einrichtung schon deshalb gern an, weil sie nun nicht mehr von der Gnade der unteren Aufsichtsorgane abhängen. Diese hatten es bisher bei Einstellungen in der Hand, Leute vorzuziehen, die ihnen zu Willen waren.

Von dem Kampfe gegen den Straßenhandel. Eine seltsame Petition haben Bahnbeamte in Kummelsburg an die dortige Ortspolizei abgehandelt. Sie verlangen in der Zukunft nämlich, daß das Auslaufen und Ausklingeln von Waren in den Straßen verboten werde. Sie hätten oft Nachdienst und die wenigen Stunden Ruhe, die ihnen am Tage gönnt seien, möchten sie sich nicht durch den Lärm der Ausrufer rauben lassen. Jetzt müssen sie dank der Straßenhändler und Vollen-Jungen ihren schweren und verantwortungsvollen Dienst oft antreten, ohne die nötige Ruhe gefunden zu haben.

Wenn die Eisenbahn-Beamten Dienstbeschwerden hatten, so ist am energischsten und unerschrockensten stets die Socialdemokratie für deren Abstellung eingetreten. Auch heute wollen wir es durchaus als Thatfache gelten lassen, daß die paar Stunden der Ruhe, die die Eisenbahner nach durchwachter Nacht haben, ihnen zuweilen unangenehm gestört werden, und wir hätten Verständnis dafür gehabt, wenn die Beamten sich daher an die Eisenbahn-Verwaltung gewandt hätten, um im Interesse der Dienstfähigkeit um Verlängerung der Ruhezeit einzukommen.

Aber die Straßenhändler läßen zu lassen, was die Sparsamkeitmethode der Eisenbahn-Verwaltung genügt hat, das erinnert stark an die Praktiken gewisser Staatsretter, die die Socialdemokratie am liebsten auch für die Kartoffelkäufe verantwortlich machen möchten.

Die Eisenbahnbeamten, welche die wunderliche Petition unterschrieben haben, sind, wie wir uns nicht anders denken können, das Opfer eifriger Hauswirte und Mittelstandstretter geworden, denen durch die Eigennützigkeit der Feindschaft gegen den Straßenhandel eintrübt. Sollten die in ihrer Tagesruhe gestörten Petenten konsequent sein, so müßten sie die Ortspolizei gegen das Schreien der Sänglinge wie gegen das Stampfen der Maschinen nicht minder mobil machen wie gegen die Milchjungenklingel.

Die rote Schleife. Am Dienstag gaben Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes ihrem verstorbenen Kollegen H. das letzte Geleit nach dem Auserlesenen-Friedhofe in Weichensee. Wie üblich, beabsichtigten sie einen Kranz mit roter Schleife an dem Grabe niederzulegen. Der Friedhofs-Inspektor verlangte jedoch die Abnahme der Schleife, und als die Kollegen hiergegen Einspruch erhoben, verweigerte er ihnen sogar den Friedhof. Diefem Anfinnen fügten sie sich natürlich nicht. Um des lieben Friedens willen aber nahmen sie die Schleife ab und trugen dieselbe hinter dem Kranze, so daß sie von diesem verdeckt war. Nach der Grabrede des Pfarrers kam der Friedhofs-Inspektor abermals auf den Kranzträger zu und verlangte die endgültige Entfernung der Schleife. Dieser entgegnete ihm hierauf, er möge doch nicht die Anbacht stören. Nunmehr ging der eifrige Herr an den Pastor heran und fragte diesen, ob er denn die Niederlegung der verpönten roten Schleife wirklich gestatten wolle. Zum Erstaunen des Inspektors lautete die Antwort des toleranten Pfarrers bejahend. Den Kranz in der einen, die Schleife in der anderen Hand konnte alsdann der Verbandsdelegierte die Widmungsworte sprechen und so der herkömmlichen Kollegenpflicht genügen. Vielleicht kommt jetzt auch dem Friedhofs-Inspektor die Einsicht, daß weder die Grabstätte des Verstorbenen noch der Friedhof durch rote Trauerembleme entweicht werden kann.

Für den Standesamts-Bezirk X („Rosenthaler Vorstadt“), der bereits seit Mitte der achtziger Jahre in zwei Teile XA und XB („Rosenthaler Vorstadt südlich“ und „Rosenthaler Vorstadt nördlich“) zerlegt ist, wird jetzt eine weitere Teilung beabsichtigt. Von dem Bezirk XB soll im Jahre 1904 ein besonderer Bezirk XC abgezweigt werden. Die Bevölkerung von XB hat sich in den letzten Jahren infolge fortwährender Bebauung des nördlichen Teiles der Rosenthaler Vorstadt stark vermehrt. Obwohl am 1. Januar 1898 von dem Standesamts-Bezirk XB sechs Stadtbezirke abgetrennt und zu XA geschlagen worden waren, wurden bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 in dem verkleinerten Bezirk XB doch schon wieder rund 138 000 Einwohner vorgefunden.

Berlin und die ärztliche Wissenschaft. Unter dieser Epithete berichteten wir kürzlich an der Hand eines der „Medizinischen Reform“ entnommenen Artikels über Vorgänge anlässlich der Anstellung eines Assistenzarztes für das mit dem städtischen Obdach verbundene Krankenhaus in der Fröbelstraße. Hierzu wird uns berichtend mitgeteilt, daß sich diese Vorgänge auf das städtische Siechenhaus beziehen.

Beim Neubau der Grünstraßen-Brücke soll darauf Rücksicht genommen werden, daß der durch die Grünstraße und die Neue Grünstraße gebildete Strohzug später vielleicht einmal verbreitert werden muß. Ramentlich die Neue Grünstraße hat eine nur geringe Breite. Kurz vor der Brücke beträgt die Entfernung zwischen den beiden Baufluchtlinien der Straße knapp 12 Meter. Trotzdem ist für die neue Brücke eine Breite von 10 Meter geplant, wovon 11 Meter auf den Fahrdamm und je 4 Meter auf die beiden Bürgersteige kommen sollen.

Zum Brande in der Nischelstraße. Die Zahl der bei dem verheerenden Feuer mehr oder weniger verletzten Personen ist nunmehr auf 28 festgesetzt. Unter diesen befindet sich auch der Eigentümer der zweiten Celluloidfabrik, Herr Schwarz, welcher erhebliche Brandwunden im Gesicht erlitten hat. Die Mehrzahl der Verletzten sind Arbeiterinnen der Celluloidfabrik von Priester u. Co., sowie an Rauchergiftung erkrankte Feuerwehrlente. Die Wiederherstellung der Verletzten dürfte eine Zeit bis zu 4 Wochen in Anspruch nehmen.

Der Seitenflügel des Wohnhauses ist, obwohl er räumlich von den Fabrikgebäuden etwa 5 Meter entfernt liegt, derartig von dem Brande in Mitleidenschaft gezogen worden, da dasselbe von den Mietern geräumt werden mußte. Dieselben haben provisorisch im Vorderbau eine Unterkunft gefunden. Die Höhe des Brandschadens ist bisher noch nicht festgesetzt. Der Schaden ist für die in dem Fabrikgebäude beschäftigt gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen umso empfindlicher, als die meisten von ihnen auch ihre Straßen-garderobe verloren haben.

Es darf wohl als selbstverständlich gelten, daß die Unternehmern den armen Arbeiterinnen in anständiger Form den Schaden ersetzen, den sie bei dem Brande erlitten haben.

Eine große Verkehrshinderung entstand gestern nachmittag in der Stralauerstraße dadurch, daß ein schwer beladener Möbelwagen vor dem Hause Stralauerstraße 10 umfiel und auf die Straßenbahnschienen zu liegen kam. Es dauerte eine ganz geraume Zeit, bis das Hindernis beseitigt werden konnte.

Unter der göttlichen Weltordnung. Ein ergreifendes Bild bot sich am Mittwochmorgen den Polizeibeamten, die nach dem Hause

Lebanstr. 69 zu einer Leiche gerufen wurden. Dort wohnte mit seinen fünf Kindern im Alter von acht Monaten bis zu neun Jahren der 38 Jahre alte Tischler Hermann Fiedler. Die Mutter der Kinder ist seit etwa sechs Wochen geistesgestört und wird in einer Anstalt behandelt. F. arbeitete in der Velle-Münchenerstraße, konnte aber nicht so viel schaffen, um außer dem Lebensunterhalt noch die Krankenkosten für die Frau zu bestreiten. Unter dem Druck dieser Verhältnisse erhängte er sich an der Thür seines Zimmers, wo ihn der Väterjunge mit den Kindern als Leiche fand. Den herbeigekommenen Nachbarn und Polizeibeamten kamen die hungerigen kleinen entgegen, für deren Speisung sofort durch eine altsittige Sammlung gesorgt wurde. Bald darauf fanden die Kinder im Waisenhaus Aufnahme.

Glücksfälle. Im Männer-Vol des Hilfsvereins für Obdachlose nächtigte während des Monats Januar 21 505 Personen, im Frauen-Vol 6668 Personen. Arbeitsnachweis erbittet der Verein für Männer, Wiesenstr. 55/59, für Frauen, Jülicherstr. 5.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche gesehen haben, wie am Montag, den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr, ein Radfahrer in der Seidelstraße vor dem Hause Nr. 29 von einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Nr. 9 Seideler Bahnhof—Moabit überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse umgehend an Johannes Lehmann, O. Gubenerstr. 25 III, einzufinden.

Straßensperrung. Der Uebergang der Schwedenstraße zwischen der Kolonnenstraße und der Schwedenstr. 19 sowie zwischen Czergierstraße 1 und 27 wird behufs Ausführung von Sanitätsarbeiten am 5. bezw. 6. d. Mts. für Fußgänger und Reiter gesperrt.

Im Apollo-Theater wird zur Zeit ein prächtiges Schauspiel gegeben. In der einaktigen Fierce „Die Wundergrotte“ werden mit ganz besonderen Mitteln außerordentliche Wirkungen erzielt. In künstlerischer Prosa formen sich eine Reihe wunderbarer Landschaftsbilder: Die Fauer der Eöregionen, die Blaue Grotte auf Capri, das schottische Hochgebirge, Schweizerlandscapen, das Reich der Sterne, der Rosen und endlich der Meeresgrund werden auf die Bühne gebracht. Aus gewaltigen Wassermassen bilden sich zum Schluß fünf hohe, in allen Farben schillernde Fontänen. — Der bekannte Humorist Robert Seidl bringt einige neue Schläger, so das Couplet „Auf dem Hängeboden“ und „Weiber von Berlin“ drollig an den Mann. Vorzüglich sind ferner das Indobona-Quartett sowie die komischen Reklamier-Cobby und Schirler. Der Abend wird eingeleitet mit der Lindeischen Operette „Frau Luna“, die trotz eifriger Streichungen immer noch wirksam bleibt.

Ein Löwe-Abend wird Sonntagnachmittag von 5-7 Uhr in der Aula des Luisen-Gymnasiums, Turmstraße 87, unter Leitung von Frau Schulz-Bauer abgehalten. Der Eintrittspreis ist 50 Pf.

Feuerbericht. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Behr nach der Alexandrinenstr. 18 gerufen, wo gegen Mitternacht in einer Wohnung Betteln, Möbel und Kleidungsstücke in Flammen standen. Die Gefahr konnte indes bald beseitigt werden. In der Stallgasse 32 mußte vorher in einem Keller ein Brand abgelöscht werden, der in der Hauptache alles Gerümpel und Verwackungsmaterial einschloß. Wäschebüchse und Gardinen hatten in der Kellergasse 20 in einer Wohnung Feuer gefangen. Nach der Birnwaldstraße 63 wurde die Behr gerufen, weil hier auf einem Lagerplatz Breiter, Brennholz zc. in Brand geraten waren, dessen Abloschung aber nur kurze Zeit in Anspruch nahm. In der von der Heubühlstraße 2 hatte die dritte Compagnie ein Feuer zu beseitigen, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Alarmierungen, die an diesem in den letzten 24 Stunden nach der Königgräferstr. 69, dem Plan-Wer 88 und noch nach verschiednen andern Orten erfolgten, waren auf ganz unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

## Aus den Nachbarorten.

Aus dem „Potsdamer Intelligenzblatt“. Gehört der Fall auch eigentlich in den „Simplicissimus“, so wird er doch auch an dieser Stelle mit der ihm zukommenden Heiterkeit aufgenommen werden. Im „Potsdamer Intelligenzblatt“ vom 4. Februar steht folgende Berichtigung:

Potsdam, d. 4. II. 08.  
Alte Krusenstr. 47b.

Sehr geehrter Herr!

In dem gestrigen (Dienstag-) Bericht über die Kaisergeburtstagsfeier des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins der Friedensgemeinde wird gesagt, die Festrede habe „Lehrer“ Dr. Kausche gehalten. Diese Angabe ist unrichtig. Ich ersuche Sie daher, in Ihrer nächsten Nummer eine dahingehende Berichtigung aufzunehmen, daß die betreffende Rede von Herrn Dr. Kausche, Oberlehrer a. d. hiesigen Realschule gehalten worden ist. Der Titel Lehrer kommt mir nicht zu.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener

Oberlehrer Dr. Kausche, Lieutenant d. R.

Dieser Lieutenant d. R. und Oberlehrer wäre der preussischen Regierung als Germanisator für Posen dringend ans Herz zu legen. Denn bei seinem für den Jugendunterricht etwas zu feinem Disfunktionsvermögen hat er Recht darin, daß ihm das Prädikat Lehrer wirklich nicht zukommt.

275 Meldungen um eine Stelle. Die Ueberfüllung, wie sie jetzt in den technischen Berufen herrscht, zeigt ein Ausschreiben des Charlottenburger Magistrats. Durch die Ueberfüllung des Betriebsdirektors Meyer nach Dortmund ist die Stelle eines solchen bei den städtischen Gasanstalten in Charlottenburg frei geworden. Gleichzeitig wurde die Stelle eines Verwaltungsleiters für den Verwaltungsdirektor Müller ausgeschrieben, der in den Ruhestand tritt, und als dritte die Stelle eines Betriebs-Assistenten, für den ebenfalls technische Vorbildung erforderlich wird. Auf die Ausschreibung sind nun für die Stelle des Betriebsdirektors nicht weniger als 55 Bewerbungen eingegangen. Für die Stellung des Verwaltungsleiters haben sich sogar 75 Bewerber gemeldet, während für die mit etwa 2400 M. dotierte Stelle eines Betriebs-Assistenten nicht weniger als 275 Meldungen eingingen.

## Vermischtes.

Das Ueber-Mikroskop. In dem neuesten Heft der „Annalen der Physik“ findet sich eine Arbeit, die ein gewisses Aufsehen zu erregen berechtigt ist, obgleich sie in ihrer Ausführung und Begründung sich lediglich an den Physiker und Mathematiker wendet. Helmholtz hatte es seiner Zeit unternommen, die Grenze der Leistungsfähigkeit eines Mikroskops zu untersuchen, und das Ergebnis war derart, daß es der Wissenschaft die Hoffnung nahm, jemals das Mikroskop über einen bestimmten Grad der Vergrößerung (etwa ein Zehntausendstel Millimeter) hinaus weiter zu vervollkommen. Wenn man bis dahin erwartet hatte, vielleicht auch einmal die theoretischen Moleküle eines Stoffes unmittelbar mit dem Auge zu beobachten, so schien diese Aussicht nach den Rechnungen von Helmholtz geschwunden zu sein. Selbstverständlich war die Nichtigkeit der Helmholtz'schen Ausführungen über jeden Zweifel erhaben; aber jetzt haben die Physiker Siebert und Sigmond einen Umweg gefunden, der die Nichtigkeit des menschlichen Auges, in die Welt des Kleinsten einzudringen, noch wesentlich erhöhen dürfte. Sie gehen dabei von einer Anwendung der sogenannten Goldrubingläser aus, in denen metallisches Gold in außerordentlich feinen Teilchen die schöne rote Färbung abgibt. Die Auflösung des Goldes in diesen Gläsern ist eine so weitgehende, daß die einzelnen Teilchen wahrnehmlich nicht mehr erheblich größer sind, als die Moleküle, deren Größe man theoretisch zu berechnen vermag. Es ist nun jenen beiden Forschern in Zena gelungen, durch eine besondere Umgestaltung des Mikroskops, die sich namentlich auf die Beleuchtung des zu untersuchenden Objekts bezieht, jene feinsten Goldteilchen in den Rubingläsern noch sichtbar zu machen. Sie halten es zwar auch jetzt noch für unmöglich, mittels des neuen Verfahrens die Moleküle selbst zu sehen, jedoch dürfte es für eine einzelne Gruppe von Molekülen bereits möglich sein, was für die Forschung auch schon von großem Wert sein kann. Die Grenze dieses neuen Verfahrens ultramikroskopischer Untersuchung dürfte erst bei 1-7 Millionstel Millimeter liegen.

# Achtung! Parteigenossen. Achtung!

Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr:

## 6 Partei-Versammlungen

- I. Wahlkreis: Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
- II. Wahlkreis: Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
- III. Wahlkreis: Suggenhagen, Moritzplatz.
- IV. Wahlkreis: Sanssouci, Kottbusserstr. 1a.
- V. Wahlkreis: (Generalversammlung d. Wahlvereins), Schweizergarten, Am Königsthor.
- VI. Wahlkreis: (Generalversammlung d. Wahlvereins), Eiskeller, Chausseestr. 88.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen.
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Kandidaten.

Referenten sind die Genossen: Dr. Leo Kronz, Richard Fischer, Wolfgang Heine, Paul Singer, Emil Rosenow, Georg Ledebour.

Zahlreichen Besuch erwarten

## Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
H. 39, Willdenow-Strasse 30. — Fernsprecher: Amt II, Nr. 2543.

Montag, den 9. Februar 1903, abends 8 Uhr, in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35.

Ausserordentliche

## Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats. 2. Aufstellung von zwei Geschäftsführern und Wahl von drei Vorstandsmitgliedern. 3. Anschluss an den Unterband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg. 4. Genehmigung der Sparfassenordnung. 5. Stellungnahme zur Umfahleuer. 6. Entwürfe nach § 13 des Statuts: a) Antrag Dohnow, Ritter und Plesche: Am § 27 des Statuts letzte Zeile: „Die Lagerhalter haben eine Haftung zu stellen“ zu streichen. b) Antrag Zimmermann und Genossen: In der Wegend der Hindstraße sobald als möglich eine Verkaufsstelle zu eröffnen. Mitgliedsbuch legitimiert; Mitglieder, welche noch nicht in dem Besitz eines Mitgliedsbuches sind, legitimieren sich durch die Postkarte vom Amtsgericht.

Für den Aufsichtsrat: C. Mücke. Der Vorstand: Grashold, Tutzauer, H. Rietz. Die Sparordnung liegt in allen Verkaufsstellen aus.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
Sitzung der Ortsverwaltung.

## Achtung! Jalouise-Arbeiter. Achtung!

Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Ledebur, Kommandantenstr. 65:

Kombinierte Sitzung sämtlicher Vertrauensleute und Kommissionsmitglieder.

Sonntag, den 8. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Schmidt, Brunnenstr. 150:

## Branchen-Versammlung der Drechsler mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Kiehl über: „Friedrich Schiller“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammeln. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und besonders der Frauen ist notwendig.

## Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.

Sonabend, den 7. Februar, im neuerbauten Saale der Brauerei Königstadt (am Schönhauser Thor):

## Gr. Wiener Masken-Ball.

Anfang: 9 Uhr. Demaskierung: 12 Uhr. Während der Kaffeepause Recitationen (Vorträge) des Hrn. Hedeler von hoch- und plattdeutschen Dichtern. Alle Kollegen, Freunde und Gönner sind hiermit bestens eingeladen. Billets à 50 Pf. sind auf den Ballstellen des Bezirkes und beim Komitee zu haben. S. H.: Schöffuss, Kottbusserstr. 46.

## Achtung! Einseher. Achtung!

Sonntag, den 8. Februar, vorm. 10 Uhr, finden in sämtlichen Bezirken die Bezirks-Sitzungen.

Montag, abends 7 1/2 Uhr: Kommissions-Sitzung.

## Freie Vereinigung d. Bau-Arbeiter

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Adnigstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72 (unterer Saal):

## Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Wahl des Kassiers und der Revisoren. 3. Wahl eines Ausschusses zur Kontrolle des Geschäftsführers. 4. Beschäftigung über unser diesjähriges Stiftungsfest. 5. Bericht über die Verhandlungen mit dem Verband der Baugesellen und unter Stellungnahme dazu. 6. Kollegen! Da in dieser Versammlung Beschlüsse gefasst werden sollen, die für uns alle von weittragender Bedeutung sind, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wild in Berlin. Informativ verantwortlich: Th. Gloske in Berlin. Druck u. Verlag: Verlags- und Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin u. Umgegend

(Eingeschriebene Hilfskasse No. 118.)  
Bureau: Hirtenstrasse 20. Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.  
Sonntag, den 8. Februar, vormittags Punkt 10 Uhr, im Saale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Festsetzung der Entschädigung des 1. Kassiers. 4. Ergänzungswahl des Vorstandes (2. Vorsitzender, 1. Kassierer, 2. Revisor und 4. Ersatzmänner). 5. Wahl des Ausschusses und 4. Ersatzmänner. 6. Innere Kassenangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Mitgliedsbuch legitimiert.

## Möbel-Fabrik „Stern“

(E. G. m. b. H.)  
Sonntag, den 22. Februar 1903, vormittags 9 Uhr:

## Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Geschäftsjahr 1902. 2. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 3. Verschiedenes. Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme für die Genossen im Geschäftslokal Marktstr. 18 aus. 20006

Der Vorstand, Felzer, Kornetzky.

Große Betten 12 M. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigtem neuen Federbett bei Gustav Lutzki, Berlin S., Brunnenstr. 46. Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungs-schreiben.

## Tischlerverein zu Berlin.

Sonabend, den 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:  
Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Schriftführers Herrn Schütte. Diskussion. Erledigung eines Unterstützungsgesuchs und sonstige Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. NB. Zu der „Urania-Vorstellung“ am Sonntag, den 15. Februar sind noch Billets à 10, 60 und 70 Pf. (Garderobe frei) zu haben. [198/4] Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 853.

Am Sonntag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Fischer, Waldstraße 8:  
Konferenz der Vertrauensleute von Moabit.

Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Verband der Bau-Anschläger Deutschlands.

Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr:  
Versammlung der Ortsverwaltung Berlin in Wendt's Klubhaus, Königsgraben 14a, und

## der Ortsverwaltung Riedorf

Rosenstrasse 24 bei Prell. Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Aufnahmen neuer Mitglieder finden statt (außer in den Versammlungen) in den Lokalen: Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 50 bei Dagen (Fernspr. Nr. 470); Berlin: Hülkenstr. 75 bei Hartmann (Amt 3, 2058); Riedorf: Rosenstr. 24 bei Prell (Fernspr. 312); Schöneberg: Tempelhoferstr. 17 bei Köhlig.

Die Vorstände.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin. Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30. Fernspr.: Amt VII Nr. 1999.

## Branchen-Versammlungen.

Geschirr-Branche, Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Englischer Hof, Neue Kohstr. 3.  
Creibriemen-Branche, Dienstag, 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

## Achtung! Taschen-, Koffer-, Galanterie- und Gürtel-Branche.

Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7 und 10:  
Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung.

Militär-Branche, Sonntag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Finoleumleger u. Teppichnäher, Montag, 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.

Wagen-Branche, Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Augustin, Lindenstr. 69.

Eisenmöbel-Branche, Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.

Sektion Charlottenburg, Dienstag, den 10. Feb., abends 8 1/2 Uhr, bei E. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Die Ortsverwaltung.

## Sonabend, den 21. Februar 1903: Grosser Wiener Maskenball

bei doppelt belegtem Dreifelder in den Gesamtäumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15. — Während der Kaffeepause humoristische Vorträge. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Ende 7 1/2. Billets sind in den Versammlungen, im Bureau sowie bei den bekannten Kollegen zu haben. Um zahlreiches Betheiligung ersucht. Das Vergnügungskomitee. S. H.: W. Tuschko, Grünauerstr. 10, IV.

Zu ca. 8 Tagen erscheint im Verlage von G. Birk & Co., München, Hiltelbacherplatz 2:

## Der Fall Krupp.

Sein Verlauf und seine Folgen. Eine Thatsachen-Sammlung von \*.

Preis 50 Pf. Bestellungen auf diese sensationelle, auf Thatsachen beruhende Darstellung werden schon jetzt entgegengenommen. 4292\*

## Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

## Carl Schneider, 171, Oranienstrasse 171.

empfiehlt sein Weiß- u. Bayrisch-Bier, Pilsener und Vereinszimmer mit Piano (bis 50 Personen fassend). 4672\*

## Masken- und Theater-Garderobe.

Grosse Auswahl historischer Kostüme. Vereinen Preisermässigung. E. Elzel-Beck, Neanderstr. 31, Amt VIIa 7700.

## Charlottenburg. M. Scherberg 1889.

Wilmersdorfer Str. 127. Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel. Chirurgie werden schmerzlos getrieben.

## M. Mörschel.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin I. Sonntag, 8. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Graumanns Festsaal, Raimonstr. 27:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der bevorstehende Verbandstag und seine Bedeutung. 2. Wahl der Delegierten zu demselben. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

## Verein der Bauanschläger

Berlins und Umgegend. Am Sonntag, den 8. Februar, im Gewerkschaftshaus, Saal I:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder. Beiträge werden nur von 9—10 1/2 Uhr angenommen.

Der Vorstand. S. H.: H. Leuenberg.

## Central-Krankenkasse der Maurer etc.

„Grundstein zur Einigkeit“. Sonntag, den 8. Februar, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

## Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht vom 4. Quartal 1902. 2. Wahl des 1. Bevollmächtigten, 2. Kassiers, 1. Geschäftsführers und 1. Revisors. 3. Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

## Orts-Krankenkasse der Maler.

Die Neuwahlen der Delegierten vom 10. November 1902 sind durch Verfüzung der Aufsichtsbekörde für ungültig erklärt und finden die Neuwahlen von 168 Delegierten (Arbeitnehmer) am 10. Februar in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, statt.

Der Wahlakt ist von 8 bis 9 1/2 Uhr abends.

Der Eintritt in das Wahllokal ist nur gegen Vorlegung des Kassenbuches, oder einer Bescheinigung des Arbeitgebers, gestattet.

Die Neuwahl von 84 Delegierten (Arbeitgeber) findet am 10. Februar 1903, nachmittags 5—5 1/2 Uhr, im Kassenlokal, Spandauerstr. 2a, statt.

## Central-Verband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

## General-Versammlung

(umfassend die Bezirke 1—12 und 20). Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende 15. Generalversammlung, eventuell Stellung von Anträgen. 2. Wahl von Delegierten zu derselben.

Zur besonderen Beachtung! Nach der Wahlentstellung unseres Statuts bildet Berlin einen Wahlbezirk für sich und haben daher zu dieser Versammlung, welche nach dem alten System einberufen, nur Mitglieder obiger Bezirke Zutritt. Wir ersuchen dieselben in ihrem eigenen Interesse recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Der Vorstand. S. H.: Wilhelm Witt.

## Jeden Freitag von mittags an: Frische Blut- u. Leberwurst

in bekannter tadelloser Qualität. Lindenstr. 69, Hof part. „Vorwärts“-Haus. Richard Augustin, Frühstücke, Mittagstisch, Sitzungszimmer.

Telephon Berlin Amt III No. 1813. Verband deutscher Gastwirts-Gehilfen.

## „Zum Sportshaus“

Ziegenhals bei Zeuthen. Vorort-Station der Görlitzer und der Stadtbahn.

Grosser schattiger Garten. Dampfersteg. Große und kleine Dampfer sehen den gezeichneten Vereinen, Gewerkschaften und Fabriken in der Woche sowie auch Sonntags billig zu Verfügung. Großes elektrisches Drahtseilbahn.

Empfehle mein köstlich am Grossensee bei Rauschlagwerder, 30 Minuten vom Bahnhof gelegenes Lokal den gezeichneten Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken, sowie Freunden und Bekannten zu Ausflügen. Herrliche Jagdtour von Schmüdow über Rauschlagwerder. Vorzügliche Speisen und Getränke. Große Kasselei. Prima Weisbier.

Grössere Gesellschaften bitte um vorherige Anmeldung. M. Mörschel.

Eigne Waldung, 500, Hallen und Veranden, 1500 Personen fassend. Sommerwohnungen mit und ohne Balkon. Kegelbahnen, Gondelfahrten, Volksbelustigungen aller Art.

Telephon Königs-Wusterhausen No. 75.